KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 217 September / Oktober 2021 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 217 September/Oktober 2021



Ob in Rojava, Başûr oder Bakur, die kurdische Bevölkerung protestiert gegen die täglichen Bombardierungen und gezielten Luftschläge des NATO-Staats Türkei.



In Kurdistan findet ein wahrer Ökozid statt. Die Wälder in Kurdistan werden vom Militär in Brand geschossen oder abgeholzt und das Löschen der Brände ver- oder behindert.



Auch in vielen Städten wie hier in Zürich gehen die Menschen zur Verteidigung von Kurdistan auf die Straße und protestieren gegen die Kriegspolitik der Türkei.

Liebe Leserinnen und Leser

In den Sommermonaten wütete weltweit das Feuer, nach Dürreperioden und Hitzewellen sind starke Waldbrände ausgebrochen. Nicht nur im Süden Europas und der Türkei, auch im Amazonasgebiet und im südlichen Zentralafrika standen weite Landstriche in Flammen, und die Brände dominierten eine ganze Weile die internationale Tagesordnung. In diesem Jahr loderten auch in Nord- und in Südkurdistan verheerende Brände, die tausende Hektar Wald und Anbaufläche verschlungen haben. Insbesondere seitdem die türkische Regierung im Jahr 2015 die Friedensgespräche mit der PKK einseitig abbrach, lässt sie die Wälder in den kurdischen Gebieten wieder systematisch niederbrennen. Während die Feuerstürme weltweit vor allem auch als ein Ergebnis des Klimawandels gelten, sind sie in Kurdistan ein Teil der Aufstandsbekämpfung. Die türkische Regierung vernichtet im Rahmen des mittlerweile seit über vierzig Jahren andauernden Krieges systematisch die Umwelt in Kurdistan. Um der Guerilla Rückzugsräume zu nehmen und die Bevölkerung zu vertreiben, werden systematisch Waldgebiete in Brand gesteckt. Die Brandbekämpfungsmaßnahmen der lokalen Bevölkerung werden von staatlicher Seite verhindert, militärische Operationsgebiete regelrecht in Brand geschossen. Die seit dem 24. April andauernde Besetzungsoperation des türkischen Staates in den Regionen Avaşîn, Zap und Metîna in Südkurdistan ist dafür beispielhaft. Seit Beginn dieser Invasion hat die türkische Armee über 84 Brände in Kurdistan gelegt. Diese Taktik beschränkt sich nicht nur auf den Süden. In Amed, Dersim und Şirnex sind bereits riesige Waldgebiete abgebrannt. In Besta, Cûdî, Behdînan, Heftanîn und Metîna finden seit Monaten Rodungen statt. Allein in der Besta-Region werden täglich hunderte Tonnen Holz geschlagen.

Neben diesem Ökozid dauern auch die genozidalen Angriffe des türkischen Staates auf die Kurdinnen und Kurden weiter an. Während die Êzîdinnen und Êzîden der Gefallenen des Genozids von 2014 gedachten, wurde der Monat August auch in diesem Jahr wieder zu einer Zeit des Massakers. Am 16. August wurden der Kommandant der êzîdischen Widerstandseinheiten YBŞ, Seîd Hesen, und der YBŞ-Kämpfer Îsa Xwedêda auf dem alten Markt in Şengal durch einen türkischen Drohnenangriff getötet. Nur einen Tag später kamen bei einem türkischen Luftangriff auf ein Krankenhaus in Şengal acht Menschen ums Leben. Die Attacken auf Krankenhäuser und Zivilbevölkerung stellen Kriegsverbrechen dar und reihen sich als neues Glied in die Kette des Völkermords in Şengal ein.

Angesichts dieser flächendeckenden Angriffe der Türkei ist der einzige Weg für die kurdische Gesellschaft, ihre Existenz gegen die imperialistische und koloniale Politik zu verteidigen, sich zu organisieren. Ohne Selbstermächtigung, Selbstorganisation und Selbstverteidigung wird es nicht möglich sein, ein freies Leben aufzubauen und zu gewährleisten, und der Kriegspolitik in Kurdistan muss gleichzeitig durch internationale Solidarität Einhalt geboten werden.

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

Kein Status für die Kurd:innen – Zustimmung für den Krieg in Kurdistan

Songül Karabulut

Neben dem Chaos und den Krisen politischer Natur macht sich auch Mutter Natur gegen die Profitgier des Kapitalismus bemerkbar. Die Veränderungen des Klimas sind auf allen Kontinenten spürbarer geworden. Mit Dürre, Waldbränden, Überflutungen meldet sich die Natur. Deren totale Ausbeutung, die Respektlosigkeit aufgrund der Profitgier sind in den letzten Monaten an die Grenzen des Ertragbaren gestoßen, die sich in Form von Naturkatastrophen zeigen. Aber so, wie es dem Wesen des Kapitalismus entspricht, versucht er diese von ihm selbst verursachte Katastrophe mithilfe des »Grünen Kapitalismus« zu vertuschen. Sich zum Klimawandel bei internationalen Konferenzen zu äußern, ändert nichts an der Tatsache, dass es die Verursacher selbst sind, die nicht selbstkritisch, sondern manipulativ die Weltöffentlichkeit hinhalten.

Die Aufteilung der Welt geht weiter. Die Krise in Myanmar, der Putsch in Tunesien, ein erneuter brutaler Ausbruch des Krieges in Kolumbien, die Machtergreifung der Taliban in Afghanistan, die Ermordung des Präsidenten von Haiti, die türkische Invasion in Südkurdistan und Nordsyrien – das sind einige konkrete Beispiele der politischen Krise des Kapitalismus.

Wir stehen sowohl aufgrund der Naturkatastrophen als auch politisch vor großen Herausforderungen.

Die USA, die NATO, der Westen

Es hat nun mehr als sechs Monate gedauert, bis die USA nach der Abwahl Trumps die Richtung ihrer Politik konkretisierten. Unter Ex-Präsident Donald Trump war das Land tief gespalten und polarisiert, das Ansehen der USA in der Welt beschädigt, die Bündnispartner waren irritiert und distanziert, und die Politik gestaltete sich sehr ambivalent.

Als ersichtlich wurde, dass diese Politik der Ignoranz und puren Berechnung bei Menschen weltweit auf Widerstand stößt und sie sich dagegen zu organisieren beginnen, wurde ein Kurswechsel eingeleitet, um die Kontrolle nicht zu verlieren und einer möglichen Gegenkraft den Wind aus den Segeln zu nehmen. Während Trump den unberechenbaren Präsidenten gab, ist Joe Biden nun der »maßvolle« Präsident, der statt mit aggressiv-militärischer Politik mit »soft power« versuchen wird, die Interessen der USA und des Systems durchzusetzen. Die Ankündigung Bidens, Amerika sei zurückgekehrt, soll das zusammenfassen.

Vor diesem Hintergrund markiert der letzte NATO-Gipfel am 14. Juni einen Wendepunkt, weil dort einige dieser Ziele benannt wurden.

Er diente vor allem den um die Korrektur der von Trump hinterlassenen Schäden bemühten USA. Auch wenn sie sich als eine Weltmacht verstehen, so wurde auf diesem Gipfel klar, dass »America first« einfach nicht funktioniert. Mit der Wahl Joe Bidens waren neue Hoffnungen auf Wiederannäherung an die von Donald Trump düpierten Allianzpartner und auf die Überwindung der internationalen Isolierung der USA geweckt worden. Für neue Akzente unter dem neuen Präsidenten brauchte es mehr als sechs Monate, und die USA sind immer noch damit befasst, ihre neuen Taktiken zu formulieren.

Ohnehin lässt sich feststellen, dass die Rolle der NATO seit längerem umstritten ist. Zuletzt hatte sie der französische Präsident Macron als »hirntot« bezeichnet. Unter dem Motto »NATO 2030: Vereint in eine neue Ära« sollte der Gipfel die Allianz unter den dreißig Mitgliedsstaaten betonen und Einigkeit über eine Haltung gegenüber China und Russland herstellen, die zu neuen Feinden deklariert wurden. Die USA sehen die wachsende wirtschaftliche Kraft und den Einfluss Chinas als Bedrohung. Sie kämpfen um ihre Vorherrschaft und werden mit allen Mitteln versuchen, China daran zu hindern, künftig Hegemonialmacht zu werden. Auch Russland wurde mit der NATO gedroht. Biden bezog sich auf den Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrags und ließ vernehmen, Russland werde im Falle einer Aggression gegen eines der osteuropäi-

schen Länder wie z. B. Polen angegriffen, und gab Russland zu verstehen, dass seine militärische oder politische Einflussnahme in Europa nicht geduldet werde. Diese Konfrontation wird vor allem im Mittleren Osten ausgetragen werden. Sie werden versuchen, so viele Akteure wie möglich auf ihre Seite zu ziehen, diejenigen zu neutralisieren, die ihrem Ziel entgegenstehen, und wenn nötig neuen Akteuren zur Macht verhelfen.

Die USA haben auch damit begonnen, ihre Bündnisse und Allianzen zu erneuern. So ist zu erwarten, dass unter Biden die Beziehungen zu nichtstaatlichen Akteuren zunehmen werden. Vor diesem Hintergrund wurde als Erstes die strategische Bedeutung der EU unterstrichen, und die EU hat wohlwollend die Führungsrolle der zurückgekehrten USA anerkannt. Biden wird versuchen, die EU in seiner Nähe zu halten und sie mehr in Entscheidungen und in die Politik einzubeziehen, statt nur Alleingänge zu unternehmen.

NATO-Partner Türkei

Vor allem der US-Außenminister unterstrich auf dem NATO-Gipfel die strategische Bedeutung der Türkei für die Allianz, die dafür aber konkret nichts Neues zu bieten hatte. Der Westen und die NATO nutzen die bedrängte Situation der Türkei, um sie näher an sich zu binden und ihr eine militärische Rolle zuzuweisen. Einer geschwächten Türkei können leichter Zugeständnisse abgerungen werden. Ihr wurde erneut die Rolle der Wächterin für die Außengrenzen der NATO übertragen. Aktuell geht es darum, dass die Türkei die Sicherheit des Flughafens in der afghanischen Hauptstadt Kabul nach dem Abzug der US-Truppen gewährleisten soll.

Die NATO wird die Türkei in Regionen einsetzen, die seinerzeit zur sowjetischen Einflusssphäre gehörten; mit anderen Worten: Die Türkei wird im Kampf gegen Russland zum Schutzschild der NATO. Schon jetzt sind einige Schritte der Türkei wie der Verkauf von Drohnen an Polen oder ihr Be-



Protestmarsch im Camp Mexmûr gegen den Angriff des türkischen Staates auf ein Krankenhaus in Sikêniyê in der Şengal-Region. Foto: anf

kenntnis zur Krim als Teil der Ukraine mit Gegenreaktionen Russlands beantwortet worden. So wurde der Tourismus aus Russland, auf den Erdoğan stark angewiesen ist, eingestellt.

Der Westen und die NATO werden die Türkei als Druckmittel gegen Syrien, den Irak und den Iran benutzen, wie sie es seit längerem gegen die Kurd:innen in Rojava und Nordostsyrien bereits praktizieren.

Weiterhin wird die Türkei als Abwehrmauer für Flüchtlinge dienen. Neben den Flüchtlingen aus Syrien ist jetzt auch eine große Anzahl Geflüchteter aus Afghanistan zu erwarten.

All diese Anforderungen wird die Türkei nicht ohne Zugeständnisse erfüllen wollen. Daher wird sie aus den USA und der EU weiterhin finanziell unterstützt werden und, viel wichtiger, im Kampf gegen die Kurd:innen politische, geheimdienstliche und militärische Hilfestellung erfahren.

Kein Gespräch mit türkischen Staatsvertreter:innen ist denkbar, ohne dass über Kurd:innen verhandelt wird. Es ist davon auszugehen, dass das auch auf dem NATO-Gipfel geschah.

Einen Tag vor dem Beginn des jüngsten Besatzungs- und Vernichtungskriegs der Türkei gegen die Guerilla in den Medya-Verteidigungsgebieten am 24. April zum Jahrestag des Genozids an den Armenier:innen hatte ein Telefongespräch zwischen Biden und Erdoğan stattgefunden − wohl die Zustimmung von USA und NATO für diesen Krieg.

Laut Aussagen aus Washington soll Biden Erdoğan nahegelegt haben, dass die Türkei Nord- und Ostsyrien und Şengal den USA überlassen solle, ansonsten aber freie Hand für ihren Vernichtungskrieg habe. Die USA würden selbst dafür sorgen, dass der Einfluss der PKK in Nord- und Ostsyrien und Şengal gebrochen werde. Es besteht ein Konsens darüber, dass verhindert werden soll, dass Kurd:innen aus dem dritten Weltkrieg mit einem Status hervorgehen, der ihnen ihre Existenz und das Recht garantiert, frei und selbstbestimmt zu leben.

Irak und Iran

Der irakische Ministerpräsident Mustafa Al-Kadhimi hielt sich am 26. Juli für Amtsgespräche mit US-Präsident Biden in den USA auf.

Anschließend wurde verkündet, dass die US-Truppen nach 18 Jahren ihre Kampfhandlungen im Irak bis Ende des Jahres offiziell beenden würden. Sie würden sich nicht zurückziehen, sondern ihre Rolle als Helfer:innen und Ausbilder:innen fortsetzen.

Mit dieser Umwidmung wären die USA nicht mehr eine Besatzungsmacht im Irak, sondern würden sich im Rahmen der bilateralen Beziehungen auf Wunsch des Iraks zur Unterstützung im Land aufhalten. So hätte niemand mehr einen Grund, den Abzug der US-Einheiten zu fordern. Die Angriffe auf US-Stützpunkte wären damit auch nicht mehr »begründet«. Die US-Stützpunkte im Irak sind immer wieder Ziel von Raketenangriffen. Auch die US-Streitkräfte greifen immer wieder Stützpunkte von Haschd-al-Schaabi-Milizen[1] an, die dem Iran nahestehen.

Der Irak ist gegenwärtig Kriegsschauplatz für die Auseinandersetzungen zwischen den USA und dem Iran. Letzterer kann die Pläne der USA hier durchkreuzen, wie z. B. die gegenwärtig geplanten irakischen Parlamentswahlen zu blockieren.

Der Einfluss des Iran im Irak ist groß und für ihn lebenswichtig. Daher wird er mit aller Kraft versuchen, vor allem über die Schiiten im Land die politischen Entwicklungen mitzubestimmen.

Ende Mai belagerten Milizen der Haschd-al-Schaabi bewaffnet und mit Militärfahrzeugen den Regierungsbezirk in Bagdad und erzwangen die Freilassung eines ihrer hochrangigen Kommandanten, Qasim Muslih, der unter dem Vorwurf des Terrorismus festgenommen worden war.

Sie hätten ohne Weiteres die Regierung stürzen können, das aber hätte einen Anlass für einen Angriff gegen den Iran geliefert. Daher haben sie, ohne offiziell die Regierung zu stürzen, allen die Größe des iranischen Einflusses im Irak demonstriert.

Mustafa Al-Kadhimi gilt als Mann der USA und in gewisser Weise auch als türkeinah. Das bedeutet im Gegenzug, dass ihm der Iran mit Argwohn begegnet. Die Wahlen waren eigentlich für Juni angesetzt und wurden schließlich auf den 10. Oktober verschoben. Aber auch dieses Datum scheint unrealistisch. Der einflussreichste Schiiten-Führer im Irak Muqtada al-Sadr erklärte, er werde die Wahlen boykottieren und auch seine Unterstützung für die aktuelle Regierung zurückziehen. Wahlen ohne die Beteiligung schiitischer Parteien sind im Irak undenkbar.

Während der Irak auf der einen Seite dem Einfluss und Druck des Iran ausgesetzt ist, wird er andererseits durch die militärischen Angriffe der Türkei bedroht. Sie greift nach Belieben innerhalb der irakischen Staatsgrenzen an, sei es im Şengal, in Mexmûr oder in den von der Guerilla kontrollierten

1 Haschd-al-Schaabi, auch bekannt als Volksmobilmachungskräfte, sind eine Dachorganisation für vierzig fast ausschließlich schiitische Milizen. Sie stehen unter dem Einfluss des Iran, sind aber offiziell an die irakische Armee angebunden. Entstanden ist dieses Bündnis im Juni 2014 nach der Irakkrise und der Ausbreitung des Islamischen Staates IS im Irak.

Gebieten in Südkurdistan, den Medya-Verteidigungsgebieten. Sie verletzt internationales Recht und die Souveränität eines Staates. Die Reaktion des Iraks reicht nicht weiter als bis zu verbaler Kritik und der Forderung, die Angriffe zu beenden.

Südkurdistan

In der Autonomieregion [Süd-]Kurdistans (KRG) ist die Situation ebenfalls äußerst instabil. Während der Anschein verbesserter Beziehungen zwischen KRG und irakischer Zentralregierung erweckt wird, sind sie doch eher konjunkturell bedingt und nicht langlebig. Al-Kadhimi hat es ohnehin schwer, ein Land zu regieren, das enorm polarisiert und gespalten ist und von außen mitregiert wird. Daher hat er kein Interesse daran, auch das Verhältnis zu den Kurd:innen zu strapazieren, zumindest bis zu den Wahlen. In der KRG selbst brodelt es. Die verschiedenen Parteien und Kräfte im Land sind weit davon entfernt, die Autonomieregierung mitsamt ihren Institutionen jenseits von Parteiinteressen zu achten und funktionieren zu lassen. Zwar bestehen auf dem Papier demokratische Institutionen und Gewaltenteilung, aber in der Praxis funktionieren sie nicht. Das wiederum führt dazu, dass Machtkämpfe ausbrechen wie jüngst innerhalb der zweitgrößten Partei, der Patriotischen Union Kurdistans (YNK), dass Entscheidungen im Alleingang getroffen werden, die Korruption blüht, Menschenrechtsverletzungen immer mehr zunehmen usw. Das Vorgehen gegen die freie Presse und Festnahmen von Journalist:innen in Südkurdistan wurden inzwischen international beanstandet.

In den letzten Monaten wird die Tagesordnung in Südkurdistan von zwei Hauptthemen bestimmt: zum einen der realen Gefahr, dass sich die Demokratische Partei Kurdistans (PDK) an der Seite der Türkei an dem Besatzungskrieg gegen die PKK beteiligen könnte, und zum anderen dem parteiinternen Machtkampf in der Patriotischen Union Kurdistans.

Wie bereits erwähnt, führt die Türkei seit vier Monaten einen Besatzungs- und Vernichtungskrieg in Südkurdistan. Dabei scheut sie auch nicht vor dem Einsatz chemischer Waffen gegen die Guerillakämpfer:innen zurück. Trotz technischer Überlegenheit und internationaler Unterstützung gelingt ihr der erhoffte Vorstoß nicht. Seit längerem drängt sie daher die südkurdischen Parteien, vor allem die PDK, sich an dem Krieg gegen die Kurd:innen zu beteiligen. Sie verschleiert ihre Genozidabsicht gegen das kurdische Volk, indem sie behauptet, keine Probleme mit den Kurd:innen zu haben, sondern ausschließlich gegen die PKK vorzugehen. Aber wer die Türkei kennt und die Entwicklungen verfolgt, weiß, dass die Türkei die PKK zum Vorwand nimmt, um alle Errungenschaften der Kurd:innen anzugreifen und zu vernichten. Diese Argumentation scheint die PDK leider auch übernommen zu haben: die Anwesenheit der PKK gefährde Südkurdistan, sie respektiere den Status in Südkurdistan nicht u. v. m. Die PKK hingegen hat öffentlich erklärt, sie sei in den achtziger Jahren, d. h. noch zu Saddams Zeiten, in Übereinkunft mit den kurdischen Parteien PDK und YNK nach Südkurdistan gekommen, verfüge hier inzwischen mehr als vierzig Jahre lang über Stützpunkte und habe gemeinsam mit den Peşmerge in Zaxo und Dohuk gegen Saddam gekämpft. Sie agiere in Kurdistan nicht gemäß der kolonialistischen Aufteilung, sondern nähere sich ganzheitlich an. Jede kurdische Partei und Bewegung hätten das Recht, sich in Kurdistan aufzuhalten und für die Rechte der Kurd:innen zu kämpfen. Sie betont auch immer wieder, dass ihre militärische Präsenz ebenfalls dem Schutz Südkurdistans diene. Konkret wird auf die gemeinsame Abwehr der IS-Angriffe in Südkurdistan durch Guerilla und Peşmerge hingewiesen. Auch die Tatsache, dass der Genozidversuch des IS in Şengal nur durch die Guerilla verhindert werden konnte, sei Beweis dafür, dass die PKK als Schutzkraft der Kurd:innen handelt.

Die Geschichte ist noch zu frisch, um die Wahrheit manipulieren zu können.

Die PDK ist willens, dem Wunsch der Türkei nachzukommen. Sie will sich am Krieg beteiligen, aber nicht nur als PDK, sondern als KRG. Doch andere Parteien, politische Akteur:innen, Großfamilien und vor allem die Bevölkerung sehen in einem Krieg unter Kurd:innen eine große Gefahr, eine Falle, und verweigern ihre Unterstützung.

Während die PKK diesen Krieg mit allen Mitteln zu verhindern sucht, setzt die PDK alles daran, ihn vom Zaun zu brechen. Immer wieder gibt es Versuche, die Guerilla anzugreifen, um eine Gegenreaktion zu provozieren und dann im Gegenzug den eigenen Verrat zu legitimieren. Zu dem Zeitpunkt, da dieser Text verfasst wird, fehlt jede Spur von drei Guerillakämpfern, die von PDK-Kräften angegriffen wurden. In einer schriftlichen Erklärung verlangen die Volksverteidigungskräfte (HPG) eine Stellungnahme zu dem Vorfall.[2]

Die PDK erklärt jede Unternehmung, die diesen Krieg verhindern soll, zur feindlichen Aktivität. So wurden Mitglieder einer Friedensdelegation aus dem europäischen Ausland in Hewlêr (Erbil) aufgehalten und am 10. Juni drei Vertreter Rojavas am Flughafen von Hewlêr verhaftet, als sie die Delegation empfangen wollten. Journalist:innen und Aktivist:innen, die sich kritisch zur PDK-Politik äußern, werden verhaftet.

Die Patriotische Union Kurdistans hat sich gegen einen Krieg mit der PKK ausgesprochen und den Besatzungskrieg

2 https://anfdeutsch.com/kurdistan/hpg-fordern-erklarung-zu-vermisster-guerillagruppe-27570

der Türkei kritisiert. Auch ist ihre freundschaftliche Haltung zur Selbstverwaltung in Rojava bekannt. Der Druck auf sie, sich gegen die PKK zu stellen, ist spürbar stark.

Nach dem Tod ihres Parteigründers Celal Talabanî ist die YNK geschwächt. Ältere Parteifunktionäre beanspruchen die Macht für sich, die Familie Talabanî reklamiert sie als Nachfolge für sich. Es gibt ein Führungsdefizit. Um die unterschiedlichen Lager innerhalb der Partei zusammenzuhalten, wurden im Februar 2020 der Sohn des Parteigründers, Bafel Talabanî, und dessen Cousin Lahur Talabanî zu gemeinsamen Vorsitzenden gewählt.

Nach über einem Jahr putschte der Ko-Vorsitzende Bafel Talabanî, enthob am 8. Juli seinen bisherigen Kollegen Lahur Talabanî all seiner Funktionen und erklärte sich zum alleinigen Parteivorsitzenden. Gleichzeitig wurden die Leitungspositionen des Parteigeheimdienstes Zanyari und einer Lahur nahestehenden Anti-Terror-Einheit neu besetzt, ebenso Lahurs Fernsehsender von Sicherheitskräften durchsucht. Lahur werden eigenmächtige Beschlüsse und Korruption vorgeworfen.

Der reagierte vorerst besonnen und versuchte, die Situation nicht eskalieren zu lassen. Er erklärte, dass er bereit sei, seine Funktionen vorerst auf Eis zu legen, bis sich eine Untersuchungskommission mit den Vorwürfen befasst und ihre Ergebnisse dem YNK-Vorstand und der Öffentlichkeit vorlegt. Die Entscheidung des Vorstands auf der Grundlage dieser Untersuchungsergebnisse würde er akzeptieren.

Bafel wird eher als regierungsunfähig und unberechenbar eingestuft. Vor diesem Hintergrund kann man sagen, dass dieser innerparteiliche Streit nicht leicht zu überwinden sein und die mit dem Tod von Celal Talabanî ohnehin geschwächte Position der YNK noch mehr Schaden nehmen wird. Mit diesem Putsch scheint die Familie Talabanî ihren Einfluss in der Partei stärken zu wollen, was wiederum zu Unmut bei anderen Parteiflügeln führen wird. Das alles wird sich auf die Kräfteverhältnisse innerhalb der KRG und günstig auf die Position der PDK auswirken. Das wiederum würde den Einfluss der Türkei in der Region stärken. Darauf setzt auch die Türkei sehr stark. Lahur hat in seinen ersten Äußerungen nach dem Putsch u.a. die Türkei dafür verantwortlich gemacht und erklärt, über Dritte von Erdoğan bedroht worden zu sein.

Die Türkei

Die Türkei kämpft seit dem 28. Juli mit verheerenden Waldbränden, die bisher nicht gestoppt werden können. Insgesamt 180 Brände seien bislang ausgebrochen und mehr als 100.000 Hektar Land abgebrannt. Die Menschen sind fassungslos, wie die Regierung diese Katastrophe politisiert. Anfangs wurde die PKK für die Waldbrände verantwortlich gemacht und die Menschen wurden gegen die Kurd:innen aufgestachelt. Sie müssen zusehen, wie ihr Hab und Gut zu Asche wird. Es findet ein regelrechter Ökozid an der Natur statt. Allein verantwortlich ist die AKP-MHP-Regierung, die entweder nicht in der Lage ist, das Problem zu lösen, oder es einfach nicht lösen will. Zu Recht versteht niemand im Land, warum Löschflugzeuge nicht eingesetzt werden.

Die Bevölkerung wird in einem Maße in einem Angstregime regiert, das u. a. auf Nationalismus und patriarchale Macht aufbaut, dass sie nicht in der Lage ist, rational zu denken und zu handeln. Sie wurde von der AKP-Regierung systematisch verraten, erniedrigt, ausgebeutet, verhöhnt, polarisiert, unterdrückt und gebrochen. Das ist der Grund, warum die Menschen die Regierung bislang nicht überwinden können, obwohl sie es wollen – spätestens nach den Geständnissen des ultranationalistischen Mafiabosses Sedat Peker über die Machenschaften von Ministern und Politikern, die ihre Regierungsmacht dazu missbraucht haben, sich rechtswidrig zu bereichern, die Menschen erpresst, bedroht und mithilfe von Komplotten ihren Besitz gestohlen haben. Er schildert in den sozialen Medien, wie das Land Stück für Stück ausgebeutet wurde, wie Grundstücke rechtswidrig vereinnahmt und wie Morde



Protest in Mannheim gegen die türkische Kriegspolitik. Foto: anf

und Vergewaltigungen von Politikern und ihren Verwandten durchgeführt und schließlich vertuscht worden sind.Als Insider gibt er einen Überblick darüber, wie im Staat die Straflosigkeit für Herrschende institutionalisiert wurde. In seinen jüngsten Veröffentlichungen beschreibt er, wie während des angeblichen gescheiterten »Putschs« vom 15. Juli 2016 kistenweise unregistrierte Waffen verteilt wurden.

Die demokratische Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien zu zerstören, die auf Demokratie, Frauenbefreiung und Ökologie basiert, in der alle Menschen egal welcher ethnischen und religiösen Identität friedlich zusammenleben, ist für Deutschland legitim, wenn sie von der PKK beeinflusst ist.

Je mehr die AKP-MHP-Regierung innen- wie außenpolitisch in Bedrängnis kommt, umso mehr nehmen die Lynchangriffe gegen das kurdische Volk zu. Kurd:innen wurden in den letzten Monaten angegriffen, weil sie kurdisch gesprochen oder kurdische Musik gehört haben, und Imame, weil sie aufkurdisch gepredigt haben.

Dass die AKP seit längerem den Wahlkampf begonnen hat, lässt sich auch daran erkennen, dass sie die Demokratische Partei der Völker (HDP) verbal, juristisch und politisch belagert. Ein Verbotsverfahren gegen sie wurde eingeleitet, obwohl viele ihrer führenden Mitglieder bereits im Gefängnis sitzen. Das Verfassungsgericht hat den Verbotsantrag angenommen. Diese Hetze führte schließlich dazu, dass am frühen Morgen des 17. Juni die Parteizentrale der HDP in Izmir von einem Faschisten angegriffen und die Mitarbeiterin Deniz Poyraz brutal ermordet wurde. Sie hielt sich allein in der Zentrale auf. Für diesen Tag war dort eigentlich eine Sitzung geplant, die aber kurzfristig abgesagt worden war. Hätte sie stattgefunden, hätte es zu einem Blutbad kommen können.

Am 30. Juli wurde in Meram bei Konya eine siebenköpfige kurdische Familie ermordet und später deren Haus in Brand gesteckt. Diese Familie Dedeoğlu war bereits am 12. Mai einem rassistischen Angriff von ca. 60 Personen ausgesetzt gewesen und hatte ihn mit zum Teil schweren Verletzungen überlebt. Die Angreifer hatten gesagt, sie würden nicht dulden, dass dort Kurd:innen leben.

Nationalistische Lynchjustiz geht Hand in Hand mit Femizid. Dass sich die Situation der Frauen unter der AKP-Regierung vor allem in den letzten zehn Jahren massiv verschlechtert hat, ist bekannt. Wir sprechen nicht von rechtlicher, ökonomischer und sozialer Diskriminierung, sondern von physischer Vernichtung von Frauen. Erst recht nach dem Rückzug der Türkei aus der Istanbul-Konvention ist die Zahl der Morde an Frauen weiter gestiegen. Der Frust, die Erniedrigung, die Perspektivlosigkeit und das Gefühl der Ausweglosigkeit treibt die Menschen in den Suizid, oder ihr Hass entlädt sich gegen Kurd:innen und Frauen.

Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland

Die Menschen in der Türkei und Kurdistan sehen, dass die EU und die USA mitverantwortlich sind dafür, dass sich die Türkei zu einem faschistischen Land entwickelt hat. Deutschland scheint auch als Verbündeter der Türkei seine antikurdische Sondermission innerhalb der NATO aktualisiert zu haben. Mit großem Eifer versucht es, die Verbrechen der Türkei zu vertuschen, sie reinzuwaschen und zu stärken, während es mit erfundenen Anschuldigungen die PKK diskreditiert und bekämpft. Die Türkei mordet wie am Beispiel von Paris, lässt Oppositionelle zusammenschlagen wie jüngst den Journalisten Erk Acarer in Berlin, setzt verbotene chemische Kriegswaffen ein, hält tausende Oppositionelle in Geiselhaft, besetzt, plündert und zerstört fremdes Land, ist in Drogenhandel verwickelt, unterstützt Terrorgruppen wie den IS mit Waffen und Logistik u. v. m.

Es sagt viel über Deutschland aus, wenn Sigmar Gabriel in einem öffentlichen Fernsehauftritt den Besatzungskrieg der Türkei in Efrîn legitimiert. Die demokratische Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien zu zerstören, die auf Demokratie, Frauenbefreiung und Ökologie basiert, in der alle Menschen egal welcher ethnischen und religiösen Identität friedlich zusammenleben, ist für Deutschland legitim, wenn sie von der PKK beeinflusst ist.

Deutschland selbst macht sich zum Handlanger der türkischen Politik, indem es Menschen der Reisefreiheit beraubt, weil sie einen rechtswidrigen Besatzungskrieg gegen Kurd:innen zu verhindern suchen. Dutzenden Menschen einer Friedensdelegation der internationalen Initiative »Defend Kurdistan«, darunter auch Abgeordneten aus Deutschland, wurde die Ausreise nach Südkurdistan verweigert.

Die Türkei driftet immer weiter in Richtung Bürgerkrieg. Allein die Vorstellung vom Ausmaß eines Bürgerkriegs in der Türkei für das Land selbst, für die Region und international ist erschreckend. Wenn dem nicht Einhalt geboten wird, werden alle unter einer Ruine bluten, und der Westen wird sich seiner Verantwortung nicht entziehen können. ♦

Alle Völker müssen sich an einem Friedensprozess beteiligen

Die Ruhe um den Vernichtungskrieg in Kurdistan stören

Ein Abschlussbericht der Delegation für Frieden und Freiheit in Kurdistan

Anlässlich der zu eskalieren drohenden innerkurdischen Konflikte sowie anlässlich des türkischen Angriffskrieges befand sich Mitte Juni eine internationale Friedensdelegation in Başûr/Südkurdistan. Angereist waren Politiker:innen, Akademiker:innen, Journalist:innen und Aktivist:innen aus 14 verschiedenen europäischen Ländern. Aus Deutschland beteiligten sich unter anderem Aktivist:innen von feministischen, antifaschistischen, syndikalistischen, ökologischen und sozialistischen Organisationen. Trotz der unterschiedlichen Hintergründe verband alle Mitwirkende der Wunsch nach Frieden und Freiheit in Kurdistan, nach einem Ende der türkischen Invasion sowie nach demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Perspektiven für die ganze Welt.

Völkerrechtswidriger Angriffskrieg der Türkei

Seit dem 23. April führt das türkische Militär verstärkt völkerrechtswidrige Angriffe unter anderem unter Einsatz von Giftgas, Drohnen und flächendeckenden Bombardierungen auf südkurdische Gebiete durch. Ziel der Delegation war es also, die Auswirkungen dieses Krieges, u. a. der Folgen für die Zivilbevölkerung, zu dokumentieren und öffentlich zu thematisieren. Ein zweites großes Anliegen war der Anstoß friedlichen Dialoges zwischen allen kurdischen Akteur:innen der Region, um innerkurdische militärische Konflikte zu verhindern und sich gemeinsam gegen die Besatzung Südkurdistans durch die Türkei zu stellen. So erklärte Marlene Förster im Namen der Delegation für Frieden und Freiheit in Kurdistan: »Ein Krieg zwischen kurdischen Kräften in der Region wäre gerade jetzt fatal. Frieden kann nur erreicht werden, wenn alle Organisationen und Parteien der Region zusammenstehen und sich klar gegen die Übergriffe des türkischen Staates positionieren.«

Für den Frieden: Gespräche der Delegation mit unterschiedlichen politischen Akteuren

Zwischen dem 12. und dem 22. Juni fand eine Reihe von Gesprächen und Treffen mit unterschiedlichen Parteien, verschiedenen Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und Einzelpersonen statt. Bereits zuvor war eine erste Gruppe der internationalen Delegation in Südkurdistan unterwegs, um das Land und seine zahlreichen kulturellen Facetten kennenzulernen und erste Eindrücke der Lage zu sammeln. Dazu wurden verschiedene historische und religiöse Stätten besucht. Unter anderem reiste die Delegation am 10. Juni in das Zagros-Gebirge, wo bereits türkische Stützpunkte auf dem Gebiet der Autonomen Region Kurdistans in Sichtweite waren.

Am folgenden Tag besuchte die Gruppe auf Einladung des Baba Şêx, des höchsten religiösen Vertreters der Êzîd:innen, das wichtigste êzîdische Tempelheiligtum Laliş. Dort sprachen sie über die êzîdische Kultur und Geschichte, doch im Fokus der Gespräche stand immer wieder der Genozid an den Êzîd:innen durch den »Islamischen Staat« (IS) im Jahre 2014. Viele Êzîd:innen mussten damals aus dem Şengal fliehen und leben seitdem im Ausland oder in Geflüchtetencamps. Eines dieser Camps ist Şeriya, in der Nähe der Stadt Dohuk. Auch dieses wurde von einer Gruppe der Delegation besucht, um Gespräche mit den Menschen zu führen.

Ausreiseverbote und Abschiebungen

Staatliche Kriminalisierung und Repressionen von unterschiedlichen Seiten verhinderten eine plangemäße Durchführung der Delegation. Am 12. Juni wurden in Düsseldorf 27 Parlamentarier:innen, Journalist:innen und Aktivist:innen von der Bundespolizei an der Ausreise aus Deutschland gehindert und teilweise mit Ausreiseverboten belegt. Zudem wurden zahlreiche Menschen bei der Ankunft in Hewlêr (Erbil), der Hauptstadt der Autonomen Region Kurdistans, an der Einrei-



Teilnehmer:innen der Delegation für Frieden und Freiheit in Kurdistan nehmen an einer Demonstration in Silêmanî teil. Foto: anf

se gehindert oder wieder abgeschoben. Fünf von ihnen traten zeitweise in den Hungerstreik. Von gut 150 geplanten Teilnehmenden erreichten nur ungefähr 80 ihr Ziel.

Bundespolizei in der Kritik

Diese rechtswidrigen Einschränkungen der Reisefreiheit von Politiker:innen und Journalist:innen sorgten für eine breite Öffentlichkeit und Proteste. In Deutschland verurteilten verschiedene Organisationen, parlamentarische Parteien und Journalist:innenverbände das Handeln der Bundespolizei scharf. So äußerte beispielsweise Jörg Schindler, der Bundesgeschäftsführer der Linkspartei, nach einer diesbezüglichen Sitzung des Parteivorstandes: »Wir erwarten von der Bundesregierung und dem Auswärtigen Amt sofortige und umfassende Aufklärung über den Vorgang. Es kann nicht sein, dass Politikerinnen und Politiker, die ihre Rechte wahrnehmen, auf diese Weise in ihrer Arbeit behindert werden. Deutsche Behörden dürfen nicht zu Erdoğans Handlangern werden.«

Auch vor Ort in Hewlêr wurden die Arbeiten der Delegation immer wieder von Regierungskräften eingeschränkt. So gab die Delegation in einer Erklärung am 13. Juni an, dass mehrere kurdische Organisationen aufgrund von Einschüchterungsversuchen in den ersten Tagen von bereits vereinbarten Treffen wieder Abstand genommen hätten. Dennoch fanden schließlich zahlreiche Gespräche statt, unter anderem mit der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK), der Patriotischen Union Kurdistans (YNK), der Gorran-Bewegung, mit Vertreter:innen der Demokratischen Partei der Völker (HDP) aus der Türkei, Vertreter:innen des Kurdistan Nationalkongresses KNK sowie mit parteilosen Abgeordneten und Akademiker:innen.

Trotz eines erfolgreichen Treffens mit dem Vorsitzenden des Ministeriums für Auslandsangelegenheiten der Kurdischen Autonomieregierung, Safeen Dizayee, wurde die geplante Pressekonferenz vor der Vertretung der UN am 14. Juni untersagt. Am Morgen hinderten Sicherheitskräfte der PDK die Friedensdelegation am Verlassen ihres Hotels und verhinderten somit auch die für den Nachmittag angesetzte Exkursion in durch den Krieg entvölkerte Dörfer im Norden der Region.

Internationale Initiative »Defend Kurdistan« verkündet

Dennoch wurde unter Anwesenheit vieler Medienvertreter:innen eine große Pressekonferenz abgehalten, auf der die Delegation die internationale Initiative »Defend Kurdistan – gegen die türkische Besatzung« ausrief. Binnen weniger Tage unterzeichneten mehrere Hundert Aktivist:innen,

Künstler:innen, Akademiker:innen, Parlamentarier:innen und viele mehr die damit einhergehende Deklaration und schlossen sich der Forderung nach einem sofortigen Stopp der türkischen Invasion in Südkurdistan an.

Aufenthalt in Silêmanî

Nach der Pressekonferenz am 14. Juni in Hewlêr verlagerte die Delegation ihren Schwerpunkt in die Stadt Silêmanî, um weitere Gespräche mit zivilgesellschaftlichen Institutionen und Parteien zu führen sowie die Bevölkerung über den Krieg zu befragen und Solidarität auszudrücken. Am 16. Juni zollten sie Mam Celal Talebanî, einem der Gründer der YNK und ehemaligem Staatspräsidenten des Irak, an dessen Grab Respekt. Anschließend nahmen sie an Trauerfeierlichkeiten für Ebas Îbrahîm Mehmûd (Şehîd Rêdûr) teil, der neben weiteren Personen am 13. Juni durch einen türkischen Drohnenangriff auf ein ziviles Fahrzeug ums Leben gekommen war.

Auch die diplomatische Vertretung der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien in Silêmanî konnte besucht werden. Dabei ging es in dem Gespräch auch um die türkische Besatzung von Teilen der demokratischen Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien, den anhaltenden Krieg niedriger Intensität gegen die Bevölkerung und um die Verschleppung von drei Vertretern der Selbstverwaltung durch die PDK am Flughafen von Hewlêr am 10. Juni.

Aktivitäten gegen innerkurdischen Krieg

Während des Aufenthalts in Silêmanî beteiligten sich die Friedensaktivist:innen an verschiedenen Kundgebungen unter anderem für die Freiheit von Abdullah Öcalan und in Solidarität mit der Delegation für Frieden und Freiheit selbst. Sie nahmen an einer großen Demonstration durch die Innenstadt teil, zu der elf verschiedene NGOs, Verbände und Parteien, darunter die Frauenorganisation RJAK (Rêxistina Jinên Azad a Kurdistanê/Organisation der freien Frauen Kurdistans), die Demokratische Volksfront, Asoyê Nû, Sekoy Dijî Dagirkerî und die Lokalgruppe der Union kurdischer Künstler:innen, aufgerufen hatten. Die Demonstration war ein starkes Zeichen der kurdischen Einheit gegen den Krieg. Beeindruckend für die internationalen Gäste war eine Theaterperformance gegen den möglichen »Geschwisterkrieg« zwischen Kurd:innen, die als Teil des Protestes aufgeführt wurde.



Mehrere Tausend folgten dem Aufruf von Defend Kurdistan zur Demonstration am 14.8.2021 in Düsseldorf. Foto: anf

Ökozid - Raubbau an der Natur und Zerstörung der Umwelt

Eine Exkursion führte die Delegation nach Derbendîxan, wobei ein inhaltlicher Fokus auf ökologischer Zerstörung lag. Bei Treffen mit der kurdischen Umweltorganisation »Kurdistan Nature Organisation« und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden die Verbrennungen von Wäldern und landwirtschaftlichen Flächen durch Bombardements sowie die großflächigen Abholzungen inklusive des Raubs und Verkaufs der gefällten Bäume durch das türkische Militär dargelegt. Diesen Ökozid sowie die Zerstörung der Lebensgrundlage der ländlichen kurdischen Bevölkerung bewertet die »Kurdistan Nature Organisation« als Kriegsverbrechen unter anderem nach Artikel 53 des Zusatzprotokolls I von 1977 zu den Genfer Konventionen von 1949. Ein weiteres großes Problem stellt die Wasserknappheit dar, die nicht nur vom türkischen, sondern auch vom iranischen Staat stark verschärft wird. So ist der Wasserspiegel des Staudamms von Derbendîxan, den die Delegation besichtigte, allein im letzten Jahr von 20 auf 9 Meter Tiefe gesunken; denn auf der iranischen Seite des Flusses »Kleiner Zap« werden Staudämme gebaut, die die für die südkurdische Bevölkerung lebensnotwendige Wasserzufuhr stark einschränken.

Giftgasangriff von Helebce verurteilt

Im Anschluss fuhr die Delegation nach Helebce, um lokale Aktivist:innen zu treffen, aber auch um das Gedenkmuseum für die Giftgasangriffe im März 1988 zu besuchen und historische Kontinuität zu verstehen: Damals griff das irakische Militär unter Saddam Hussein die Stadt mit chemischen Waffen an. Mindestens 5.000 Menschen starben in diesem Genozid an der kurdischen Bevölkerung sofort, viele Tausend weitere wurden verwundet oder erlitten körperliche Langzeitfolgen. Mindestens 60 Prozent der verwendeten Kampfstoffe wurden damals unter Beihilfe deutscher Firmen produziert. Aktivist:innen des antimilitaristischen Bündnisses »Rheinmetall Entwaffnen« prangerten diese Verbrechen an und stellten den Zusammenhang zu heute her, da über Exporte in die Türkei immer noch deutsche Waffen für Invasionen und Morde am kurdischen Volk mitverantwortlich sind.

Frauen und Mütter organisieren sich gegen den Krieg

Am folgenden Tag trafen einige Teilnehmer:innen der Delegation den Frauendachverband RJAK (Rêxistina Jinên Azad a Kurdistanê/Organisation der freien Frauen Kurdistans) sowie Vertreterinnen der Friedensmütter. Die Friedensmütter sind ein Zusammenschluss von Müttern, die eigene Kinder im Krieg verloren haben – einige von ihnen sowohl auf Seiten der Pêşmerge als auch auf Seiten der Volksverteidigungskräfte (HPG). Sie stellen sich entschlossen und vereint gegen den Krieg, stärken sich gegenseitig, fordern politisches Gehör und Mitbestimmung und organisieren Protestveranstaltungen. Auf diese Weise sind sie ein starkes Sinnbild zivilgesellschaftlicher Organisation und unbeirrbaren Engagements, was die internationalen Aktivist:innen sehr beeindruckte.

Krieg gegen die Zivilbevölkerung

Zur gleichen Zeit besuchte der Rest der Delegation Peyman Talib und Keywan Kawa im Dorf Kuna Masî. Das Paar wurde gemeinsam mit seinen zwei kleinen Kindern im Juni 2020 von Bombardements einer türkischen Kampfdrohne getroffen. Bis heute hat die Familie nicht entfernbare Bombensplitter im Körper und die Mutter verlor ihr linkes Bein. Sie äußerte viel Unverständnis und Wut über das Leid, das sie und ihre Familie erfahren müssen, und prangerte die türkische Propaganda in diesem Krieg an. »Sie sagen, dass die Türkei nur direkt an der Grenze und nur die PKK angreife. Aber das ist nur eine Ausrede. Ich bin Zivilistin und ich lebe nahe an der Stadt, und sie haben mich trotzdem angegriffen. Sie interessieren sich nicht für Menschenrechte.«

Unmittelbar nach der Rückkehr der Delegation ins Hotel bombardierte das türkische Militär mittels Drohnentechnologie erneut die Region. Ein Fahrzeug im Dorf Gelala, nur etwa 20 Kilometer von Kuna Masî entfernt, wurde getroffen, und mindestens zwei Personen kamen bei diesem Angriff ums Leben. Für die Delegation zeigte sich an diesem Tag die Realität des Krieges, welche weder vor der Natur noch vor den Menschen haltmacht und nur Tod und Zerstörung bringt.

Sicherheitskräfte verhindern Besuch von Mexmûr, Şengal und Qendîl

Am 20. Juni teilte sich die Delegation in mehrere Gruppen, um die Kriegsfolgen an weiteren Orten zu dokumentieren. Sowohl die Reise ins selbstorganisierte und immer wieder von Drohnenangriffen betroffene Geflüchtetencamp Mexmûr als auch die Reise nach Şengal, eines der Hauptsiedlungsgebiete der Êzîd:innen, wurde an Checkpoints irakischer Sicherheitskräfte verhindert. Die Fahrzeuge wurden zum Umkehren gezwungen.

Ein Teil der Delegation begleitete als Beobachter:innen eine Demonstration von Jugendlichen, die aus Protest gegen den Angriffskrieg versuchten, in die Region Qendîl zu gelangen.

Denn auch die Region Qendîl ist von den Angriffen durch das türkische Militär betroffen. Die Demonstration als auch die Delegation wurden von Sicherheitskräften aufgehalten.

In Silêmanî fanden derweil weitere diplomatische Treffen statt, unter anderem mit der PDK, der YNK, Yekgirtûya Îslamî, Tevgera Azadî, der Kommunistischen Partei Kurdistans und dem Gouverneur der Stadt Silêmanî, Dr. Haval Abubaker. Zudem traten Delegationsteilnehmende mit Komala (CPI) und der Kurdistan Toilers' Party, zwei kurdischen Parteien aus dem Osten Kurdistans im iranischen Staatsgebiet, sowie mehreren Nichtregierungsorganisationen in Austausch.

Gesellschaft und Politik in Südkurdistan: Gegen den Krieg und für die kurdische Einheit

Zwei Themen zogen sich wie ein roter Faden durch sämtliche Gespräche, die die Delegation mit den sehr unterschiedlichen politischen Akteur:innen ebenso wie mit zivilen Personen führte: die Ablehnung der türkischen Invasion in südkurdische Gebiete und das starke Bedürfnis, militärische Konflikte zwischen Kurd:innen zu verhindern. Niemand sprach sich für den Krieg oder die Besatzung durch die Türkei aus. Neben der Notwendigkeit des Dialoges zwischen den kurdischen Parteien und Kräften wurde auch die Notwendigkeit einer gemeinsamen kurdischen Haltung und Vorgehensweise betont.

Auch Mitglieder der PDK, die sich in der letzten Zeit durch militärische Drohgebärden statt Zeichen der Gesprächsbereitschaft gegenüber der PKK auszeichneten, positionierten sich klar zugunsten von Friedensbestrebungen. So forderte beispielsweise der PDK-Abgeordnete Dana Jaza, einen »Krieg unter Geschwistern« zu vermeiden, und betonte den transnationalen Charakter der kurdischen Frage.

Shahnaz Ibrahim Ahmed, Mitglied im Exekutivausschuss des YNK-Politbüros, erklärte in einem Gespräch: »Wir verurteilen diese Angriffe auf das Schärfste. […] Unsere Haltung ist klar. Wir werden uns unter keinen Umständen an einem innerkurdischen Krieg beteiligen, der hier im Süden provoziert werden soll. Würden sich Kurd:innen wieder gegenseitig bekämpfen, werden wir als Nation nie wieder in der Lage sein, auch nur annähernd über Freiheit zu reden.«

Auch der Gouverneur von Silêmanî, Dr. Haval Abubaker, stellte die Relevanz von Frieden als Grundlage des Lebens heraus und sicherte den Friedensmüttern sowie der Delegation für Frieden und Freiheit seine Unterstützung zu. Zudem unterstrich er seine Position mit der Aussage, dass Frieden mit allen nötig sei und dass sich deshalb alle Völker an einem Friedensprozess beteiligen müssen.

In vielen Begegnungen im alltäglichen Leben wurde auch die Haltung der Bevölkerung gegen diesen Krieg deutlich. Immer wieder wurden von den Menschen gegenüber der Delegation politische Themen angesprochen und die Notwendigkeit der Einheit des kurdischen Volkes und Kurdistans, trotz der Vierteilung durch formelle Staatsgrenzen, wurde betont.

In vielen Begegnungen im alltäglichen Leben wurde auch die Haltung der Bevölkerung gegen diesen Krieg deutlich. Immer wieder wurden von den Menschen gegenüber der Delegation politische Themen angesprochen und die Notwendigkeit der Einheit des kurdischen Volkes und Kurdistans, trotz der Vierteilung durch formelle Staatsgrenzen, wurde betont.

Trotz Repressionen: Für den Frieden geworben und das Schweigen gebrochen

Die vielen Repressionen durch die deutschen Behörden und auch durch die PDK gegenüber der Delegation haben deutlich gezeigt, dass es nur wenig Interesse an einer friedlichen Lösung gibt. Trotz der Einschüchterungen sowie der Aus- und Einreiseverbote konnte die Delegation eine internationale Öffentlichkeit für den Krieg in Kurdistan herstellen und ein klares Zeichen gegen den türkischen Angriffskrieg setzen. Das Vorgehen der Bundespolizei am Düsseldorfer Flughafen am 12. Juni zog viel mediale Aufmerksamkeit auf sich und die Erklärung der Bundespolizei zur Begründung der Ausreiseverbote war entlarvend für die Verstrickung der deutschen Bundesregierung in den laufenden Krieg. Doch entstand das öffentliche Interesse weniger wegen der Auswirkungen des Krieges auf die lokale Bevölkerung, der Naturzerstörung und der neoosmanischen Expansionspläne der Türkei oder der deutschen Unterstützung durch Waffenexporte, sondern fokussierte sich stark auf die Repressionen gegen die Delegationsteilnehmenden. Und so wird es eine Aufgabe bleiben für die Delegationsteilnehmenden als auch für alle Menschen, die für einen Frieden in Kurdistan einstehen, das Thema weiter in die Öffentlichkeit zu tragen. ♦

Der Hungerstreik in den Gefängnissen der Türkei ist in eine neue Phase eingetreten

Stimmen von einem »unsichtbaren Ort«

Fabian Priermeier

In den letzten Wochen und Monaten hat sich die politische Situation in allen Teilen Kurdistans sehr gewandelt. In Südkurdistan (Nordirak) läuft seit Ende April der Invasionsangriff des türkischen Militärs, in Westkurdistan (Nordsyrien) finden konstant Angriffe statt, Tag für Tag wird der Krieg um Wasser intensiver, in Ostkurdistan (Westiran) verschärft der iranische Staat seine Grenzpolitik, was hunderte Menschen das Leben kostet, und in Nordkurdistan (Südosttürkei) werden die neoosmanischen Bestrebungen der AKP-MHP-Regierung immer deutlicher sichtbar. Auf der anderen Seite steht ein intensiver Widerstand der in Kurdistan lebenden Gesellschaften, der Selbstverwaltung der Frauen und Männer vor Ort und der Selbstverteidigungskräfte in allen Regionen.

Doch einer der akutesten und dringendsten Widerstände, welcher bereits seit dem 27. November 2020 organisiert stattfindet, wird häufig übersehen. Seit diesem Tag organisierten tausende politischer Inhaftierter in türkischen Gefängnissen einen Hungerstreik. Begonnen hatte der Hungerstreik in Form einer sogenannten Hungerstreikstaffel, sprich: Gruppen übernahmen für zunächst jeweils 5 Tage den Hungerstreik. Am 14. Juli gaben die Gefangenen eine Erklärung ab und erklärten, dass die Periode einer Staffel auf 15 Tage ausgeweitet werden würde. Anlass dafür war die historische Bedeutung des 14. Juli.

Nachdem mit dem Militärputsch 1980 eine immense Verfolgung und Zerschlagung von revolutionären Kräften in der Türkei stattgefunden hatte, wurde am 14. Juli 1982 eine neue Phase des Widerstandes von innerhalb der Gefängnismauern gestartet. An diesem Tag rief eine Handvoll inhaftierter PKK-Kader den Beginn eines Todesfastens aus. Im Rahmen der Aktion verloren Kemal Pir, Mehmet Hayri Durmuş, Ali Çiçek und Akif Yılmaz ihr Leben. Die Aktion rüttelte die Menschen damals aus der Lethargie auf und so gelang es, erneut Schritt für Schritt gegen die faschistischen Ausmaße des Regimes anzugehen.

Doch welche Zustände in den Gefängnissen bewegten die Aktivist:innen zu solch einem radikalen Schritt? Was sind die Forderungen und was sagen die Inhaftierten selbst über die aktuelle Lage?

Der Mediziner Dr. Murat Ekmez, Vorstandsmitglied der Istanbuler Ärztekammer, bezeichnete in einem Interview Gefängnisse als »unsichtbare Orte«, da die Menschen dort hineingesteckt werden, um nicht mehr von der Gesellschaft gehört zu werden. Diese Aussage beschreibt die Situation in den Haftanstalten sehr treffend. Insbesondere seit Beginn der Covid-19-Pandemie haben sich die dortigen Zustände massiv verschlechtert und trotzdem wurde und wird nicht interveniert. Die Menschen werden isoliert, schikaniert und teilweise gefoltert. So ist folgende Geschichte von zwei Inhaftierten weder ein Einzelfall noch verwunderlich. Sie stellt lediglich die Spitze des Eisberges der Zustände im Gefängnis dar.

Salih Ilmin und ein weiterer politischer Gefangener sind für eine Gerichtsverhandlung vom Hochsicherheitsgefängnis Elazığ (ku. Xarpêt) ins T-Typ-Gefängnis Batman (Êlih) verlegt worden. Salih Ilmin befindet sich seit 2018 wegen »Mitgliedschaft in einer Terrororganisation« in Untersuchungshaft und ist am 27. Mai verlegt worden. Seine Schwester Gülçin Ilmin berichtet über ein Telefongespräch vom 10. Juni: »Die Wächter wollten, dass mein Bruder und ein weiterer Gefangener während der Zählung aufstehen. Sie antworteten darauf, dass sie nur zu zweit seien, und erklärten, dass sie nicht aufstehen würden. Die Wächter versuchten, sie mit Gewalt zum Aufstehen zu zwingen. Die Gefangenen erklärten weiterhin, sie würden nicht aufstehen, und weigerten sich. Daraufhin wurden sie mit den Stühlen, auf denen sie saßen, aus der Zelle geworfen und gewalttätig angegriffen. Das geschieht bei jeder Zählung.« Salih Ilmin und der andere Gefangene wurden von den Wächtern mit den Worten angegriffen: »Wir werden mit eurer Ehre spielen.« Die Schwester berichtet, dass sie darauf erklärt haben, sie würden niemanden mit ihrer Ehre spielen lassen und sie auch um den Preis ihres Lebens verteidigen.

Vor dem Hintergrund der Pandemie wurde von der AKP-MHP-Regierung eine Vollzugsreform durchgedrückt, die

fast 90.000 Gefangene betraf und ihnen aufgrund des hohen Infektionsrisikos die vorzeitige Entlassung brachte. Zehntausende der Entlassenen, unter ihnen einschlägig bekannte türkische Mafiapaten, waren »zufälligerweise« Anhänger des Regimes. Zurückbleiben mussten alle politischen Gefangenen. Die Begründungen dafür waren oftmals mehr als absurd. Der 83-jährige Mehmet Emin Özkan (von seinen Mitinhaftierten liebevoll Onkel Dedo genannt) beispielsweise sitzt seit mittlerweile 25 Jahren im Gefängnis und ist schwer krank. Obwohl er nicht einmal mehr in der Lage ist, alleine zu gehen, wird er weiterhin im Gefängnis mit der Begründung festgehalten, dass akute Fluchtgefahr bestehen würde.

Da die Gefangenen dazu gezwungen werden, auf sehr engem Raum zusammenzuleben, und ihnen kein Zugang zu Hygieneartikeln gewährt wird (meistens fehlen Desinfektionsmittel und Masken, obwohl ausreichend zur Verfügung stehen würden), wird damit direkt provoziert, dass sich die Menschen gegenseitig anstecken. Selbst bei einer Ansteckung wird in den seltensten Fällen die Erlaubnis gegeben, die Gefangenen ins Krankenhaus zu bringen oder von einem Arzt untersuchen und behandeln zu lassen. Dr. Murat Ekmez bestätigte bereits, dass viele Menschen während der Pandemie im Gefängnis gestorben sind, da ihnen der Zugang zur Gesundheitsversorgung verwehrt blieb. Eine genaue Zahl ließ sich jedoch nicht ermitteln, da das Gesundheitsministerium keine Informationen veröffentlicht und zu allen Geschehnissen schweigt.

Neben der kritischen Situation mit der Pandemie sehen sich die Gefangenen mit vielen weiteren Schikanen und Misshandlungen konfrontiert. Ihnen wird verboten, in ihrer Muttersprache Kurdisch zu sprechen. Ständig kommt es zu Zellendurchsuchungen, bei denen oft das wenige Hab und Gut der Gefangenen grundlos zerstört oder beschlagnahmt wird. Besuche von Angehörigen werden mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt, Telefonate nicht gestattet und Gefangene berichten häufig davon, in unregelmäßigen Abständen gefoltert worden zu sein. Viele sind durch die Folter für ihr weiteres Leben gezeichnet und haben noch Jahrzehnte später mit den Folgen der Folter zu kämpfen.

Der letzte Tropfen, der dann das Fass zum Überlaufen brachte, kam von der Generalstaatsanwaltschaft Bursa am 23. September. Sie sprach für die Gefangenen auf der Gefängnisinsel Imralı, insbesondere für Abdullah Öcalan, ein Besuchsverbot über weitere sechs Monate aus, während Öcalans Rechtsbeistand und Familienangehörige regelmäßig Besuchsgenehmigungen beantragt hatten. Für die Gefangenen stellt die Situation Öcalans eine rote Linie dar, was sie regelmäßig betonen. Deswegen war die Intensivierung der Isolation seiner Person letztlich der schwerwiegendste und ausschlaggebende Grund, den Hungerstreik zu beginnen.

Viele der Teilnehmenden verweigern zum wiederholten Mal für die Durchsetzung ihrer politischen Forderungen die Nahrungsaufnahme und sind dadurch entsprechend geschwächt. Noch dazu gibt es Meldungen, dass in einigen Gefängnissen den Hungerstreikenden der Zugang zu Wasser, Zitronen und Salz, welche alle drei unverzichtbar sind, um dem Körper die notwendigen Vitamine und Nährstoffe zu geben, verwehrt wurde. Das Regime will die Aktivist:innen somit zum Aufgeben ihrer Aktion bringen und nimmt dabei auch den Tod der Gefangenen in Kauf.

Während sich das Regime und seine Institutionen vehement weigern, auf die Forderungen der Aktivist:innen einzugehen oder sich dazu zu äußern, haben sich Menschen an verschiedensten Orten solidarisch gezeigt. In vielen Städten weltweit wurden seit November 2020 Aktionen organisiert, mehrere solidarische Hungerstreiks (zum Beispiel von der MLKP zuletzt im Januar dieses Jahres) durchgeführt. Außerdem finden in den Camps von Mexmûr in Südkurdistan (seit dem 18. Dezember) sowie von Lavrio in Griechenland (seit dem 4. Januar) auch Hungerstreikstaffeln statt. Diese Aktionen sind für die Hungerstreikenden in den Gefängnissen wichtig, sie geben ihnen die Kraft und Hoffnung ihre Aktion fortzusetzen. Aber vor allem zeigt es, dass Gefängnisse nur dann »unsichtbare Orte« sind, wenn wir dies zulassen.

Die Europäische Union hatte zwar eine Delegation des CPT (Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe) in die türkischen Gefängnisse gesandt und obwohl diese Delegation über die Isolation und die Rechtsverletzungen in den Strafvollzugsanstalten berichtet hatte, wurden keinerlei Schritte dagegen eingeleitet. Hätte die EU sich auch nur im Ansatz für die Werte eingesetzt, die sie sich auf die Fahne schreibt, müssten nicht so viele Menschen in den Gefängnissen leiden und sterben.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die aktuelle Situation in den Gefängnissen der Türkei die Erfolglosigkeit des Ein-Mann-Regimes widerspiegelt. Die politischen Gefangenen werden wider jegliches Menschenrecht behandelt, nur damit Erdoğan und seine AKP-MHP-Regierung sich weiterhin an der Macht halten können. Und wie schon so häufig geschehen, werden auch hier die Kraft und der Wille der Gesellschaft das Scheitern auch dieses Regimes herbeiführen. Der Widerstand der Gefangenen und der gemeinsame Kampf für die Durchsetzung der legitimen Forderungen bringt die Möglichkeit einer demokratischen Alternative zum türkischen Staat und allgemein zum Nahen Osten mit sich. Dies ist eine Chance für alle, wie auch der Hungerstreik eine Aktion für alle ist. ♦

Die femizidale Politik nicht nur der AKP-MHP-Regierung

Globale Selbstverteidigung gegen das tödliche patriarchale System

Hêlîn Dirik, CENÎ – Frauenbüro für Frieden e.V.

Fünf Jahre sind nun vergangen, seit die 22-jährige Trans-Aktivistin Hande Kader in Istanbul tot aufgefunden wurde. Sie wurde ermordet, nachdem ihr grausamste Gewalt angetan worden war. Bekannt war sie in der queeren Community für ihren Widerstand gegen die Polizeigewalt während der Istanbul-Pride 2015. Drei Jahre danach beging ihre Freundin Didem Akay Suizid. Zwei Freundinnen wurden wegen des patriarchalen, frauen- und transfeindlichen Systems aus dem Leben gerissen. Denn sowohl die Ermordung von Hande Kader als auch die Umstände, die Didem Akay in den Freitod getrieben haben, sind politisch und keine Einzelfälle. Sie sind nicht nur der frauen- und queerfeindlichen Mentalität in der Gesellschaft, sondern auch einer gezielten Politik der Regierung zuzuschreiben, die diese permanent bestärkt. Eine Regierung, die ihr patriarchales und menschenfeindliches Gesicht nicht nur innerhalb des Landes, sondern auch an ihren Außengrenzen immer offener präsentiert.

Am 1. Juli ist die Türkei aus dem völkerrechtlichen »Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt«, kurz Istanbul-Konvention, offiziell ausgetreten. Der Austritt wurde nur wenige Monate zuvor über Nacht verkündet, unter anderem mit der Begründung, die Konvention diene der »Normalisierung von Homosexualität« und würde somit die »familiären und gesellschaftlichen Werte der Türkei« gefährden. Mit diesem Schritt wurde ein weiteres Mal bewiesen, dass die AKP-MHP-Regierung eine explizit frauen- und queerfeindliche Politik betreibt, die patriarchale Gewalt nicht nur verharmlost und toleriert, sondern aktiv verstärkt und befeuert. In einem Land, in dem täglich Frauen ermordet, tot aufgefunden oder vermisst werden oder körperlicher und sexualisierter Gewalt ausgesetzt sind, kann davon ausgegangen werden, dass Täter zukünftig sogar noch weniger Konsequenzen zu befürchten haben als zuvor. Die Istanbul-Konvention verpflichtet die unterzeichnenden Staaten nämlich nicht nur dazu, Hilfs- und Beratungsangebote für Betroffene stetig weiterzuentwickeln, sondern auch dazu, aktiv gegen u. a. jegliche Form von psychischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt, Stalking, Zwangsheirat, Genitalverstümmelung (FGM) und sexueller Belästigung vorzugehen und unter Strafe zu stellen. In der Praxis sah das in der Türkei allerdings ohnehin ganz anders aus.

Männer werden geschützt, Frauen angeklagt

Allein im ersten Halbjahr 2021 verzeichnete die Plattform »Kadın cinayetlerini durduracağız« (»Wir werden Feminizide stoppen«) über 130 Feminizide in der Türkei. Zudem wurden rund 100 weitere Frauen unter verdächtigen Umständen tot aufgefunden. Auch in den vergangenen Jahren wurden in der Türkei jährlich Hunderte Frauen von Männern ermordet. Die Dunkelziffern dürften noch viel höher liegen. Wie so oft waren die Täter meist (Ex-)Partner, Ehemänner oder Bekannte der Ermordeten. Häufig werden sie einfach freigelassen und freigesprochen, und vor Gericht wird mit Fragen wie »Was hatte sie dort zu suchen? Was hatte sie an?« die Schuld stattdessen beim Opfer gesucht. Während Angehörige ihre Schwestern, Freundinnen, Genossinnen, Töchter oder Mütter zu Grabe tragen müssen, laufen Mörder und Vergewaltiger frei herum und müssen nicht mit den Konsequenzen leben, so zum Beispiel der Hauptverdächtige im Mordfall der Studentin Aleyna Çakır, der letztes Jahr für einen landesweiten Aufschrei gesorgt hatte. Aleyna war von ihrem damaligen Partner Ümitcan Uygun zuvor systematisch misshandelt und, wie Videoaufnahmen zeigten, bewusstlos geprügelt worden. Festgenommen wurde Uygun für einige Monate, allerdings nicht wegen des Mordes, sondern wegen Drogenkonsums. Nun soll er Anfang August dieses Jahres eine weitere Frau namens Esra Hankulu in ihrer Wohnung in Ankara ermordet haben.

Wie der Staat und die patriarchale Justiz Betroffene im Stich lassen, zeigte sich auch im Fall von Melek Ipek, einer Frau und Mutter, die angesichts der systematischen sexualisierten und körperlichen Gewalt seitens ihres Ehemanns zum letzten Mittel greifen musste und ihn im Januar dieses Jahres aus Notwehr erschoss, um sich und ihre Kinder zu verteidigen. Während Mörder wie Uygun frei herumlaufen, wurde gegen Melek Ipek

sofort Anklage wegen vorsätzlichen Mordes erhoben. Sie saß nach ihren traumatischen Erlebnissen monatelang in Haft, bevor sie endlich freigelassen wurde. Ein solches Vorgehen der Justiz signalisiert nicht nur den einzelnen Betroffenen, sondern gleichzeitig allen Frauen immer wieder aufs Neue, dass sie in diesem Land nicht geschützt, nicht ernst genommen und sogar selber beschuldigt werden, wenn sie Opfer von Gewalt werden.

Femizidale Politik über Grenzen hinweg

Wie anfangs angedeutet, ist es an dieser Stelle wichtig, nicht einfach nur von Einzelfällen oder etwa »Behördenversagen«, »Justizversagen« oder Ähnlichem zu sprechen, sondern von einer gezielten patriarchalen und femizidalen Politik der rechten AKP-MHP-Regierung, die ihre Frauenfeindlichkeit nicht nur innenpolitisch offenbart, sondern längst über die türkischen Staatsgrenzen hinausträgt. Während sie Gewalt innerhalb der ohnehin patriarchalen und sexistischen Gesellschaft immer wieder anheizt und bestärkt, wird auch an den türkischen Außengrenzen ein Krieg geführt, der die Macht von islamistischen patriarchalen Kräften festigen soll. Besonders am Beispiel von Efrîn in Westkurdistan/Nordsyrien lässt sich verfolgen, wie drastisch sich das auf die Situation von Frauen auswirkt. Efrîn war einer der drei selbstverwalteten Kantone von Rojava und ein Symbol der Frauenbefreiung und friedlichen Koexistenz der Völker, bevor er 2018 durch das türkische Militär und dessen islamistische Söldner angegriffen und besetzt wurde. Das Ergebnis waren nicht nur systematische Zerstörung, Ausplünderung und die Vertreibung eines Großteils der dortigen überwiegend kurdischen Bevölkerung, sondern langfristig auch eine gezielte Politik der Umsiedlung, Assimilierung und Islamisierung, die insbesondere Alevit:innen, Êzîd:innen und Christ:innen zur Flucht getrieben hat. Die Besetzung Efrîns war Teil des Ziels des türkischen Staates, die Selbstverwaltung unter der Vorreiterrolle der Frauenbewegung und damit jegliche Hoffnung auf einen permanenten Frieden in der Region zu vernichten. Dass vor allem Frauen im Zuge dessen angegriffen wurden und werden, ist kein Zufall, sondern eine gezielte Strategie, um den Widerstand der Frauen zu brechen, die die Revolution von Rojava angeführt und überhaupt ermöglicht haben. Laut Menschenrechtsorganisationen in Efrîn zeigt sich im Zuge der Besetzung Efrîns durch die Türkei ein drastischer Anstieg von Feminiziden, Vergewaltigungen, Entführungen und Zwangsverheiratungen von (minderjährigen) Frauen. Auch über Efrîn hinaus fielen den zahlreichen Angriffskriegen der Türkei Hunderte Frauen zum Opfer. Die Kampagne »100 Reasons« *[Kurdistan Report 213]* erzählte von hundert Frauen, die aufgrund Erdoğans femizidaler und kurdenfeindlicher Politik ermordet wurden – in Nordkurdistan, in Südkurdistan, in Rojava, in Europa. Auf den Straßen, in den Bergen, in ihren Wohnungen. Taybet Inan, Hevrîn Xelef, Dilek Doğan, Deniz Poyraz. Sakine Cansız, Leyla Şaylemez und Fidan Doğan. Sevê Demir, Pakize Nayır und Fatma Uyar. Das sind nur einige der Namen von unzähligen Frauen, die dieser patriarchalen und kurdenfeindlichen Politik zum Opfer fielen.

Erst durch eine Verbindung und Radikalisierung der weltweiten feministischen, antikapitalistischen, antirassistischen und ökologischen Kämpfe kann es gelingen, die kollektive Wut zu organisieren, auf patriarchale und staatliche Gewalt zu antworten und gemeinsam an politischen und gesellschaftlichen Modellen zu arbeiten, die es Frauen und allen Menschen ermöglichen, ihr Leben frei von Gewalt, Macht und Krieg zu leben.

Internationale Organisierung, Vernetzung, Selbstverteidigung

In diesem Zusammenhang sollte klar werden, dass sich eine derart tiefe Frauenfeindlichkeit nicht allein durch staatliche Maßnahmen bekämpfen lässt. Gewisse Verbindlichkeiten durch Übereinkommen wie die Istanbul-Konvention sind wichtig, genauso wie es wichtig war, gegen den Austritt der Türkei zu mobilisieren und zu demonstrieren. Aber besonders im Hinblick darauf, dass womöglich andere Staaten wie Polen nachziehen könnten, bleibt die wichtigere Frage, der sich feministische Bewegungen und Frauenbewegungen intensiver widmen sollten und müssen, wie es nach dem Austritt weitergehen soll und welche nichtstaatlichen und nicht-institutionellen Ansätze und Selbstverteidigungsmechanismen entwickelt werden müssen. Das macht den Kampf gegen Feminizide und gegen patriarchale Gewalt letztlich zu einer globalen Sache, die internationale Vernetzung, Verbündung und Selbstverteidigung erfordert. Erst durch eine Verbindung und Radikalisierung der weltweiten feministischen, antikapitalistischen, antirassistischen und ökologischen Kämpfe kann es gelingen, die kollektive Wut zu organisieren, auf patriarchale und staatliche Gewalt zu antworten und gemeinsam an politischen und gesellschaftlichen Modellen zu arbeiten, die es Frauen und allen Menschen ermöglichen, ihr Leben frei von Gewalt, Macht und Krieg zu leben. ♦

Die Beschneidung von Frauen- und Arbeitsrechten zerstört Leben

Wir brauchen eine durch Organisierung und Kampf errichtete neue Gesellschaftsordnung!

Gülistan Atasoy, Frauensekretärin der KESK

Gewerkschaftliche Rechte und Freiheiten, Menschenrechte und Demokratie waren immer problematisch in der Türkei. In der achtzehnjährigen Regierungsperiode der AKP wurde neoliberale Politik in ihrer extremsten Form umgesetzt, die Angriffe auf die Werktätigen nahmen immer mehr zu. Vor allem seit 2015 wurde die politische Führung noch autoritärer, sie richtete sich an einer Law-and-Order-Politik aus und verstärkte die Unterdrückung aller oppositionellen Milieus. Auch die gesetzlichen Einschränkungen im Arbeitsleben der Werktätigen, ihrer Rechte und Freiheiten und die Behinderung der Wahrnehmung ihrer gewerkschaftlichen Rechte sind ein konstanter Zustand geworden. Doch hat sich die Situation in unserem Land, das schon viele militärische wie politische Putsche und Putschversuche erlebt hat, nach dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 noch einmal deutlich verschärft. Auch wenn der anschließend verhängte Ausnahmezustand heute offiziell aufgehoben ist, besteht er in der Praxis weiterhin fort. Wir sind mit einer Politik der systematischen Unterdrückung und Übergriffe konfrontiert, die denjenigen in den Zeiten der Militärputsche in nichts nachstehen und sie mit einigen Maßnahmen sogar übertreffen.

An erster Stelle der gewerkschaftlichen Rechte steht das Recht auf Arbeit. Von der Verfassung unseres Landes garantiert, wurde es seit der Ausrufung des Ausnahmezustands durch die AKP-Regierung im Jahre 2016 bis heute praktisch außer Kraft gesetzt. Durch die erlassenen Dekrete wurde dieses Recht mehr als 130.000 Angestellten im öffentlichen Dienst ohne Rechtsmittel, ohne Anhörung und ohne Beweise genommen und sie wurden entlassen. Darunter waren auch 4.272 Mitglieder und Funktionäre der KESK[1]. Um den Widerspruch nach internationalem Recht zu verzögern, wurde eine Untersuchungskommission eingesetzt, bei der die Betroffenen klagen konnten. Diese war jedoch abhängig von der Regierung, nicht neutral, und Teil der Administration. Dieser administrativen Kommission wurde das Recht erteilt, ohne Anhörung der Betroffenen zu entscheiden; sie wurde somit noch über die Justiz gestellt. Obwohl inzwischen vier Jahre vergangen sind, hat sie noch immer nicht alle Anträge bearbeitet und zieht so den Schaden für die Betroffenen über Jahre hin. Auch die extra eingesetzten Verwaltungsgerichte, an die sich Letztere im Falle der Ablehnung ihres Gesuchs durch die Kommission wenden, lehnen über 90 % der Anträge ab und verleihen damit der Regierungspolitik einen rechtlichen Rahmen.

In ihrer seit über 19 Jahren andauernden Regierungszeit hat die AKP prekäre Arbeitsverhältnisse und die Beschäftigung über Subunternehmer immer mehr etabliert. Durch den Ausnahmezustand und das KHK-Regime[2] haben sich die Arbeitsbedingungen für Arbeiter noch weiter verschlechtert. Vor allem zur Zeit des Ausnahmezustands und während der Corona-Pandemie ist die Zahl der »Arbeitsmorde«[3] sprunghaft angestiegen, zu den bereits erlassenen Streikverboten kamen neue hinzu. Staatspräsident Erdoğan sagte: »Wir verhängen den Ausnahmezustand, damit unsere Wirtschaft in Ruhe arbeiten kann.« An streikgefährdeten Orten »machen wir uns den Ausnahmezustand zu Nutze und greifen sofort ein«. Diese Worte beweisen, dass der Ausnahmezustand nicht gegen den Putschversuch verhängt wurde, sondern um die Interessen des

1 KESK: Abkürzung für »Kamuoyu Emekçiler Sendikalar Konfederasyonu« (Konföderation der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter), einen Zusammenschluss von Gewerkschaften, die im öffentlichen Dienst der Türkei organisiert sind. Die KESK ist Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).

2 KHK-Regime: Nach der türkischen Verfassung kann der Präsident unter bestimmten Bedingungen durch den Erlass von Dekreten regieren, die dann Vorrang haben vor bestehenden Gesetzen. Nach dem Putschversuch vom 15.07.2016 wurden u. a. Dekrete erlassen, die dafür sorgen sollten, dass im öffentlichen Dienst, in Polizei und Militär nur noch regimetreue Menschen beschäftigt sind. Angestellte und Beamte, die im Verdacht standen, regimekritisch zu sein, wurden ohne finanziellen Ausgleich und ohne Anspruch auf Rechtsmittel über Nacht entlassen. Von dieser Säuberungswelle waren über 130.000 Menschen betroffen.

3 »Iş cinayetler« (»Arbeitsmorde«) ist eine Bezeichnung für tödliche Arbeitsunfälle. Es wird hier von Mord gesprochen, da sie auf nicht vorhandene Sicherheits- und Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz zurückzuführen sind. Weil für die Arbeitssicherheit der Arbeitgeber verantwortlich ist, ist ihm der Tod eines jeden Arbeiters aufgrund mangelnder Sicherheits- und Schutzmaßnahmen zuzuschreiben. Da davon auszugehen ist, dass die Arbeitgeber aus Gründen der Profitmaximierung bewusst den Arbeitern die Maßnahmen vorenthalten, wird an dieser Stelle von Mord gesprochen.

Kapitals zu schützen und die Rechte der Arbeiter noch weiter zu beschneiden. Während der Regierungszeit der AKP wurden 17, während des Ausnahmezustands 7 Streiks verboten, unter dem Vorwand, diese nur zu »verschieben«.

Angriffe des Regimes verstärken sich

Wenn der Ausnahmezustand auch aufgehoben ist, dauert er in der Praxis jedoch noch immer an. Die Meinungsfreiheit gilt nur für die Regierung, darüber hinaus werden wir von einem Regime regiert, das sich das Recht zu jeder Art von Beleidigung und Bedrohung herausnimmt. Die Verfassung wird ignoriert, die Gesetze werden nach Lust und Laune angewendet oder nicht. Mit der Aussage »Dieser Beschluss ist für uns nicht bindend« werden bereits unterzeichnete internationale Verträge und Abkommen sowie vorliegende Gerichtsurteile für unwirksam erklärt. Das Ein-Mann-Regime, das man auch als landesspezifische Art des Faschismus bezeichnen könnte, ist nicht mehr regierungsfähig. Während sich die Krise durch die Unfähigkeit der Regierung weiter verschärft, werden die Angriffe des Regimes gegen Arbeiter, Oppositionelle und Frauen immer stärker.

Anstelle der entlassenen Angestellten im öffentlichen Dienst wurde politisch opportunes Personal eingesetzt. Bei Neueinstellungen wurde die Überprüfung der Regimetreue gesetzlich festgeschrieben. Für Beamte wurden eine Sicherheitsüberprüfung und eine Abfrage des Registers angeordnet. Mit diesem gesetzeswidrigen Vorgehen werden Menschen nicht nach objektiven Kriterien behandelt, sondern nach Lust und Laune und ohne gesetzliche Grundlage abgestempelt. Bei Neueinstellungen wurde als Voraussetzung eine persönliche Befragung eingeführt. Damit wurde eine zusätzliche Hürde für nicht regimenahe Menschen bei der Einstellung im öffentlichen Dienst geschaffen. Diese Ungleichbehandlung bei der Einstellung, bei der Beförderung und bei der Kündigung hat das Recht auf Arbeit von Millionen von Bürgern quasi außer Kraft gesetzt. Durch die neu geschaffenen Regelungen und Gesetze sowie durch die angewendete Praxis wird die Ungleichbehandlung noch verstärkt. Dazu kommt außerdem, dass die disziplinarische Weisungsbefugnis von den Behördenleitungen auf den Staatspräsidenten und Vorsitzenden der AKP übertragen wurde.

Wir durchleben in der Türkei eine Zeit, in der sich die Situation der gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten von Jahr zu Jahr verschlechtert. Wo das Recht auf Arbeit von der Regierung abhängig ist, werden Grundrechte wie das Recht auf Meinungsfreiheit und das Recht, sich zu versammeln und zu demonstrieren, aufgehoben. Indem die Regierung das Recht auf Arbeit aufhebt, hebelt sie auch andere Grundrechte aus. Deshalb hat die Internationale Konföderation der Gewerkschaften (ITUC) in ihrem Globalen-Rechte-Index-Bericht die Türkei auch als eines der zehn am schlechtesten bewerteten Länder aufgeführt.

Wir durchleben in der Türkei eine Zeit, in der sich die Situation der gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten von Jahr zu Jahr verschlechtert. Wo das Recht auf Arbeit von der Regierung abhängig ist, werden Grundrechte wie das Recht auf Meinungsfreiheit und das Recht, sich zu versammeln und zu demonstrieren, aufgehoben. Indem die Regierung das Recht auf Arbeit aufhebt, hebelt sie auch andere Grundrechte aus.

Die AKP-Regierung hat den sozialen Dialog von Anfang an instrumentalisiert, sie hat eine Reihe von Versammlungen zum sozialen Dialog veranstaltetet, aber am Ende doch nur passende Monologe zu ihrer eigenen politischen Tagesordnung gehalten. Sie hat die gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten jeden Tag ein bisschen mehr beschnitten, ihr nahestehende Konföderationen und Gewerkschaften aufgebaut, die Gräben zwischen den Gewerkschaften vertieft und dadurch den Arbeitsfrieden gestört. Während zum Beispiel die Mitglieder und Funktionäre der KESK wegen ihrer absolut regierungskritischen Haltung mit Repression überzogen werden, wird eine als regierungstreu bekannte Konföderation offen unterstützt. Dasselbe ist auch bei Kundgebungen und Demonstrationen zu beobachten, die wir als KESK veranstalten wollen. Den Mitgliedern der zur KESK gehörenden Gewerkschaften wird von ihren Vorgesetzten mit Kündigung gedroht und sie werden so zum Austritt gezwungen. Darüber hinaus werden Disziplinarverfahren gegen die Funktionäre der KESK und der ihr angehörenden Gewerkschaften eingeleitet und es ist eine starke Zunahme von Festnahmen und Verhaftungen zu verzeichnen. Die bereits in den 90er Jahren angewandte Praxis der Strafversetzung wird erneut als Mittel der Unterdrückung genutzt. Wenn wir uns die Fälle von Strafversetzungen ansehen, ist erkennbar, dass die Versetzung oft mit der Wahrnehmung von gewerkschaftlichen Rechten begründet wird. Auf diese Art und Weise wird das Land nicht anhand der Verfassung, sondern durch Erlasse, Dekrete und unrechtmäßige Anordnungen regiert.



Die Gewerkschaften DİSK, KESK, TMMOB und İTO forderten am 9.6.2021 in Kadıköy die Regierung zum Rücktritt auf: »Wir werden uns dem System der Unterdrückung, der Mafia und der Ausbeutung nicht ergeben.« Foto: anf

Um als Gewerkschaft Einfluss nehmen zu können und eine wirksame Organisation und Arbeit aufbauen zu können, brauchen wir freien Verhandlungsspielraum. Doch bestehen dabei durch die gültigen Paragrafen 4688 des Tarifvertragsgesetzes für die Gewerkschaften der Angestellten im öffentlichen Dienst und 135 des Vertrags der Arbeitnehmervertretung ernsthafte Probleme wegen schwerer Rechtsverstöße. In diesem vollkommen antidemokratischen System gibt es keine freien Tarifverhandlungen. Die Angestellten im öffentlichen Dienst erleiden dadurch nicht nur Verluste durch die Einschränkung ihres Rechts auf freie Berufsausübung, sondern auch durch den Verlust von materiellen Ansprüchen. Bedeutsame Tarifverhandlungen scheitern schon an strukturellen Problemen, wie am fehlenden Streikrecht. Dazu kommt noch, dass die Funktionäre, die die KESK bei den Tarifverhandlungen vertreten sollen, nicht anerkannt werden, mit der rechtswidrigen Begründung, dass sie aufgrund des Dekrets aus dem Dienst entlassen seien. Außerdem werden auch die Kundgebungen und Demonstrationen verhindert, die wir während der Tarifverhandlungen machen wollen. Alle Entlassungen und die darauffolgenden Interventionen gegen unsere Gewerkschaftsarbeit sind systematische Angriffe auf unsere Föderation und die uns angehörenden Gewerkschaften aus politischen Beweggründen.

Rechtsverletzungen gegen die Mitglieder und Funktionäre unserer Konföderation

Folgende Rechtsverletzungen gegen die Mitglieder und Funktionäre unserer Konföderation und der uns angehörenden Gewerkschaften sollten wir kurz zusammenfassen:

Strafversetzung, Änderung des Aufgabenbereichs oder des Einsatzortes gegen den Willen, Beförderungsstopp, Strafprozess und Ermittlungsverfahren, Einbehalten des Solds oder Gehalts, Suspendierung, Verwaltungsverfahren, Abmahnung, Mobbing, Bevorzugung von regimetreuen Gewerkschaften, Behinderung der Verteilung von gewerkschaftlichem Material wie Broschüren, Flugblättern, Kalendern usw., Verhinderung von Kundgebungen und Demonstrationen, Behinderung des Rechts auf Weiterbildung, Festnahme, Verhaftung, Prozesse wegen angeblichen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, wegen Beleidigung des Präsidenten oder des Premierministers oder wegen Beiträgen in den sozialen Medien, Verletzung der Meinungsfreiheit, Angriffe auf Kundgebungen, Verletzte, Diskreditierung, Diffamierung und Bloßstellung der KESK, der ihr angehörenden Gewerkschaften und von deren Funktionären.

Darüber hinaus mussten viele unserer Mitglieder fliehen und leben nun als Flüchtlinge fern ihres Landes. In den letzten vier Jahren waren hunderte unserer Freunde vorübergehend inhaftiert, zurzeit befinden sich noch immer 27 von ihnen im Gefängnis.

AKP sichert Fortbestand des patriarchalkapitalistischen Systems

Durch die AKP-Regierung wurde das herkömmliche Angestelltenverhältnis von Grund auf verändert. Leiharbeit, flexible, prekäre und leistungsabhängige Anstellungsverhältnisse wurden zur Regel. Gleichzeitig wurden erkämpfte Rechte beschnitten. Um dem Kapital den größtmöglichen Gewinn zu sichern, wurden die öffentlichen Ressourcen nach und nach dem Markt geöffnet. Man wollte die Gewerkschaften, in denen sich die Arbeiter und Angestellten organisieren, unter Einsatz des staatlichen Gewaltmonopols zerschlagen und handlungsunfähig machen, um die Entwicklung zu einem gesetzlosen, autoritären Regime zu schützen und den Einfluss regimetreuer Gewerkschaften zu vergrößern.

Eine der grundlegenden Eigenschaften des AKP-Regimes ist es, jede Art von Krise zu nutzen, um ihre islamistische Ideologie in der gesamten Gesellschaft zu verbreiten und den Fortbestand des patriarchalkapitalistischen Systems zu sichern. Während auf der einen Seite die Verbreitung von flexiblen, prekären Arbeitsverhältnissen die Ausbeutung von Frauen etabliert, führen auf der anderen Seite Maßnahmen wie Kürzungen bei der sozialen Absicherung und Einschränkungen des Rechts auf Unterhalt zu einer Vertiefung der Ungerechtigkeit in der Gesellschaft. Durch die von der AKP betriebene Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens wird vor allem das Leben der Frauen negativ beeinflusst. Der administrative Druck, Gewalt und Mobbing gegen Frauen im Arbeitsleben nehmen zu. Der Austritt aus der Istanbul-Konvention nach einer Entscheidung des Präsidenten über Nacht, unter Umgehung des Parlaments, zeigt unserer Meinung nach offen und deutlich, dass der Faschismus in der Türkei sich vor allem gegen die Frauen richtet. Ziel ist es, Gewalt gegen Frauen zu legitimieren, Frauen aus dem öffentlichen Leben auszuschließen und das Modell einer gehorsamen, nicht-organisierten Frau zu schaffen. Das Bild der Kooperation der Arbeitgeberorganisationen mit den regimetreuen Gewerkschaften erinnert an die Kooperationen zur Zeit des Faschismus und hat einen Mechanismus in Gang gesetzt, der die von den Arbeitern erkämpften Rechte zu Gunsten des Kapitals zurücknimmt. An den Arbeitsplätzen kommt es vermehrt zu Mobbing und Arbeitsunfällen. Den Ausnahmezustand und die Pandemie ausnutzend wird ein Leistungssystem etabliert; die Einrichtung von permanentem Homeoffice, die Verschärfung der Wirtschaftskrise und die ständig neue Rekorde brechende Arbeitslosigkeit führen zu einem Anstieg der Zahl der Selbsttötungen.

Menschenwürdiges Leben durch Organisierung, Kampf und Solidarität

Das Covid-19-Pandemie-Management hat sich sehr ungünstig auf den Zustand des öffentlichen Dienstes und auf die Arbeitsbedingungen der Angestellten ausgewirkt, vor allem in den Bereichen Gesundheit, Bildung, öffentlicher Nahverkehr. Durch dieses Missmanagement verloren hunderte Arbeiter im öffentlichen Dienst ihr Leben. Die Kritik, die wir als KESK gegen das Management der Pandemie vorgebracht haben, unsere Protestaktionen und Veranstaltungen wurden entweder nicht erlaubt oder es wurde interveniert, obwohl uns diese Rechte sowohl durch die entsprechenden nationalen Rechtsvorschriften als auch durch die ILO-Übereinkommen[4] (vor allem 98 und 135) garantiert sind.

Die Pandemie hat durch den Tod von hunderttausenden Menschen sehr eindrucksvoll vor Augen geführt, wie die Vermarktung und Abschaffung des öffentlichen Dienstes, vor allem im Gesundheits- und Bildungsbereich, die Beschneidung der sozialen Rechte, die faschistoide Unterdrückung von Organisierung, die Prekarisierung und Schwarzarbeit eine Gesellschaft zerstören, während auf der anderen Seite Kapital und Reichtum gedeihen. Die Pandemie hat gezeigt, dass die Mehrheit der Weltbevölkerung ohne jeglichen Schutz durch soziale Absicherung oder arbeitsrechtlichen Schutz dasteht, wenn der Lebensunterhalt wegbricht.

Der einzige Weg für die Werktätigen zu einem für ein menschenwürdiges Leben ausreichenden Einkommen und zur Beschäftigungssicherheit sind die von Staat und Kapital unabhängige gewerkschaftliche Organisierung, Kampf und Solidarität. Die Ereignisse während der Pandemie haben der Welt einmal mehr gezeigt, zu welch gefährlichen Ergebnissen es führt, wenn Menschen durch Tarifflucht und die Etablierung von flexiblen und prekären Arbeitsverhältnissen gezwungen sind, unter modernen Sklavereibedingungen zu arbeiten. Und zugleich führt dies auch dazu, dass durch den Kapitalismus − verstärkt vor allem in den letzten zehn Jahren − Organisationen zerschlagen und die Rechte und Freiheiten der Gewerkschaften beschnitten werden sowie der Aufbau systemtreuer Gewerkschaften gefördert wird. Darum kann uns nur eine neue Gesellschaftsordnung retten, in der die Arbeit befreit wird. Mit organisiertem Kampf können wir das erreichen. ♦

Der einzige Weg für die Werktätigen zu einem für ein menschenwürdiges Leben ausreichenden Einkommen und zur Beschäftigungssicherheit sind die von Staat und Kapital unabhängige gewerkschaftliche Organisierung, Kampf und Solidarität. Die Ereignisse während der Pandemie haben der Welt einmal mehr gezeigt, zu welch gefährlichen Ergebnissen es führt, wenn Menschen durch Tarifflucht und die Etablierung von flexiblen und prekären Arbeitsverhältnissen gezwungen sind, unter modernen Sklavereibedingungen zu arbeiten.

4 Die ILO, englisch: International Labour Organization (auch IAO, Internationale Arbeitsorganisation), ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen und damit beauftragt, soziale Gerechtigkeit sowie Menschen- und Arbeitsrechte zu fördern. Dies schließt die Bekämpfung des Menschenhandels mit ein.

Über die türkisch-afghanischen Beziehungen

»Muslimische Bruderländer«?

Jörg Kronauer, Journalist und Autor

Die aktuellen Entwicklungen in Afghanistan haben die getroffenen Feststellungen in Jörg Kronauers geplantem Artikel überholt. Dehalb ist an dieser Stelle nur eine kurze Bewertung zu finden, eine ausführlichere Analsye ist zumindest verschoben. Die Redaktion.

Es wäre ein bemerkenswerter Erfolg für den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan gewesen, wäre sein Plan für die künftige Rolle seines Landes in Afghanistan aufgegangen. Türkische Truppen, so hatte es Erdoğan geplant, sollten nach dem endgültigen Abzug des Westens vom Hindukusch die Sicherung des Hamid Karzai International Airport in der afghanischen Hauptstadt Kabul übernehmen. Das wäre keine Kleinigkeit gewesen: Die Kontrolle über den Flughafen galt als äußerst wichtig, um für den Fall der Fälle die Evakuierung des westlichen Botschaftspersonals zu gewährleisten. Die Türkei sei besonders geeignet für den Job, erklärte Erdoğan: Sie verfüge als »muslimisches Bruderland« über beste Voraussetzungen, nicht nur von der afghanischen Bevölkerung, sondern auch von den Taliban akzeptiert zu werden – quasi als Mittler zwischen Afghanistan und dem Westen. Der türkische Präsident hatte die Sache am Rande des NATO-Gipfels am 14. Juni in Brüssel mit seinem US-Amtskollegen Joe Biden besprochen, und die Verhandlungen dauerten an – bis schließlich alles ganz anders kam: Binnen weniger Tage brachten die Taliban Afghanistan unter ihre Kontrolle und nahmen schließlich sogar Kabul ein. Erdoğans Pläne für die Sonderrolle der türkischen Streitkräfte am afghanischen Hauptstadtflughafen waren damit gescheitert.

Politiker und Experten greifen, wenn sie die besonderen Beziehungen zwischen der Türkei und Afghanistan beschreiben wollen, gern in die Tiefen der Geschichte zurück. Bereits in den späten Jahren des Osmanischen Reichs seien die Beziehungen zwischen Istanbul und Kabul ausgebaut worden, rief am 1. März der Botschafter der Türkei in Afghanistan, Oğuzhan Ertuğrul, in Erinnerung. Das sei so weit gegangen, dass Cemal Pascha, seit 1913 Mitglied des herrschenden jungtürkischen Triumvirats, 1920 nach Kabul gereist sei, um dort die Modernisierung der afghanischen Streitkräfte zu unterstützen. Cemal war – Ertuğrul ließ das unerwähnt – einer der Hauptverantwortlichen für den Genozid an den Armeniern, und er wurde 1922 in Tiflis – auf der Rückreise aus Afghanistan – von einem armenischen Kommando erschossen. Dass Ertuğrul die historischen Bindungen ausgerechnet am 1. März beschrieb, hatte seinen Grund: Es war der hundertste Jahrestag der Unterzeichnung des afghanisch-türkischen Bündnisvertrags, der am 1. März 1921 geschlossen wurde, obwohl es die Türkei – sie wurde offiziell bekanntlich 1923 gegründet – eigentlich noch gar nicht gab.

Ertuğrul beschrieb am 1. März, der seit 2011 offiziell als »Türkisch-afghanischer Freundschaftstag« begangen wird, auch knapp die weitere gedeihliche Entwicklung der bilateralen Beziehungen, die unter anderem, so formulierte er es, einen wichtigen Beitrag der Türkei »bei der Etablierung moderner Staatsstrukturen und öffentlicher Institutionen« in Afghanistan nach 1945 umfassten – »auf den Feldern der Verwaltung, des Militärs, der Kultur, der Erziehung und der Gesundheit«; die Türkei habe dazu schon damals Lehrer, Ärzte, Offiziere und weiteres Fachpersonal nach Afghanistan entsandt. Ertuğrul hätte zudem einen weiteren Aspekt erwähnen können, nämlich die Sonderbeziehungen, die Ankara zu den turksprachigen Minderheiten Afghanistans, den Usbeken und den Turkmenen, unterhält. Hintergrund sind pantürkische Ansätze, die eine enge Kooperation mit sämtlichen turksprachigen Staaten und Bevölkerungsgruppen vorsehen – von Aserbaidschan über weite Teile Zentralasiens bis ins westchinesische Xinjiang. Raschid Dostum etwa, ein mächtiger Anführer von Afghanistans

usbekischer Minderheit, floh von 1997 bis 2001 vor den Taliban ins türkische Exil. Zuletzt wurde er am 1. April von Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu in Ankara empfangen.

Die Türkei hat sich in den vergangenen Jahren nicht nur mit der Ausbildung von Soldaten und Polizisten, sondern auch mit Entwicklungsaktivitäten in Afghanistan hervorgetan; ihre Entwicklungsagentur TİKA baut Straßen, leistet humanitäre Hilfe, fördert afghanische Schulen, unterstützt Ärzte und betätigt sich aktuell im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie. Dabei wird die Türkei − anders als die westlichen Mächte − am Hindukusch prinzipiell als islamisches »Bruderland« anerkannt. Afghanen seien diejenigen, die die meisten türkischen Stipendien nachfragten und auch die auch die größte Zahl davon erhielten, konstatierte Botschafter Ertuğrul am 1. März. Ankara wiederum baue auch seine diplomatischen Aktivitäten systematisch aus. So habe es erst im Juni 2020 ein neues Generalkonsulat im westafghanischen Herat eröffnet, und es plane, während andere Staaten ihre diplomatischen Vertretungen schlössen, weiterhin die Eröffnung eines dritten Konsulats in Kandahar noch in diesem Jahr. Die türkische Einflussarbeit sei durchaus erfolgreich, urteilte vor kurzem der Außen- und Militärpolitikexperte Metin Gürcan: Ankara habe sich am Hindukusch in den vergangenen Jahren in einem beachtlichen Ausmaß »soft power« aufgebaut.



Demonstration am 18.8.2021 in Wuppertal in Solidarität mit den schutzsuchenden Menschen in Afghanistan: »Unsere wärmsten Grüße – Schließt euch unseren kämpfenden kurdischen Schwestern und Brüdern an – Solidarität mit den Völkern Afghanistans.« Foto: anf

Dass die Türkei ihre Stellung in Afghanistan aufwerten wolle, sei »immer deutlicher« zu erkennen, hatte bereits im September 2017 das Washingtoner Middle East Institute (MEI) festgestellt − und darauf hingewiesen, dies liege ganz auf der Linie der Außenpolitik von Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Der strebe es bekanntlich an, Ankaras Einfluss vor allem in der islamischen Welt zu stärken, und zu dieser zähle nun mal auch Afghanistan. Tatsächlich passen die beharrlichen türkischen Einflussbemühungen am Hindukusch neben ihren pantürkischen Aspekten auch ohne Weiteres zu Erdoğans islamisch geprägter neoosmanischer Politik. Und so ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass Erdoğan auch nach dem Scheitern seiner Pläne für die Sonderrolle türkischer Truppen am Flughafen von Kabul am Ball bleibt und seinem Land neuen Einfluss in Afghanistan zu sichern sucht: Ankara sei längst dabei, mit allen Seiten über seine künftigen Beziehungen zu Kabul zu verhandeln, teilte die türkische Regierung unmittelbar nach der Übernahme der Macht in Afghanistan durch die Taliban mit. Ob es Erdoğan gelingt, den Einfluss der Türkei am Hindukusch nach dem Abzug des Westens aufzuwerten, wird man sehen. ♦

Die NATO-Politik im Mittleren Osten und die Strategie der KCK

»Die NATO hat das Leben für die Völker im Mittleren Osten zur Hölle gemacht«

Cemil Bayık, Ko-Vorsitzender der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK)

Anfang Mai dieses Jahres hat die Kampagne TATORT Kurdistan die vierte Broschüre ihrer Reihe veröffentlicht. Die neue Broschüre mit dem Titel »Die Strategie der KCK« beinhaltet ein Interview mit dem Ko-Vorsitzenden der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Cemil Bayik, über die NATO-Politik im Mittleren Osten, Internationalismus und die Beziehungen der KCK zu den globalen demokratischen Kräften. Die 24-seitige Broschüre kann wie die anderen drei Broschüren als PDF auf der Homepage von Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V. heruntergeladen werden. Im Folgenden veröffentlichen wir einen Auszug aus der Broschüre und stellen sie zur Diskussion:

KCK-Vertreter:innen haben wiederholt die Politik der NATO und ihrer Mitgliedsstaaten im Mittleren Osten kritisiert. Welche Strategie verfolgen ihre führenden Mitglieder USA, Großbritannien, Deutschland und Frankreich im Mittleren Osten?

Unsere Bewegung hat sich von Anfang an klar gegen diese NATO-Politik gestellt, da sie eindeutig gegen die unterdrückten Völker und gegen die Bewegung des Sozialismus, der Freiheit und der Demokratie gerichtet war. Die NATO hat ihren Terror auf der gesamten Welt verbreitet. Wir kritisierten allerdings nicht nur die NATO-Politik in aller Welt, sondern auch ihre Politik gegenüber den Kurd:innen und Kurdistan. Und wir kritisieren sie bis heute. Wir tun dies, weil sich die NATO gegen unsere Bewegung an die Seite des türkischen Staates gestellt hat. Sie hat ihn in allen Belangen unterstützt, um unsere Bewegung daran zu hindern, stark zu werden und ihre Ziele zu erreichen. Der türkische Staat hat uns angegriffen und einen Krieg gegen uns geführt, er hat viele Morde begangen und viele Massaker verübt. Die Unterstützung durch die NATO war entscheidend, um all das geschehen zu lassen. Es waren nicht nur die Ressourcen der Türkei, sondern auch die der NATO, die all dies möglich gemacht haben. Von Anfang an hat die Türkei mit Hilfe der NATO und der Europäischen Union gegen unsere Bewegung und unser Volk gekämpft. Wir kritisieren die Politik der NATO und wir werden dies auch weiterhin tun, da sie diese Politik bis jetzt noch nicht aufgegeben hat.

Unter den vielen möglichen Gründen für den NATO-Beitritt der Türkei war der Hauptgrund der, die Unterstützung der NATO für die Fortsetzung ihrer Völkermordpolitik gegen die Kurd:innen zu bekommen. Der Plan war, dass die Türkei so in die Lage versetzt werden würde, ihre Ziele zu erreichen und den türkischen Nationalstaat zu errichten. Sie nutzte ihre NATO-Mitgliedschaft allerdings nicht nur, um die eigenen Interessen zu verfolgen, sondern auch, um Beziehungen zur Europäischen Union zu knüpfen. Sie wollte die Unterstützung der Europäischen Union wie auch der NATO für ihre völkermörderischen Absichten gegen die Kurd:innen benutzen und so ihre Ziele erreichen. Dies war die Hauptmotivation der Türkei für ihren Beitritt zur NATO und die Entwicklung der Beziehungen zur EU.

Als wir unseren Freiheitskampf für das kurdische Volk und Kurdistan begannen, waren wir nicht nur Angriffen des türkischen Staates ausgesetzt. Neben der Türkei positionierten sich auch die NATO und die EU gegen uns. Dies ist der Grund, weshalb unser Kampf so intensiv war und weshalb wir einen derart hohen Preis bezahlen mussten. Der Hauptgrund dafür ist, dass die NATO und die EU immer an der Seite der Türkei standen. Sie haben nicht nur die Grenzen der Türkei geschützt, sondern haben auch alles in ihrer Macht Stehende getan, um einen politischen Wandel innerhalb der Türkei zu verhindern. Sie wollten immer demokratische Bewegungen innerhalb der Türkei verhindern. Sie betrachteten solche Bestrebungen als Widerspruch zu ihren eigenen Interessen. In ihren Augen würde eine demokratische Türkei gegen ihre eigenen Interessen arbeiten. Deshalb waren NATO und EU in keiner Weise daran interessiert, dass sich etwas an der politischen Landschaft der Türkei im Hinblick auf Demokratisierung änderte. Sie versorgten die Türkei mit aller nötigen Unterstützung, um es ihr zu ermöglichen, die Entwicklung einer demokratischen Bewegung zu verhindern, und sie kämpfen gegen die kurdische Bewegung genauso wie gegen die demokratische Bewegung. Das



Demonstration von »Schulter an Schulter gegen Faschismus« im Juli 2021 in Hamburg. Foto: Hinrich Schultze

war es, was ihre Interessen in der Türkei von ihnen erforderten. Die Türkei profitierte von dieser Politik und unterdrückte durchgehend sowohl die kurdische Freiheitsbewegung als auch die demokratischen Kräfte im Land.

Um die kurdische Freiheitsbewegung zu isolieren und ihr damit einen schweren Schlag zu versetzen, ermordete die NATO [*den schwedischen Premierminister*] Olof Palme. Dann schob sie den Mord der PKK in die Schuhe, um zu verhindern, dass sie an Einfluss gewinnt. Sie benutzten den Mord an Olof Palme, um die PKK auf die Terrorliste zu setzen, und entwickelten eine entsprechende Politik, die sie bis heute verfolgen. Zudem griff die NATO den Papst in Italien an, um das türkische Militärregime von Kenan Evren zu legitimieren. Mit dem versuchten Attentat wollten sie das von ihnen in der Türkei errichtete System legitimieren und so verhindern, dass sich irgendwer dagegen wendet. Sie wollten die allseitige Unterstützung für ihr System in der Türkei gewinnen. Als Organisation war die NATO geschaffen worden gegen die Völker, die sozialistische Bewegung und die Bewegung für Demokratie und Freiheit. Dementsprechend hat sie sich formiert. Die NATO hat absolut nichts mit Demokratie zu tun.

Es ist bekannt, dass die NATO aus Gründen der Menschenrechte und der Demokratie in vielen Ländern interveniert hat. In Wirklichkeit verteidigt sie allerdings keinesfalls Menschenrechte oder Humanität. Sie interveniert nicht um der Demokratie willen, sondern benutzt sie schlicht und ergreifend als Vorwand, um ihren eigenen Interessen nachzugehen. Indem sie von Menschenrechten und Demokratie redet, versucht sie lediglich die Öffentlichkeit zu täuschen. Sie benutzt diese Rechtfertigung für ihre Interventionen mit dem Ziel der Interessensicherung. Die NATO will ständig ihre Fähigkeit erweitern, in den Ländern, in denen sie interveniert, ihre eigenen Interessen zu verfolgen.

Die Türkei führt alle Arten von Angriffen gegen die Kurd:innen und die demokratischen Kräfte durch. Doch die NATO bleibt stumm. Wäre das, was die Türkei den demokratischen und sozialistischen Kräften und gerade den Kurd:innen antut, in irgendeinem anderen Land geschehen, hätte die NATO augenblicklich interveniert. Wenn es allerdings um die Türkei geht, vermeidet sie nicht nur Interventionen, sie verschließt auch Augen und Ohren. Sie behauptet ganz einfach, nichts gesehen und gehört zu haben. Doch tatsächlich

wird die Türkei heimlich auf jegliche Art und Weise unterstützt. Aufgrund dessen kann die Türkei ihrer Politik gegen die Kurd:innen und die demokratischen Kräfte nachgehen.

Zahlreiche europäische Staaten sind NATO-Mitglieder, und eine Hauptaufgabe der NATO ist es, Europa zu schützen. Es ist die NATO, die die Politik Europas für die Türkei und die Kurd:innen definiert. Diese von der NATO vorbestimmte Politik gibt den Rahmen vor, in dem Europa ihnen gegenüber agiert. Heute hat die Türkei die Kontrolle über viele kurdische Städte in Rojava übernommen. Sie hat diese Gebiete besetzt und verändert fortwährend deren Demografie. Doch Europa bleibt still. Die Türkei greift Şengal, Mexmûr und die Medya-Verteidigungsgebiete [*in Südkurdistan*] an. Doch Europa bleibt still. In der Türkei selbst sind die Kurd:innen mit einer sehr schmutzigen Politik konfrontiert. Die Türkei verübt einen Genozid an ihnen und setzt die demokratischen Kräfte unter starken Druck. Doch Europa bleibt still. Warum tut Europa nichts? Weil es die NATO ist, die die europäische Politik gegenüber den Kurd:innen bestimmt. Sie stützt die Türkei in dieser Politik. Deshalb bleibt Europa still und verschließt davor die Augen.

Die USA, Grossbritannien, Deutschland und Frankreich sind die Staaten, die den Mittleren Osten in ein grosses Chaos gestürzt und die Region so in ein vordringliches Problem für alle verwandelt haben. Diese vier Staaten haben riesige Konflikte im Mittleren Osten geschaffen. Sie haben den Krieg verbreitet und so das Leben für die Völker im Mittleren Osten zur Hölle gemacht.

Unter den NATO-Mitgliedsstaaten hat Deutschland die Verantwortung dafür übernommen, die Türkei zu beschützen. Diese Aufgabe wurde ihm von der NATO übertragen. In deren Auftrag schützt Deutschland die Türkei vor der kurdischen Freiheitsbewegung und den Bewegungen für Demokratie und Freiheit. Das ist auch der Grund, weshalb die Türkei ihre dreckige völkermörderische Politik verfolgen kann. Ohne die Unterstützung der NATO und speziell Deutschlands wäre die Türkei dazu nicht in der Lage.

Bekanntlich kam es in den letzten Jahren zu einer Reihe von Problemen zwischen der Türkei und verschiedenen anderen Staaten. Lediglich die türkisch-deutschen Beziehungen blieben davon unberührt, sie waren in den letzten Jahren tatsächlich sehr stark. Wann immer die Türkei ernsthafte Probleme bekam, unterstützte Deutschland sie und half ihr aus der schwierigen Situation. Selbst als gewisse Mittelmeerstaaten Maßnahmen gegen die Türkei ergreifen wollten, verhinderte Deutschland dies und schützte so die Türkei.

Deutschland war immer der Hauptpartner der völkermörderischen Politik der Türkei gegen die Armenier:innen, Griech:innen, Ezîd:innen, Assyrer:innen und Kurd:innen. Dies ist die historische Rolle Deutschlands. Es hat immer daran teilgehabt. Und bis heute verfolgt es diese Politik gemeinsam mit der Türkei. Deutschland unterstützt die Türkei auf jegliche Art und Weise und diese nutzt die Hilfe für den Genozid an den Kurd:innen. Deutschlands Strategie ist absolut gegen die Kurd:innen gerichtet. Sie steht im völligen Einklang mit der Besatzungspolitik der Türkei und mit der NATO. Bis heute hat es nicht eine Änderung dieser NATO-Politik gegeben. Auch Deutschland hat nichts geändert, weil es die Politik nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch im Namen der NATO verfolgt. Darum sind die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland so eng und strategisch. Deutschland ist die Hauptkraft, die das Herrschaftssystem in der Türkei stützt. Ohne diese Unterstützung könnte sich das Machtsystem in der Türkei nicht einen Tag lang auf den Beinen halten. Und es wäre nicht zu seiner Genozidpolitik in Nordkurdistan, Rojava und Südkurdistan in der Lage. Deshalb ist Deutschland auch für diese Politik der Türkei verantwortlich, es ist schuldig. Es ist wichtig, dass dies alle verstehen.

Die USA, Großbritannien, Deutschland und Frankreich sind die Staaten, die den Mittleren Osten in ein großes Chaos gestürzt und die Region so in ein vordringliches Problem für alle verwandelt haben. Diese vier Staaten haben riesige Konflikte im Mittleren Osten geschaffen. Sie haben den Krieg verbreitet und so das Leben für die Völker im Mittleren Osten zur Hölle gemacht. Ihre Politik ist die Grundlage aller Probleme der Region. Egal wie oft sie behaupten, diese Probleme lösen zu wollen, sie lügen schlicht und ergreifend und versuchen alle zu täuschen. Denn sie sind es selbst, die diese Probleme erst geschaffen haben. Diejenigen, die ein Problem geschaffen haben, werden nicht in der Lage sein, es zu lösen. Diese Staaten haben auch keinerlei Interesse an der Lösung der Probleme des Mittleren Ostens. Ihnen ist bewusst, dass dies im Gegensatz zu ihren eigenen Interessen stehen würde. Konflikte, Krieg, Krise und Instabilität sind die Mittel, um ihren Interessen zu dienen. Deshalb befördern sie weiterhin Instabilität und Krieg in der Region.

Die KCK versteht die Völker der Welt und die internationalen demokratischen Kräfte als ihre strategischen Verbündeten. Auf der ganzen Welt führen die Staaten massive Angriffe gegen die Gesellschaften und ihre demokratischen Kräfte durch. Was für eine Strategie ist nötig für deren gemeinsamen, globalen Kampf für Freiheit und Demokratie?

Die KCK stützt sich nicht auf das Macht- und Staatensystem, da ihre Ziele Demokratie, Freiheit und Gleichheit sind. Wer das will, kann nicht Konzepte wie Macht und Staat zum Ziel des Kampfes machen. Deshalb hat die KCK stattdessen das System des Demokratischen Konföderalismus zu ihrem Ziel erklärt. Dafür stützt sie sich auf eine demokratische und organisierte Gesellschaft. Dies ist die Basis, auf der die KCK das System des Demokratischen Konföderalismus aufbauen und vorantreiben will. Auf diesem Weg versucht sie, die Probleme zu lösen, mit denen die Kurd:innen, der Mittlere Osten, alle Völker und die Menschheit heute konfrontiert sind.

Es gibt zwei Wege, dies zu tun: Zunächst, alle Sozialist:innen, Kräfte der Demokratie und Freiheit und all jene, die gegen Unterdrückung, Faschismus und Diktatur kämpfen wollen, können sich in ihrem eigenen Land als eine vereinigte demokratische Front organisieren und zusammen kämpfen. Auf dieser Basis können all diese unterschiedlichen Kräfte eine solche Allianz, eine solche breite demokratische Front bilden. So können sie ihren Kampf gegen Macht, Diktatur und Faschismus verstärken und ihre Ziele erreichen.

Dies allein ist allerdings nicht genug und führt nicht zu allen gewünschten Ergebnissen. Das System der kapitalistischen Moderne hat seine Macht und Hegemonie überall auf der Welt errichtet. Deshalb ist es notwendig, einen Kampf gegen das aktuelle System der Macht in allen Ländern zu führen und gleichzeitig eine globale Allianz all jener zu bilden, die für Sozialismus, Demokratie und Freiheit kämpfen. Solch eine breite, demokratische Front globalen Ausmaßes zu schaffen ist nötig, wenn wir fähig sein wollen, das System der kapitalistischen Moderne zu bekämpfen. Das ist es, was von uns erwartet wird angesichts der Situation, in der sich die Menschheit aktuell befindet.

Wenn du den Sozialismus aufbauen willst, reicht es nicht, den Kampf nur auf der Basis von Allianzen mit sozialistischen Kräften zu führen. Das allein wird nicht die gewünschten Ergebnisse bringen. Zusätzlich musst du auch eine Allianz all jener bilden, die sich im Staaten- und Machtsystem unwohl fühlen und die stattdessen Freiheit und Demokratie wollen. Du musst deinen Kampf auf eine demokratische Kultur stützen.

Wenn alle Kräfte der Freiheit und Demokratie und alle Sozialist:innen, wenn alle Frauenbewegungen und Jugendbewegungen solch eine breite, globale Allianz aufbauen, werden sie in der Lage sein, ihre Erfahrungen miteinander zu teilen. Sie werden sich gegenseitig helfen können. Gemeinsam werden sie zu einer riesigen Kraft werden. Das wird es ihnen ermöglichen, gegen die kapitalistische Moderne zu kämpfen, sich selbst zu schützen, ihren Kampf zu verstärken und ihre gewünschten Ziele zu erreichen. Du kannst nicht erfolgreich gegen das System der kapitalistischen Moderne, gegen den Staat und die Macht kämpfen, indem du nur isolierte Kämpfe in den einzelnen Ländern führst. Das wird nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen. Wir müssen in jedem einzelnen Land und zur selben Zeit einen vereinten globalen Kampf führen.

Wenn du den Sozialismus aufbauen willst, reicht es nicht, den Kampf nur auf der Basis von Allianzen mit sozialistischen Kräften zu führen. Das allein wird nicht die gewünschten Ergebnisse bringen. Zusätzlich musst du auch eine Allianz all jener bilden, die sich im Staaten- und Machtsystem unwohl fühlen und die stattdessen Freiheit und Demokratie wollen. Du musst deinen Kampf auf eine demokratische Kultur stützen. Auf dieser Basis wird es möglich, den Sozialismus zu fördern und aufzubauen. Ohne eine starke demokratische Kultur zu schaffen und ohne unsere Mentalität, Persönlichkeit und Gesellschaft auf dieser Grundlage zu ändern, ist es unmöglich, den Sozialismus aufzubauen. Dies sind die Vorbedingungen dafür. Deshalb ist es nötig, eine demokratische Bewegung aufzubauen, die Demokratie zu fördern und auf dieser Basis in jedem Land und ebenso in globalem Maßstab eine Allianz zu bilden. Es ist notwendig, die Schaffung eines »Globalen Kongresses der Demokratie« zu unserem Ziel zu machen. Dieser Kongress wird die Basis für den Kampf für Freiheit und Demokratie bilden. Wir schlagen vor, diesen Kampf auf der Grundlage des demokratischen Konföderalismus zu führen ... ♦

Mit faschistischer Praxis den Neoliberalismus durchsetzen:

Historischer Vergleich des Machtgefüges in der Türkei mit dem deutschen Faschismus

Ulrich Weber im Gespräch mit Janka Kluge* und Alp Kayserilioğlu**

»Es gab ganz lange die Auseinandersetzung unter den Historiker:innen, ob es einen originären Befehl Hitlers zur Schoah gegeben hat. Den gab es nicht. Und trotzdem wussten alle, was gemacht werden soll«, so beschreibt Janka Kluge das Machtgefüge des deutschen Faschismus. »Tun, was man glaubt, das der Führer möchte. Das bestimmt in etwa auch die heutige Innenpolitik der Türkei«, so Alp Kayserilioğlu. »Bis hinauf in die obersten Ministerien wird sich damit gebrüstet im Sinne Erdoğans zu handeln.«

Kapital, Politik und die Krisen

Die damalige Strategie der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) zum Ausbau der eigenen Machtstellung war eine Mischung aus neoliberaler Öffnungspolitik der Türkei für ausländisches Kapital und andererseits Privatisierung, gepaart mit autoritären Praktiken zur Durchsetzung eigener Interessen. Wie in der Türkei von heute, gab es schon im historischen deutschen Faschismus ein enges Verhältnis zwischen der Politik und der Wirtschaft. »Wie wir heute aus Protokollen und Prozessunterlagen aus den Nürnberger Prozessen wissen«, so Janka Kluge, »gab es mehrere geheime Treffen zwischen Hitler und Vertretern der Wirtschaft, in denen Hitler Versprechungen gemacht hat. Dabei war das Hauptversprechen, dass er, sobald er an der Macht wäre, die Arbeiter:innenbewegung und ihre Gewerkschaften zerschlagen würde.« Die tragende Taktik der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) unter Hitler und Hess war es, der Partei ein pseudosozialistisches Gewand zu verleihen, um jene Bewegungen zu spalten. So mobilisierten die Faschist:innen beispielsweise noch zum 1. Mai 1933 zu den Protesten, dem viele Gewerkschaften Folge leisteten. Zwei Tage später wurden Gewerkschaftshäuser besetzt und Kommunist:innen und Gewerkschafter:innen verhaftet.

Auf der anderen Seite sollten durch die militärische Aufrüstung wieder Profite für Großindustrie und das deutsche Kapital realisiert werden. Dadurch sollten auch die Folgen der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre abgefedert werden. Im Zuge dessen versprach Hitler, die Länder Osteuropas zu kolonialisieren, um damit neben der reinen Ausweitung des »Lebensraumes« die wirtschaftliche Einflusssphäre vergrößern zu können. Doch brauchte es dafür Aufrüstung, da das Militär als Folge der Auflagen des Versailler Vertrages am Boden lag. Janka Kluge berichtet dabei von einem sehr prägnanten Fall aus ihrem Wohnort Stuttgart: »Daimler-Benz war in den 20er Jahren quasi zahlungsunfähig. Im Namen der Deutschen Bank hatte damals ein gewisser Herr Strauß das Angebot einer großzügigen finanziellen Unterstützung gemacht. Die Forderungen waren im Gegenzug Sitze im Aufsichtsrat und die Umstellung der Motorenentwicklung auf Flugzeugmotoren, die sicherlich nicht für Urlaubs-Reisende gedacht waren.« Derselbe Strauß war es, der während des Ersten Weltkrieges die anatolische Eisenbahngesellschaft verwaltete und zuvor für die Ölgeschäfte der Deutschen Bank verantwortlich war. Der Bau der Berlin-Bagdad-Bahn, der durch die Aufsicht und Finanzierung der Deutschen Bank realisiert werden konnte, galt als ein Garant der Einflussnahme und der Machtsicherung Deutschlands im Nahen Osten. Dabei setzte Deutschland nicht wie Großbritannien und Frankreich auf Gebietsgewinne in Mesopotamien, sondern auf die Schaffung wirtschaftlicher Einflussnahme, zum Aufbau einer ökonomischen Beherrschung über diesen strategisch wichtigen Raum. So konnte eine Expansion nach Vorderasien entlang an erdölreichen Regionen wie Mossul sichergestellt werden, während Großbritannien den Wasserweg durch den Suezkanal kontrollierte. Für den »kranken Mann am Bosporus«, das zerfallende Osmanische Reich, stellte der Bau der Bahnstrecke eine Chance zur Stabilisierung und zum schnellen Transport von Truppen dar. Durch die »Teile-und-Herrsche-Politik« ist diese militärische Ebene auch als eine Absicherung deutscher Interessen zu verstehen, deren Vorherrschaft auf dem Landweg durch die ebenso expansiven Seemächte schier unangreifbar schien.

Durch die wirtschaftliche Hegemoniekrise nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich Anfang der 30er Jahre zunehmend ein Faschismus, dessen Weg durch zahlreiche Unternehmer:innen bereitet wurde. Bis zum Jahr 1931 hatte die NSDAP nur wenige tausend Mitglieder. Ohne die Vereinbarungen zwischen Politik und Wirtschaft wäre die daraufhin rasant gestiegene Popularität und Macht der Faschist:innen undenkbar. Janka Kluge führt dazu aus: »Unter Historiker:innen gibt es einen Streit, wie man den 27. Januar 1933, also den Tag der Machtergreifung Hitlers, beschreibt. Eher bürgerlich-konservative Historiker:innen sagen, es war eine Machtergreifung der Nazis. Das stimmt meines Erachtens nicht. Es handelte sich vielmehr um eine Machtübertragung. Hitler wurde mit großer Beihilfe aus Politik und Wirtschaft an die Macht geholt.«

Zahlreiche Unternehmen der damaligen Zeit sind es nämlich auch heute, die monopolgleiche Stellungen innehaben und von denen immer wieder zu lesen ist, wenn es um Waffenexporte, wirtschaftliche Investitionen in die Türkei oder Besitzrechte für den Anbau von Monokulturen im globalen Süden geht.

Allein Daimler beschäftigte in den Jahren 1944/45 circa 40.000 Zwangsarbeiter:innen und gilt als erster Konzern, der erst mehr als 40 Jahre nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes und der Befreiung Deutschlands seine Konzerngeschichte durch externe Historiker:innen aufarbeiten ließ. Die darin getätigten Darstellungen werden von vielen Expert:innen wiederum als zu positiv eingeschätzt, was die Vermutung nahe legt, dass die Großunternehmen lediglich an einer Absolution im öffentlichen Diskurs interessiert seien.

Zahlreiche Unternehmen der damaligen Zeit sind es nämlich auch heute, die monopolgleiche Stellungen innehaben und von denen immer wieder zu lesen ist, wenn es um Waffenexporte, wirtschaftliche Investitionen in die Türkei oder Besitzrechte für den Anbau von Monokulturen im globalen Süden geht. So waren es vor allem die Deutsche Bank, Daimler, VW, Bayer, Thyssen Krupp und Dr. Oetker, die sich durch den Faschismus bereicherten und Zwangsarbeiter:innen zu Tode schuften ließen. Alle diese Konzerne ließen erst Jahrzehnte später hauseigene Untersuchungen über ihr Wirken in der NS-Zeit durchführen. Bei vielen sind nicht einmal die Untersuchungen abgeschlossen und die Akten werden systematisch zurückgehalten, wie bei Siemens. Eine ernstgemeinte Aufarbeitung ließe nämlich die Legitimation transnationaler Konzerne zerbröckeln, die auch heute mit ähnlichen Geschäftstypen im Ausland Profite aus dem Elend schlagen. Ein aktuelles Beispiel: Die Siemens AG ist am Bau des Ilısu-Staudammes beteiligt, durch den die historische Stadt Heskîf (Hasankeyf) in Nordkurdistan überflutet wurde. Damit wurde eines der ältesten Kulturgüter der Menschheitsgeschichte zerstört und Tausende wurden umgesiedelt. Zeitgleich sind die Folgen für die Umwelt immens und durch eben solche Staudämme wird die Wasserzufuhr in den Irak und nach Syrien als ein indirektes Kriegsmittel gegen die Kurd:innen genutzt.

Die AKP führt den Neoliberalismus vom Putsch 1980 weiter

»Wenn wir uns die Faschisierung der Türkei angucken«, so Alp Kayserilioğlu, »müssen wir einige Sachen wissen. Im Jahr 1980 gab es den größten und heftigsten Militärputsch in der Geschichte der Türkei, der sich vor allem gegen eine erstarkende Arbeiter:innenbewegung richtete. Da es in etwa das gleiche ist, was in Deutschland nach 1933 gemacht wurde, liegt es auf der Hand, diesen Putsch als einen faschistischen zu bezeichnen.« Auf den Putsch folgte eine Militärdiktatur bis 1983, die ihresgleichen suchte. Die Arbeiter:innenbewegung, die sich parallel zur Industrialisierung der vorherigen Jahrzehnte entwickelte und organisierte, sollte zusammen mit der Student:innenbewegung binnen kürzester Zeit zerschlagen werden. Auch hier sind die Parallelen aus der Beziehung zwischen einem sich faschisierenden Staat und dem Großkapital offenkundig. Als ein Beispiel von vielen führt Alp Kayserilioğlu an: »Nach dem Putsch dankte der größte Industrielle des Landes, ein gewisser Vehbi Koç, der Militärjunta und appellierte an diese, dass nie wieder Kommunist:innen, Armenier:innen oder Kurd:innen an die Macht kommen dürften.« Wenn man zu der Koç Holding A.Ş. recherchiert, welche heute das größte Unternehmen der Türkei gemessen am Exportvolumen ist, so stößt man in der Familiengeschichte durchgehend auf Ehrungen für Zivilcourage und soziales Engagement. Auch Vehbi Koç wird von westlichen Medien, in diesem Falle bei Wikipedia, als kemalistischer, säkulärer Philantrop, also als Menschenfreund und Demokrat betitelt. Bei diesem Narrativ liberaler Wirtschaftsstaaten fällt wie bei den großen deutschen Unternehmen, die vom Krieg und von der Schoah profitiert haben, unter den Tisch, dass die Koç Holding eine der größten Profiteur:innen des Völkermords an den Armenier:innen, der Vertreibung der Griech:innen und des permanenten Kriegs gegen die Kurd:innen ist. Das Wirken dieses Unternehmens ist zudem bezeichnend für das Konstrukt neoliberaler Nationalstaaten. Neben dem wirtschaftlichen Arm rühmt sich die Koç Holding mit sozialem Schein-Engagement und zementiert so-

mit eine wirtschaftlich-kulturelle Hegemonie, die eng mit der Regierung verwoben ist. Das Koç-Imperium unterhält nämlich neben den wirtschaftlichen Komponenten eine Universität, mehrere Schulen und kulturelle Angebote wie Museen und Parks. Was langfristig auf den Militärputsch von 1980 und die neue Verfassung vom 12. September 1983 folgte, die Basis der heutigen Ordnung in der Türkei, war das Verbot politischer Parteien, von Gewerkschaften und die Einführung des Neoliberalismus. Als eine Folge hat die Türkei noch heute einen der schwächsten gewerkschaftlichen Organisierungsgrade. Auch wurde dem Präsidenten rechtlich schon damals gewährt, die obersten Stellen der Justiz wie beim Kassations- und Verfassungsgericht nach seinem Belieben zu besetzen. Es entstand auf Grundlage dieser Verfassung ein Machtkonglomerat aus dem Präsidenten, dem Militär und der Justiz, welche eine Ideologie der türkisch-islamischen Synthese von oben propagierten. Dies stülpte sogar das Schulsystem um. »Im Kern betrachtet«, so Alp Kayserilioğlu, »ist das einfach eine Reformulierung des klassischen Nationalismus, der vom Laizismus zur Republiksgründung hin zu dieser Synthese aus Religion und Staat übergeht.« Die AKP ihrerseits, die 2002 an die Macht kommt, reagiert auf die Wirtschaftskrise von 2000/01 im selben Schema. Sie bietet sich mithilfe einer größeren Öffnung und des zunehmenden Abbaus von Arbeitnehmer:innenrechten dem ausländischen Kapital an.

Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass die AKP-Hochburgen vor allem in zentralanatolischen Städten liegen, welche im Zuge der Liberalisierung zu aufstrebenden Städten geworden sind. Aber auch in anderen großen Städten hat es die AKP durch Stadtteilarbeit geschafft, Fuß zu fassen und ihre Ideologie durch Versprechungen von Identität und Aufschwung festzusetzen, worin sie sich von anderen kemalistischen Linien unterscheidet.

Mit faschistischen Praktiken den Neoliberalismus durchsetzen

Während der Neoliberalismus die Wirtschaftsstrategie der Türkei prägt, etablieren sich innenpolitisch und gesellschaftlich faschistische Praktiken, welche die Durchsetzung des Neoliberalismus garantieren sollen. Alp Kayserilioğlu beschreibt das Machtgefüge seit den 80er Jahren als einen Komplex aus Militärapparat, Präsidenten und Justiz. Derselben Fraktionen des Machtgefüges bedient sich die Türkei auch, wobei es dem Regime gelingt, das Level an faschistischen Methoden gezielt hoch- und runterzufahren, je nach Bedarf und ohne dabei die Zügel gänzlich aus den Händen zu geben.

Aus dem sich nach 1980 entwickelnden Machtkonglomerat resultierte auch der schmutzige Krieg der 90er Jahre in Nordkurdistan. Diesen führte der Staat mit aller Härte gegen die gesamte Bevölkerung. Tausende wurden als Folge extralegal hingerichtet, entführt und umgesiedelt. Laut Alp Kayserilioğlu »sind die Verantwortlichen dafür das, was wir den tiefen Staat nennen. Dies ist ein Komplex, der bis in den Generalstab, Paramilitärs, die Mafia auf eine nichtöffentliche illegale Art und Weise miteinander zusammengearbeitet hat, mit dem Ziel, den kurdischen Widerstand zu brechen.« In den letzten Jahren tauchten unter dem AKP-MHP-Regime wieder einige Namen auf, welche schon in den 90er Jahren in diesem Komplex aktiv waren. Unter ihnen beispielsweise Tansu Çiller, die frühere Ministerpräsidentin mit Verbindung zu den Grauen Wölfen, der Polizeichef Ağar und Sedat Peker, ein verurteilter Mafiaboss mit offenkundigen Verbindungen zum türkischen Staat, der wegen Drogenhandel, Menschenentführung und Mord verurteilt wurde, nach kurzer Zeit aber vom Staat amnestiert wurde. 2008 wurde Peker dafür angeklagt als Teil des Ergenekon-Planes, mithilfe eines Untergrundnetzwerkes des tiefen Staates, die islamisch-konservative Regierung unter dem Ministerpräsidenten Erdoğan stürzen zu wollen. Peker wurde 2013 zu 10 Jahren Haft verurteilt, kam jedoch abermals nach nicht mal einem Jahr wieder frei und schwor Erdoğan nach dem gescheiterten Putschversuch 2016 die Treue. Seit kurzem ist Peker vor der Regierung auf der Flucht und kündigt an, die Machenschaften des tiefen Staates, der ihn fallen gelassen habe, zu enthüllen. Als seine Hauptgegner gelten dabei der bereits zuvor erwähnte Mehmet Ağar, welcher in den 90er Jahren als Justiz- und Innenminister agierte und von Peker als Polizeiminister und Kopf des tiefen Staates gehandelt wird, und der Innenminister Süleyman Soylu. Wieder einmal werden in diesem Komplex die Verstrickungen der Justiz, der Mafia, der Regierung und der Wirtschaft deutlich. Eine große Rolle spielen daher auch die paramilitärischen Kräfte in der Türkei, wo insbesondere die Grauen Wölfe zu nennen sind, die einen paramilitärischen Jugendverband der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) darstellen. »Die Grauen Wölfe besitzen«, so Janka Kluge, »ein klares Bild von Menschen, die aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen werden sollen. Das betrifft insbesondere die Leute, die sich nicht zum Türkentum bekennen, wie die Armenier:innen und die Kurd:innen. In diesem Stilisieren von bestimmten Gruppen zum allgemeinen Feindbild liegen große Parallelen zum deutschen Faschismus.« Auch nach Alp Kayserilioğlu »sind ein Militarismus und insbesondere solche für das AKP-MHP-Regime agierende Paramilitärs wie die Grauen Wölfe faschistisch. In der Tragweite und der Anzahl sind diese jedoch trotzdem schwer vergleichbar mit den Schwarzhemden und der SA in Deutschland, auch wenn sie gerne bedeutender wären.«

Propaganda und Kolonialismus für den Machterhalt

Seit dem Militärputsch 1980 wird eine »türkisch-islamische Synthese« als rechter Gegenentwurf für die starke Position der Linken von 1979 propagiert. Die Linie der AKP ist dabei pragmatischer Natur, indem sie keine einheitlichen Linien vertritt, sondern diejenigen Positionen einnimmt, die dem Machterhalt dienlich zu sein scheinen. Während sie sich in den 2000ern als neoliberale Kraft dem Westen offen zeigt und defensiv gegenüber islamistischen Kräften ist, wirbt sie heute mit islamistischer Propaganda um die Gunst sunnitisch-islamistischer Kräfte. Laut Alp Kayserilioğlu »ist auch die Islaminterpretation der AKP pragmatisch und flexibel. Vor allem war sie in der Anfangszeit recht liberal konnotiert, wodurch auch unter Erdoğan eine gewisse politische Offenheit suggeriert wurde. Dies hat sich aber grundlegend geändert.« Ergänzt wird die AKP durch die nationalistische Propaganda des extrem rechten Koalitionspartners MHP, welche neben der erträumten Einheit aller Türk-Völker eine Verfolgung und Ausgrenzungspolitik gegenüber allen anderen Volksidentitäten innerhalb der Türkei umsetzt.

Aktuell hält das Regime die Türkei in einem permanenten Kriegszustand nach innen und nach außen. Zahlreiche Verfahren wegen Terrorismus im Inland sind dabei der bröckelnde Unterbau für dessen Legitimation. Der Krieg im Ausland wie die Einsätze in Libyen, in Armenien, in Kurdistan und die expansive Politik sollen der politischen Opposition hingegen Legitimation für die aktuelle Regierung abringen. Die Folge dessen wird deutlich bei dem politisch-passiven Verhalten der größten Oppositionspartei, der CHP (Republikanische Volkspartei), die sich in den letzten Jahren immer auf die Seite des Krieges geschlagen hat. Das Regime wählt also zwei Wege zum Machterhalt: Krisen mit zunehmender Heftigkeit heraufbeschwören, um die inneren Widersprüche zu überdecken, und eine Expansionspolitik mit Angriffskriegen, die nicht nur ideologisches Mittel für den Machterhalt ist, sondern eine Antwort auf den Fall der Lira und die wirtschaftliche Krise, die sich durch Corona noch verstärkt hat. Alp Kayserilioğlu beschreibt die aktuelle Situation deshalb als »Dualität zwischen Hegemoniekrise und autoritärer Konsolidierung, was Ausdruck der generellen und permanenten Krise des Neoliberalismus ist. Trotz aller Bemühungen hat die Türkei aber sehr limitierte Möglichkeiten eine imperiale Macht zu werden. Durch die zementierte transatlantische Ordnung fehlt der Türkei nämlich ein wirtschaftliches Vakuum, was es für eine großangelegte Expansionspolitik bräuchte.«

Die Rolle des Widerstandes

Im Vergleich des damaligen Deutschlands mit der heutigen Türkei gibt es wesentliche Unterschiede im Hinblick auf den Widerstand. Einen großen Teil davon machten in Deutschland das Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und das Aufrechterhalten von Organisationsstrukturen in der Illegalität aus. »Dabei ist«, so Janka Kluge, »vor allem die Rote Hilfe zu nennen, die Familien von Verhafteten und Deportierten unterstützte und bei der Schleusung von Verfolgten ins Ausland half. Einen bewaffneten Widerstand gab es fast ausschließlich in den besetzten Ländern. Viele aus Deutschland Geflohene haben sich später Widerstandsgruppen wie der Résistance und den Partisanen angeschlossen.« In der Gesamtbetrachtung des historischen Nationalsozialismus gab es nach Janka Kluge unterschiedliche Phasen des Widerstands innerhalb des Landes: »Am Anfang waren viele Kommunist:innen und Sozialist:innen im Widerstand aktiv. Dies legte sich aber durch den Hitler-Stalin-Pakt bei vielen Kommunist:innen und änderte sich bei vielen erst bei dem Überfall auf die Sowjetunion 1941.« Generell spielte der Streit zwischen KPD und SPD Anfang der 30er Jahre eine außerordentliche Rolle. Die SPD verunglimpfte die KPD als rotlackierte Faschisten, während jene im Hinblick auf die Sozialfaschismusthese die Sozialdemokratie als zu bekämpfenden, linken Flügel des Faschismus wähnten. Eine Zusammenarbeit gab es daher praktisch nicht. Erst im Angesicht der Deportation, der Konzentrationslager und des bestimmten Vorgehens von Polizei und paramilitärischen Kräften änderte sich dies.

Mit einem Mythos müsse man bei einer genauen Analyse Nazi-Deutschlands aber aufräumen, so Janka Kluge: »Hitler hatte nie 100 Prozent der Bevölkerung hinter sich gehabt. Das ist eine Legende der Nazis. Der Krieg, beispielsweise der Überfall auf Polen, hat für eine Ablenkung der Bevölkerung gesorgt, sodass auch Hungeraufstände nicht konstant und flächendeckend waren. Viele Söhne waren nämlich im Krieg, einem Angriffskrieg, der ein Wir-Gefühl kreieren sollte, der auch dazu diente, von den laufenden Verbrechen der Nazis abzulenken.«

Die Situation in der Türkei ist mittlerweile wie folgt: Wie in vielen westlichen Ländern, beispielsweise in Deutschland durch die von der SPD verabschiedete Agenda 2010, hat sich die Sozialdemokratie mit dem Neoliberalismus arrangiert. Die größte Oppositionspartei innerhalb der Türkei, die kemalistische CHP, verlor als Folge der Liberalisierungspolitik daraufhin viele Armenviertel und damit ganze Gebiete. Ausschlaggebend waren dafür mitunter die Verhandlungen zum EU-Beitritt der Türkei ab 2006. Durch diese musste der Forderung nach wirtschaftlicher Umstrukturierung Folge geleistet werden, was Privatisierung großer staatlicher Unternehmen bedeutete und die Etablierung einer vom Staat unabhängigen Zentralbank (Türkische Notenbank CBRT), welche für Preisstabilität statt für Höchstbeschäftigung sorgen soll. Zudem führte die AKP neue Arbeitsgesetze ein und damit vermehrt Teilzeitarbeit und Subunternehmerschaft. Innerhalb eines Jahrzehnts sank somit

zusätzlich der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder, die traditionell am stärksten in den großen staatlichen Unternehmen organisiert waren, bis 2015 von 30 % auf ca. 6 % und eine starke Haushaltsverschuldung sorgte nach einem rasanten Anstieg der Wirtschaftsleistung zu einem noch rasanteren Abfall dieser.

Die Türkei ist in ihrer aktuellen Phase, beginnend mit der Wirtschaftskrise 2000, als Verwirklichung des Greater Middle East Projects der USA und somit dessen Expansionsstrategie zu begreifen. Die Profiteure der türkischen Liberalisierung, also die USA, europäische Staaten und darin speziell Deutschland, sind aufgrund von Profitinteressen eine Stütze faschistischer Praktiken, die mit allen Mitteln ihre Investitionen und das östlichste NATO-Bollwerk erhalten wollen.

Nach Alp werden deshalb »sämtliche Übergriffe und Militäroperationen der Türkei relativiert oder gar verschwiegen. Es ergibt sich folgender Status quo: Erdoğan kann machen, was er will, solange es den wirtschaftlichen und geopolitischen Interessenslagen nicht schadet, und wird in dem, was er tut, prinzipiell vom deutschen Staat gedeckt.« Durch die Interessenslage vieler Großmächte und das geschilderte Abhängigkeitsverhältnis sind den Expansionsplänen Erdoğans aber auch natürliche Schranken gesetzt.

Nachdem die AKP nach 2010 zur politisch-dominanten Kraft aufstieg, wurde die Hegemoniekrise ab 2012 immer wieder deutlich sichtbar: In Rojava setzte sich die Revolution durch und im Inland gab es mit den Gezi-Protesten einen Massenaufstand gegen den Autoritarismus der AKP. Die HDP, die Demokratische Partei der Völker, gründete sich im Jahr 2012 und meisterte bei den Wahlen 2015 die 10%-Hürde, die ein Erbe des Militärputsches 1980 darstellt. Zudem hat das AKP-MHP-Regime in den letzten Kommunalwahlen viele wichtige Städte verloren und sieht sich mit dem starken Fall der Lira konfrontiert und macht sich zunehmend weiter von ausländischen Investitionen abhängig und reagiert mit Gewalt gegen Oppositionelle.

»Einer der wesentlichsten Unterschiede zum Hitler-Faschismus ist, dass es in der Türkei noch eine legale Opposition im Sinne von Gewerkschaften, Parteien und Protestierenden gibt, die aber unter enormem Druck steht«, so Alp Kayserilioğlu. Er führt aus: »Was bürgerliche Oppositionsparteien lahmlegt, ist, dass es die Regierung um Erdoğan geschafft hat, ihre Rolle und ihre Einflussnahme zu monopolisieren, was auch bürgerliche Oppositionsparteien aus Angst vor dem gesamten Machtapparat ausbremst.«

Da aber auch Teile der bürgerlich-politischen Opposition viele Linien der staatlichen Politik teilen, den kemalistischen Nationalismus und den Krieg gegen das kurdische Volk betreffend, ist es umso wichtiger, auf die demokratisch-fortschrittlichen Kräfte in der Türkei zu gucken. An der prestigeträchtigen Boğaziçi-Universität gab es seit Anfang des Jahres Massenproteste, bei denen der Staat mit aller Härte gegen die Studierenden unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung vorging, aber in deren Folge der durch die AKP eingesetzte Zwangsverwalter abdanken musste. Zudem besitzt die feministische Bewegung ein riesiges Mobilisierungspotenzial, wie kürzlich die Proteste gegen den Austritt aus der Istanbul-Konvention gezeigt haben, und auch in den Großstädten und in Nordkurdistan gibt es einen militanten und teilweise bewaffneten Widerstand.

Auch wenn sich der historisch-deutsche Faschismus in vielen Punkten vom politischen Klima in der Türkei unterscheidet, so eint sie doch die Position der Wirtschaft im Machtgeflecht und die Staatsräson, welche es Komplexen wie einem tiefen Staat erlaubt, jenseits von Gesetzen und Legalität zu operieren und zu morden.

Die Vielzahl demokratisch-progressiver Bewegungen lässt somit auf eine Demokratisierung der Türkei hoffen, die sich über die Strukturen des tiefen Staates hinwegsetzt und die Mittel des Autoritarismus überwindet.

Auch wenn sich der historisch-deutsche Faschismus in vielen Punkten vom politischen Klima in der Türkei unterscheidet, so eint sie doch die Position der Wirtschaft im Machtgeflecht und die Staatsräson, welche es Komplexen wie einem tiefen Staat erlaubt, jenseits von Gesetzen und Legalität zu operieren und zu morden. Von den westlichen Medien und Politiker:innen wird dabei laufend ein Bild von der Türkei suggeriert, welches versucht, das Fundament, auf dem sich der heutige expansive Staat aufstellt, zu verschleiern. Wenn wir diesen lüften, erkennen wir aber, dass sich das Fundament nicht stark von dem des Hitler-Faschismus unterscheidet. Es war und ist nämlich ein Fundament, das auf Gefängnissen, Folter, Antifeminismus und abertausenden Leichen beruht. Wir müssen sehen, dass die Profiteur:innen der Politik des AKP-MHP-Regimes und des permanenten Kriegszustands zuhauf in Deutschland sitzen. Der Slogan »Hinter Krieg und Krise / dem Faschismus steht das Kapital« hat folglich nie an Bedeutung eingebüßt und zeigt wiederum auf, wo wir in Deutschland zur Verteidigung Kurdistans ansetzen können. ♦

* Janka Kluge, Journalistin, engagierte Antifaschistin und Expertin zu dem Thema deutscher Faschismus.
**Alp Kayserilioğlu, Journalist und Autor mit dem Themenschwerpunkt Ära der AKP in der Türkei.

In Nord- und Ostsyrien wird Demokratie gelehrt und gelernt

Bildung als Schlüssel zur Revolution

Müslüm Örtülü

Wie wird Demokratie gelernt? Das ist eine zentrale Frage, mit der sich die Revolution von Rojava auseinandersetzt. Die Antwort lautet Bildung, Bildung und nochmal Bildung. Eine Gesellschaft, die über Jahrzehnte hinweg kolonialisiert wurde und über keinerlei Teilhaberechte verfügte, steht plötzlich vor der großen Herausforderung, mittels Kommunen und Rätestrukturen ihr eigenes demokratisches System zu entwickeln. Das ist keine leichte Herausforderung, der sich die Menschen in Nord- und Ostsyrien stellen. Der Prozess ist langwierig, manchmal von großen Schwierigkeiten und Widersprüchen geprägt. Doch der Wille zum Aufbau der eigenen Strukturen ist überall zu spüren. Diese Strukturen sollen die gesellschaftlichen Probleme lösen, von denen es angesichts der bestehenden Kriegssituation nicht gerade wenige gibt. Natürlich ist Selbstverteidigung ein zentraler Grundpfeiler des Aufbaus. Doch in den drei Monaten, die ich mittlerweile in der Region verbracht habe, bin ich Zeuge dessen geworden, dass Selbstverteidigung weitaus mehr bedeutet, als das Verfügen über schlagkräftige militärische Strukturen. Die effektivste Selbstverteidigung ist eine Gesellschaft mit einem demokratisch-politischen Bewusstsein. Und das Bewusstsein soll durch kollektive und vielfältige Bildungsmaßnahmen geschaffen werden.

In »Soziologie der Freiheit« plädiert Abdullah Öcalan, der Ideengeber der Revolution von Rojava, immer wieder für den Aufbau eigener Bildungsstrukturen jenseits der bestehenden Macht- und Wissensstrukturen. Sie sind für ihn der zentrale Grundstein für die Bildung einer »politisch-moralischen Gesellschaft«. Bildung ist laut Öcalan eine zentrale Methode der Gesellschaft, um Wissen und Erfahrungen von der älteren Generation an die jüngere zu übermitteln. Doch Bildung ist ein umkämpftes Feld. Auch die Staaten, als Vertreter:innen des offiziellen Zivilisationssystems, haben sich die Methode des Wissens zu eigen gemacht. Mittels ihrer Bildungseinrichtungen versuchen sie, die Jugend im Sinne ihres Systems zu verwerten. Öcalan fordert deshalb den Aufbau eigener Bildungseinrichtungen, die auf keinen Fall die Bildungseinrichtungen dieses Zivilisationssystems imitieren sollten. Die Bildungseinrichtungen der demokratischen Moderne sollen Orte sein, in denen Lehrende und Lernende gegenseitig voneinander lernen und gemeinsam den Grundstein einer demokratischen Gesellschaft legen können.

Kollektives Leben nach demokratischen Prinzipien

So viel zur Theorie, doch wie wird das Ganze in der Praxis angegangen? In Nord- und Ostsyrien spielen die Akademien hierbei eine zentrale Rolle. Die »Akademien für eine demokratische Gesellschaft« sind Orte, in denen die Gesellschaft die Geisteshaltung der demokratischen Moderne lernen soll. In jeder größeren Stadt gibt es diese Akademien. Gegründet wurden sie bereits im Jahr 2014, damals unter dem Namen »Akademiya Nûrî Dêrsimî«. In diesen Akademien wird geforscht und gelehrt. Teilnehmer:innen der Akademien sind Mitglieder der gesellschaftlichen Strukturen. Sowohl die Rätestrukturen als auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen können ihre Mitglieder für die Teilnahme an den Bildungseinheiten vorschlagen. Die Dauer der Bildungseinheiten reicht von wenigen Wochen bis zu mehreren Monaten. Sie finden entweder in arabischer oder in kurdischer Sprache statt. In diesen Bildungen setzen sich die Menschen mit ihrer eigenen Geschichte auseinander, mit der Ideologie des Staates und mit den Konzepten der Revolution. Neben den Unterrichtseinheiten ist aber auch das gemeinsame Zusammenleben zentral für die Bildung. Die Menschen leben kollektiv und nach demokratischen Prinzipien. Nach jeder Unterrichtseinheit gibt es die Möglichkeit, die Lehrkräfte zu kritisieren und Vorschläge für Verbesserungen zu machen. Auch die Lehrkräfte der Akademien evaluieren nach jeder abgeschlossenen Bildung ihre Arbeit und versuchen diese weiterzuentwickeln. Bei den jährlichen Kongressen der Akademien werden die gesamten Arbeitsstrukturen auf den Prüfstein gestellt. So wurde beim letzten Kongress entschieden, dass es in Zukunft mehrstufige Bildungseinheiten geben soll. Die erste Stufe soll dazu dienen, die Ideen der Revolution und ihre Prinzipien kennenzulernen. Auf den nächsten Stufen sollen die Teilnehmer:innen dann das Bewusstsein und die Fertigkeiten erlernen, um leitende Verantwortung in den gesellschaftlichen



Die Jineolojî-Akademie in Dêrik (Nordostsyrien): »Jineolojî: Von einem Begriff zur Theorie. Von der Theorie zur Praxis und bleibenden Strukturen für die Frauenrevolution«. Foto: jineoloji.org

Strukturen zu übernehmen. Die Bildungsstrukturen sind also nie in Stein gemeißelt. Es wird stets nach Wegen und Mitteln gesucht, um die Arbeiten der Akademien zu verbessern und auf die Bedürfnisse der Gesellschaft abzustimmen.

Aufbau eigener Bildungsstrukturen

Die Teilnehmer:innen der Bildung verfügen über unterschiedlichste Hintergründe. Es sind Menschen aus allen Teilen der Bevölkerung. Sie eint der Wille, etwas für ihre Gesellschaft zu tun. Das Interesse der Menschen ist groß. Sie stellen Fragen, diskutieren mit und teilen ihre Ideen und Gedanken miteinander. Ich erfuhr in meinen Gesprächen, dass es in den arabischen Gebieten anfangs Vorbehalte gegenüber der Arbeit der Akademie gab, insbesondere deshalb, weil sowohl Frauen als auch Männer an diesen partizipieren. Diese Vorbehalte wurden mittlerweile in ihr Gegenteil verkehrt. Eine Lehrkraft berichtete mir, wie enthusiastisch die Diskussionen bei den Bildungen in Städten wie Tebqa oder Raqqa ablaufen. Und insbesondere bei den Frauen sei die Bereitschaft zu lernen und alte Denkstrukturen abzulegen immens.

Die Schaffung eines neuen demokratischen Bewusstseins ist eine langwierige Aufgabe. Denn die alte »staatliche« Geisteshaltung ist allgegenwärtig. Viele Menschen erwarten von den Selbstverwaltungsstrukturen Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme, ohne die eigene Verantwortung dabei zu sehen. Das Selbstverwaltungssystem wird oft an seiner Fähigkeit gemessen, die ökonomischen Probleme der Menschen zu lösen. Die Möglichkeit der demokratischen Partizipation in den Strukturen von der Kommune bis hin zum Stadtrat spielt oftmals eine untergeordnete Rolle. Zu lernen, dass die Suche nach der Lösung der Probleme eine kollektive Aufgabe ist und nicht diejenige einer wie auch immer gearteten »Leitungsstruktur«, ist letztlich ein langer und schwieriger Weg.

In Nord- und Ostsyrien haben sich die Menschen allerdings auf diesen Weg begeben. Sie bauen ihre eigenen Bildungsstrukturen auf, mit denen die Gesellschaft in die Lage versetzt werden soll, diesen Weg zu beschreiten. Die »Akademien für eine demokratische Gesellschaft« sind ein Teil dieser Strukturen. Daneben gibt es die Frauenakademien, die Universitäten, die Bildungseinheiten der Kommunen, der Stadträte, der politischen Parteien und der übrigen gesellschaftlichen Strukturen. Bei meinen Gesprächen auf meiner Reise durch die Region habe ich immer wieder von der Wichtigkeit dieser Bildungen gehört. Noch bevor eine Bildungseinheit abgeschlossen ist, beschäftigen sich die vielfältigen gesellschaftlichen Strukturen, mit denen ich in Berührung gekommen bin, schon mit der Organisation der nächsten Bildungseinheit. Bildung ist Teil des alltäglichen Lebens und der Grundstein der Revolution. In Nord- und Ostsyrien wird wahrlich Demokratie gelehrt und gelernt. ♦

Eine sichere Zukunft für Christen und andere Minderheiten in Nord- und Ostsyrien

Fundament für die multiethnische und multireligiöse Inklusion konnte geschaffen werden

Rojava Information Center (RIC)

Die Bevölkerung in Nord- und Ostsyrien ist geprägt von religiöser und ethnischer Vielfalt. Es ist eine wichtige Aufgabe der Gesellschaft und der Selbstverwaltung, ein gleichberechtigtes Zusammenleben zu ermöglichen, was einen kontinuierlichen Aushandlungsprozess erfordert. Wir veröffentlichen einen Auszug zu diesem Thema aus einem Bericht des Rojava Information Centers (RIC) vom September 2020.

Zivile und politische Auseinandersetzungen

Die Kritik am Umgang der Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens mit den Beziehungen der verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen untereinander hat sich verständlicherweise auf das Verhältnis zwischen Kurd:innen und Araber:innen konzentriert, die mit Abstand größten ethnischen Gruppierungen in Nord- und Ostsyrien. Innerhalb des politischen Meinungsspektrums in Nord- und Ostsyrien stellen die sehr konservativen arabischen Gemeinden in den vom »Islamischen Staat« (IS) befreiten Regionen den politischen Gegenpol zu den kurdischen Gemeinden in Dschazira dar. Diese unterstützen mehrheitlich seit langem das politische Programm der Selbstverwaltung. In den arabischen Gemeinden stößt deren politisches Programm auf großen Widerspruch. Diese Spannungen wurden schon an anderer Stelle ausführlich dokumentiert und diskutiert und werden den Schwerpunkt im nächsten Bericht des RIC bilden.

Die Haltung der Christen und anderer Minderheiten zum politischen Projekt im Nordosten war neutral bzw. mehrheitlich positiv. Vor allem Vertreter:innen traditionell marginalisierter Gruppen wie Êzîd:innen und Alevit:innen berichten nur Positives über die in den letzten Jahren unternommenen Schritte zu ihrer Einbindung in die lokale und regionale Politik.

Assyrische Demokratische Partei (ADP) – Ein Beispiel aus der Praxis

Funktionäre der ADP beschreiben die Beziehung zwischen der ADP und der Selbstverwaltung als weitgehend positiv, aber auch durch Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Syrisch-Assyrischen Militärrat getrübt. Die beiden Ko-Vorsitzenden des Militärrats sind miteinander verheiratet und das wird von der Selbstverwaltung nicht akzeptiert. ADP-Vertreter berichten dem RIC, dass die Verwaltung sich in dieser Frage unflexibel gezeigt und nicht erkannt hat, dass es für die kleine und traditionell geprägte assyrische Gemeinschaft schwierig ist, Frauen für Führungspositionen zu finden, so wie es die Politik der Geschlechtergleichstellung erfordert. Der Lösungsvorschlag einer Gruppe innerhalb der ADP, das Ehepaar aus ihrer Position abzuziehen und sie zu einfachen Mitgliedern zu machen, wurde nicht von allen Mitgliedern des Rates akzeptiert. Daraufhin wurde der Leiter des assyrischen Büros seines Amtes enthoben.

Außerdem gab es Beschwerden von offiziellen Vertreter:innen über die fehlende finanzielle Unterstützung durch die Selbstverwaltung für die ADP.

Außerhalb des militärischen Bereichs betrifft die Hauptkritik die Lehrpläne an den Schulen. Im Jahr 2018 versuchte die Selbstverwaltung, ihren eigenen Lehrplan in privaten und an den von der syrischen Regierung finanzierten syrischen Schulen durchzusetzen. Diese unterrichteten noch nach einem von Damaskus genehmigten Lehrplan. Das führte zu Spannungen mit der Schulbehörde der Regierung in Damaskus. Im September 2018 kam es zu einer Einigung zwischen der Selbstverwaltung und dem örtlichen syrisch-orthodoxen Erzbistum: Die ersten beiden Klassen in diesen Schulen werden nach dem Lehrplan der Selbstverwaltung unterrichtet und die Klassen drei bis sechs weiterhin nach dem von Damaskus geprägten Lehrplan. In ihrem eigenen öffentlichen Schulsystem bietet die Selbstverwaltung weiterhin muttersprachlichen Unterricht in

Syrisch für syrische Kinder an und außerdem Syrisch als zweite Sprache für arabische, kurdische und andere Schüler:innen.

Die Beschwerden über die Nutzung des Eigentums geflüchteter Christen durch die Selbstverwaltung wurden zur Zufriedenheit aller vom RIC befragten Parteien durch die Einführung eines Sondergesetzes gelöst, welches den besonderen Schutz von Häusern, Eigentum und Land der Christen bis zu ihrer Rückkehr festschreibt. Beaufsichtigt wird dieser Prozess von einem eigens eingerichteten Komitee lokaler Christen.

Im Allgemeinen ist die Beziehung zwischen den christlichen Gemeinden und der Selbstverwaltung durch begeistertes Engagement in einigen Vierteln und vorsichtige Distanz in anderen gekennzeichnet.

Hevin Aisa vom Armenischen Rat berichtete dem RIC, dass sich die armenische Bevölkerung bisher eher von der Selbstverwaltung ferngehalten hat: »Das liegt daran, dass sie die Repression des Regimes fürchten. Aus diesem Grund hält sich der Armenische Rat von der Politik fern. Manche seiner Mitglieder stehen dem Regime und andere der Selbstverwaltung näher.«

Diese nach beiden Seiten offene Formulierung ist typisch für zivilgesellschaftliche Aktivist:innen, die Beziehungen zur Selbstverwaltung und gleichzeitig zu Damaskus nahestehenden Personen und Einrichtungen pflegen. Deutlich unterscheiden sich auch die Haltungen der christlichen Gemeinde in Qamişlo (und in geringerem Maße in Hesekê) von den Gemeinden im Khabour-Tal, Til Temir, Dêrik und Tirbesipiyê. In Qamişlo hat Damaskus während des gesamten Krieges die Kontrolle über einige christliche Viertel behalten und die Gemeinde sucht dementsprechend weiterhin Schutz in Damaskus. Die Gemeinden im Khabour-Tal, Til Temir, Dêrik und Tirbesipiyê haben sich mit mehr Begeisterung an dem politischen Projekt im Nordosten beteiligt .

Aktuelle Bedrohungen

Die Invasion der Türkei 2018 und die anschließende Besetzung von Efrîn zeigen, welche Gefahr weitere Invasionen für die Minderheiten in Nord- und Ostsyrien darstellen.

Die Bevölkerung der Region Efrîn war zu etwa 95 % kurdisch mit großen alevitischen und êzîdischen Minderheiten



Demonstration in Til Temir: Die Bevölkerung protestiert gegen die täglichen Angriffe der Türkei gegen Nordsyrien/Rojava. Foto: anha

und kleineren armenischen, arabischen und nawarischen Gemeinschaften. Verglichen mit anderen kurdischen Gebieten innerhalb der syrischen Grenzen war Efrîn sowohl ethnisch als auch sprachlich viel homogener kurdisch.

Heute ist die Mehrheit der Christ:innen und Êzîd:innen aus Efrîn gewaltsam vertrieben worden und lebt entweder in Flüchtlingslagern in der Region Şehba oder in anderen syrischen Städten. Die verbleibenden Minderheiten in Efrîn wurden von türkisch kontrollierten radikal-islamistischen Milizen öffentlich mit dem Tod oder der Zwangskonvertierung bedroht – eine Drohung, die ernst genommen werden musste.

Das politische System Nord- und Ostsyriens legt ein Fundament für die multiethnische und multireligiöse Inklusion, wenn auch noch einiges getan werden muss, um sicherzustellen, dass die Realität diesem Anspruch gerecht wird.

Das von der Türkei betriebene »Demographic Engineering« in Efrîn ist gut dokumentiert. Kurz zusammengefasst handelt es sich dabei um Prozesse

- der Arabisierung (die Ansiedlung arabischer Milizionäre aus anderen Teilen Syriens und ihrer Familien in ehemals kurdischen, êzîdischen, christlichen und alevitischen Städten und Regionen)
- der Türkisierung (durch die Einführung eines türkischen Lehrplans in Schulen, die Umbenennung von Gebäuden und behördlichen Strukturen, die Etablierung einer defacto türkischen Kontrolle über alle Aspekte der Regierung und der Zivilgesellschaft)
- der Islamisierung (über den Schullehrplan und durch die Gewalt türkisch kontrollierter bewaffneter Gruppen)
- der Etablierung eines »turkmenischen Gürtels« entlang der Grenze zur Türkei.

Am 9. Oktober 2019 griff die Türkei erneut Grenzstädte in ganz Nord- und Ostsyrien an, um die Städte Serêkaniyê und Girê Spî und das umliegende Land zu besetzen. In den ersten Tagen wurden Dutzende von Städten und Dörfern unter Beschuss genommen. Eine Reihe von überwiegend christlichen Enklaven wurde angegriffen, darunter Dörfer in der Umgebung von Dêrik und das christliche Viertel Bişeriye in Qamişlo. Diese Angriffe erfolgten, obwohl diese Enklaven weit von der Region entfernt sind, die die Türkei besetzen wollte. Christliche Bewohner:innen wurden bei diesen Angriffen verletzt und getötet.

Die türkische Invasion ermöglichte den Schläferzellen des sogenannten Islamischen Staat (IS) die Intensivierung ihrer Aktivitäten. Folglich nahmen die Angriffe seit Beginn der Operation gegen allgemeine Ziele und gegen religiöse Minderheiten deutlich zu. Die Angriffe der Schläferzellen fielen im September 2019 auf ein Rekordtief (43 Angriffe), stiegen aber nach der türkischen Invasion im Oktober 2019 wieder an. Im November und Dezember wurden 83 bzw. 84 Angriffe verzeichnet. Besondere Aufmerksamkeit erregte im November 2019 die Ermordung des armenischen Priesters Housib Petoyan und seines Vaters durch den IS, als sie nach Deir ez-Zor fuhren, um an der Restaurierung der dortigen armenischen Kirche zu arbeiten.

Die christliche Gemeinschaft war auch schon vor der türkischen Invasion Ziel des IS, zuletzt bei einem Autobombenanschlag im Juli 2019. Doch nicht nur der IS allein führt im Nordosten Anschläge mit Schläferzellen aus: Autobombenanschläge auf Kirchen, z. B. in Qamişlo mit fünf toten Zivilist:innen während der türkischen »Friedensfrühlingsoffensive« weisen auf die Beteiligung türkisch unterstützter Schläferzellen hin.

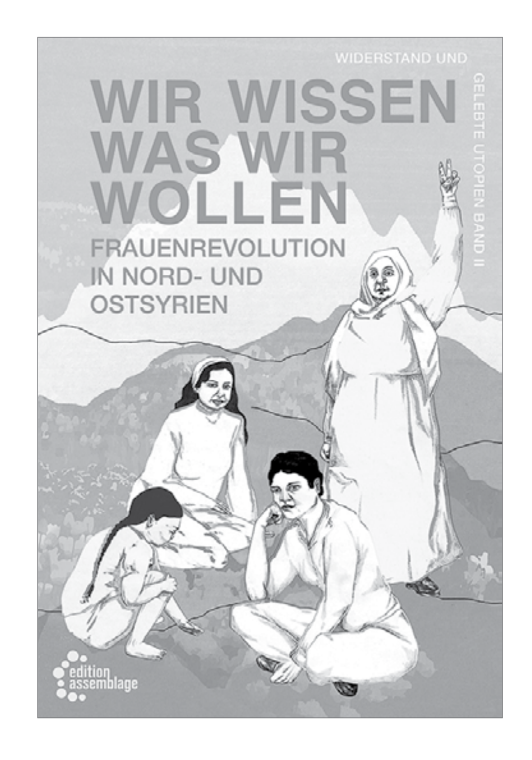
Perspektiven für die Zukunft

Das politische Projekt im Nordosten bietet den ethnischen und religiösen Minderheiten zweifellos Chancen, die ihnen nirgendwo sonst im Nahen Osten in Bezug auf garantierte politische Vertretung, Schutz und die Förderung ihrer kulturellen Rechte gewährt werden. Das politische System Nord- und Ostsyriens legt ein Fundament für die multiethnische und multireligiöse Inklusion, wenn auch noch einiges getan werden muss, um sicherzustellen, dass die Realität diesem Anspruch gerecht wird. Wir konnten mit einem breiten Spektrum von politischen Akteuren aus religiösen und ethnischen Minderheiten sprechen, auf der Ebene der Kommune bis zu den höchsten Ebenen der Verwaltung. Da viele dieser Gruppen, genau wie die Kurd:innen, auch eine historische Marginalisierung erfahren haben, vereint sie die gemeinsame Betroffenheit und ihre gemeinsamen Interessen, die sich aus den historischen Veränderungen im Nordosten ergeben. ♦

»Wir wissen was wir wollen«

Revolution beginnt im Kopf - und manchmal mit einem Buch

Katharina M.



»Leider sind die Diskussionen *[über die patriarchale Gesellschaft]* bisher nicht ehrlich. Jeder sagt nun, dass er oder sie frei sei, aber das sind wir nicht. Das ist ein großer Irrtum. Eine ehrliche Diskussion dazu gibt es nicht. Vielleicht ist es notwendig, dass ich noch mehr gegen meine verinnerlichte, männliche Sicht kämpfe. Wie viel kämpfe ich auf dieser Ebene überhaupt, damit wir eines Tages wirklich in einer freien Gesellschaft leben können?«[1]

Ich habe Sehnsucht. Sehnsucht nach Geschichten, in denen repressive gesellschaftliche Strukturen infrage gestellt und abgeschafft werden. Geschichten von Zusammenschluss und Widerstand. Geschichten, in denen der Wind sich dreht, alle Staatsgebäude umwirft, und neue, freiere Formen des Zusammenlebens gefunden werden.

Diese Geschichten sollen nicht nur Geschichten bleiben. Sie sollen weitergereicht werden, sich wie ein Lauffeuer verbreiten, und ja – anstiften.

Ich beginne also, ein Buch zu lesen. Mal wollen Bücher trösten, mal gespannt machen, oder zum Lachen bringen. Und mal wollen sie, wie dieses, Brände stiften.

Brandstiftung an einer ansonsten sehr braven, weißen, deutschen Mittelschichtstochter, die ich bin, und die außer durch das obligatorische Auslandsjahr noch nicht viel über ihren Alblinsen- und Spätzle-Tellerrand hinausgeschaut hat.

Im Winter 2018/2019 reiste eine Delegation der feministischen Organisierung »Gemeinsam Kämpfen! für Selbstbestimmung und Demokratische Autonomie« von Deutschland aus in das Autonome Gebiet Nord-und Ostsyriens, um der Situation dort Öffentlichkeit zu verschaffen, und um von den Frauen vor Ort zu lernen, was Frauenrevolution bedeuten kann. Was heißt es, in einer Revolution zu leben und ein neues gesellschaftliches Miteinander aufzubauen? Was bedeutet Freiheit der Frau*, Freiheit des Mannes*, die der Familie und somit die der Gesellschaft?

Das Ergebnis dieser Reise und der zahlreich geführten Gespräche ist das Anfang 2021 erschienene Buch, das ich nun in den Händen halte.

Ich betrachte die drei (!) Titel.

»Widerstand und gelebte Utopien Band II«

»Wir wissen was wir wollen«

und

»Frauenrevolution in Nord- und Ostsyrien«

Über einen »kollektiv erkämpften Erfahrungsschatz« (wie eine der Autor:innen ihn bezeichnet) kann nicht individuell berichtet werden: daher besteht der Sammelband aus Interviews. Es braucht die Stimmen einer Vielzahl von Menschen, die an verschiedenen Stellen der Revolution ihren Beitrag leisten.

1 Zitate aus dem Buch. Herausgeber_innenkollektiv des Andrea Wolf Instituts: Wir wissen was wir wollen. Frauenrevolution in Nord-und Ost-Syrien. (= Widerstand und gelebte Utopien, Band II). Münster 2020 *[tatsächl. 2021]*.

Das Buch ist eine Chance für Menschen wie mich, von der kurdischen Freiheitsbewegung zu lernen und die Geschichten weiterzutragen.

Unaufgeregt werden sehr grundlegende Fragen und ihre praktische Umsetzung diskutiert:

Wie erschaffen wir eine Gesellschaft, in denen Frauen* und Männer und für mich auch andere, die im Buch nicht genannt werden, sich auf Augenhöhe begegnen können?

Wie schaffen wir Sicherheit?

Wie brechen wir Strukturen auf, die uns lange gefangen gehalten haben?

Wie gehen wir mit Rückschritten um?

Denn eines, das wird schnell deutlich, können wir uns sicher aus dem Kopf schlagen: dass eines Tages die Revolution über uns hereinbricht, und fortan alles gut ist. Errungenschaften können sehr schnell durch Kriegsdrohungen wieder zunichte gemacht werden.

In vielen Medien wird die Frauenrevolution in Rojava auf den militärischen Aspekt reduziert: man sieht vor allem die YPJ-Kämpfer:innen.

Das Buch zeigt, dass es auch (und vor allem) die Zivilgesellschaft ist, die den Wandel vorantreibt, dass die Revolution auf allen Gebieten stattfindet: sozial, wirtschaftlich, ökologisch, und politisch – und somit viel umfassender und tiefgreifender ist, als es oft dargelegt wird.

Die Frauen in Nord-und Ostsyrien, die den Frauenkonföderalismus mit aufbauen und verteidigen, kommen zu Wort. Sie erzählen. Es wird nicht über sie erzählt.

Somit nehmen sie die Dokumentation der Frauenrevolution selbst in die Hand, als basisdemokratisches Gemeinschaftsprojekt, anstatt erneut das Feld Männern zu überlassen.

Sie erzählen von der Jineolojî – der Wissenschaft der Frau, von der Selbstverwaltung in Frauenräten und Frauenkommunen, von Bildung als Basis der Revolution und von Abdullah Öcalan als Wegbegleiter. Es wird deutlich, dass die kurdische Freiheitsbewegung nicht mehr nur Kurd:innen meint, sondern alle Bevölkerungsgruppen mit einschließt.

Das Buch kann der Beginn eines Austauschs sein:

Es schafft die Grundlage für einen weiterführenden Dialog. Wie lassen sich feministische, Umwelt-, Arbeits-, und antirassistische Kämpfe verbinden?

Was bedeutet Internationalismus und Intersektionalismus? Immer schon haben sich Aufstände gegen Sklaverei und Kolonialismus in unterschiedlichen Teilen der Welt voneinander inspirieren lassen, und aufeinander bezogen. Bündnisse und Beziehungen über nationalstaatliche Grenzen hinweg sind daher von entscheidender Bedeutung, und ein großes Anliegen des Buches.

»Und jetzt? …!« scheint groß auf der letzten Seite zu stehen, nach den Geschichten von Limah Abdullah, die in Derîk und Qamişlo die Regierungsbeamt:innen aus den Gebäuden des Regimes vertrieben, und so Stück für Stück die Stadt befreit hat. Von Medya Abdullah, der Titelgeberin des Buches, und von Sarah Handelmann, die in Tübingen studierte, im Mai 2017 nach Rojava und in die Berge ging und bei einer Bombardierung durch die türkische Luftwaffe mit weiteren Freund:innen ermordet wurde.

Dasselbe System patriarchaler Unterdrückung, das uns kaputtmacht, ist auch das System, gegen das in Rojava/Nord- und Ostsyrien entschlossener als an den meisten Orten der Welt angekämpft wird.

Ich möchte daher meine Perspektive wechseln. Aus welcher schaue (und schreibe) ich gerade? Welche Fragen traue ich mich zu stellen? Welche nicht? Warum nicht?

Schließt euch zusammen! Hört zu! Lernt voneinander. Hört auch den Menschen zu, denen ihr normalerweise nicht von selbst begegnen würdet. Organisiert euch! Lernt euch kennen. Besonders eure Nachbar:innen. Mischt euch ein. Werdet aktiv. Das ist der Beginn einer nachhaltigen Veränderung der Gesellschaft. Dies allerdings liegt buchstäblich in den Händen der Leser:innen.

Wenn es einem Buch gelingt, nicht in Vergessenheit zu geraten, sondern eine Handlung auszulösen, dann kann das ein Anfang sein. Das ist die Intention dieses Buches.

So, dass Menschen wie Medya Abdullah sagen können:

»Mein Leben ist die Revolution, und ich bin glücklich in dieser Zeit zu leben, und endlich die Träume einer befreiten Gesellschaft, die wir ein Leben lang hatten, in die Praxis umzusetzen.« ♦

»Ich habe niemals meinen Kopf vor jemandem gesenkt«

Alles für die Freiheit

Fatma Oren, Mutter von drei Gefallenen im Camp Mexmûr

Das kurdische Volk hat eine lange Geschichte, eine alte Kultur und besiedelt ein Gebiet, das als Wiege der Zivilisation gilt. Aber leider ist es in unserer heutigen Zeit ohne eigenes Zuhause, ohne offizielle eigene Sprache, seiner Geschichte beraubt und ständigem Missbrauch und Raub ausgesetzt. In Kurdistan spielen die Frauen die Hauptrolle bei der Gestaltung der Gesellschaft. Frauen sind näher an der Lebenswirklichkeit, ein Ausdruck eines Jahrtausende alten Erbes. Vom Neolithikum bis heute haben die Frauen trotz aller Angriffe, Zwänge und Druck des patriarchalen Systems ihre selbständige Existenz verteidigt, auch in Botan. Mit Aufkommen der Freiheitsbewegung haben kurdische Frauen mit allen Formen des Feudalismus gebrochen und eine führende Rolle im Kampf für die Freiheit eingenommen. 1994 wurden insgesamt 450 Dörfer in Botan niedergebrannt und zehntausende Menschen aus ihren Dörfern vertrieben. Ein Teil dieser Menschen verteilte sich in der ganzen Welt. Um ihre Seele und ihre Würde zu schützen, flohen viele nach Südkurdistan (Irak). Die Menschen des Camps Şehîd Rûstem Cûdî (Mexmûr) im Nordirak, die Teil dieses alten Volkes und dieser alten Kultur sind, haben bei allen kurdischen Aufständen eine bedeutende Rolle gespielt, so wie auch für die Weiterentwicklung und Verbreiterung der kurdischen Freiheitsbewegung. Die Frauen der Region Botan haben während ihrer endlosen Flucht sowohl unglaublich viel erreicht als auch viel Gewalt und Verletzungen erfahren. Jetzt sind ihre Augen auf ein anderes Leben gerichtet. Auf ihrem Weg bildeten sich Selbstbewusstsein, Selbsterkenntnis und Selbstbestimmung heraus. Mit dem Aufbau von Nachbarschaftskomitees hatten die Institutionen ihre Arbeit begonnen, und nun sind sie beim Aufbau von Räten angekommen. Das Bewusstsein über ihre kurdische Identität erwachte aus dem jahrhundertelangen Tiefschlaf, besonders bei den Frauen. Die Familie von Fatma Oren war eine der Familien, auf die die Freiheitsbewegung sich stützen konnte. Fatma Oren, die im Folgenden zu uns spricht, verlor drei ihrer Söhne und ihren Lebenspartner im Kampf für die Freiheit Kurdistans:

Die Vergangenheit war nicht wie die Gegenwart, es gab keine Liebe für die Mädchen und Jungen. Ab einem bestimmten Alter suchten die Eltern für die Jungen und Mädchen einen Ehepartner aus. Die Familie des Jungen nahm ein junges Mädchen entsprechend ihren Wünschen auf und gestaltete die Ehe nach ihren eigenen familiären Vorstellungen. Das Mädchen hatte keinen Einfluss auf die Entscheidung und die Familie des Mädchens hatte kaum eine andere Wahl, als zuzustimmen. Diese Art und Weise der Eheschließung war zu einer Kultur etabliert worden, der sich niemand entziehen konnte.

Meine Ehe entstand genauso. Ich wurde mit 16 Jahren verheiratet. Mein Ehepartner war 22 Jahre alt. Das war noch in den 1960er Jahren so. Sieben Tage nach unserer Heirat ging mein Mann Salih zur türkischen Armee, damals wurde er für drei Jahre verpflichtet. Nach zwei Jahren Militärdienst blieb er drei Tage zu Hause. Während dieser drei Tage brach ein Konflikt zwischen unserem Stamm und einem anderen Stamm aus, bei dem 23 Männer getötet wurden. Die Feindschaft zwischen diesen beiden Stämmen hielt elf Jahre an. Nach dem Militärdienst ging Salih wieder mit seinem Vater zum Gebet in die Moschee, wobei auch jener dem Konflikt zum Opfer fiel, womit mein Mann nun der einzige Sohn des Hauses war. Nach diesem Vorfall ging Salih erneut für zwei Jahre zum Militär und meine Schwägerin stand dem Haus vor. Ich habe selbständig den Wochenmarkt bedient und gleichzeitig den Haushalt erledigt. Ich hatte insgesamt 14 Kinder, davon 8 Jungen und 6 Mädchen. Neben diesen Aufgaben war ich verantwortlich für die gesamte Viehzucht und Landwirtschaft. Das war schwer, aber trotz meiner geringen Körpergröße und meines jungen Alters habe ich niemals meinen Kopf vor jemandem gesenkt. Mein Lebensgefährte sagte eines Tages: Ich fühle mich in unserem Haus nicht wohl, weil mein Vater vor dieser Haustür getötet wurde, wir sollten uns ein neues Haus bauen. Die Möglichkeiten waren nicht wie heute, zum Hausbau mussten im Steinbruch Steine gebrochen werden.

Wie sehr ich mich auch bemühe, das Erlebte zu beschreiben, kann wohl dennoch niemand nachvollziehen, was für ein Leben ich geführt habe.



Die Geschichte der Menschen des Camps Mexmûr ist eine Geschichte des Widerstands und des Aufbaus: »Es gab unter uns viele Unermüdliche, die zwar von der Welt vergessen wurden, aber aus dem Nichts eine Existenz geschaffen haben. Unsere Gedanken und Überzeugungen hielten uns auf Trab. Unsere Freiheitsverbundenheit hielt uns auf den Beinen. Es gab keine Unterkunft, aber Glauben gab es; es gab kein Wasser, doch es gab eine Seele.« Fotos: anf

Ich habe mich von niemandem unterkriegen lassen

Auch vor meiner Flucht war mein Leben immer voller Druck und Schwierigkeiten. Als die Arbeiten noch auf den Schultern meines Lebensgefährten und meinen verteilt waren, ging es ganz gut. Unser Verhältnis war gut und gleichberechtigt. Er schätzte mich und ich schätzte ihn. Damals war die Demokratische Partei Kurdistans (PDK) in der Türkei wichtig für uns.

Mein Lebensgefährte war damals auch ein Pêşmerga[1], wie die meisten Männer unseres Dorfes. Mein Cousin Elî ist als Mitglied der Partei gefallen. So war unser Leben, einerseits die schwere Arbeit und die Härte des Dorflebens, andererseits die kurdische Frage und die ständigen Angriffe des Feindes. Bis zum 12. September 1980[2] war unsere Situation noch einigermaßen gut. Ab da verstärkten sich die Angriffe des türkischen Staates auf uns. Zu dieser Zeit gingen die Männer aus den Dörfern in die türkischen Städte und leisteten Widerstand. Die PKK kam zu dieser Zeit nicht in unser Dorf. Mein Lebensgefährte war auch eine Zeit lang Kolber[3]. Als er 1982 nach einem Auftrag zurückkehrte, lernte er die PKK kennen. Er beteiligte sich als Sympathisant und trat 1987 der Partei bei. Nach seinem Anschluss wuchs meine Alltagslast, drei meiner Kinder waren zu dieser Zeit noch sehr klein. Aber ich habe mich von niemandem unterkriegen lassen und die alltäglichen Aufgaben selbst bewältigt. Ich brauchte von niemandem Unterstützung und hab alles selbst hinbekommen. Wir hatten Walnussbäume und sammelten deren Nüsse für den Wochenmarkt. Auch wirtschaftlich war unsere Lage gut. Ich hütete die Schafe und Ziegen und war sehr zufrieden damit. Eigentlich hatten Frauen in der Familie nichts zu sagen. Im Haus galt das Wort des Mannes, ob Vater oder Bruder oder Sohn, sein Wort galt und er entschied die familiären Angelegenheiten. Auch demgegenüber war ich eine starke Frau. Alle kannten mich so. Die Nachbarinnen sagten über mich: Fatma ist sehr willensstark, kräftig, bestimmt ihre Regeln selbst und sorgt dafür, dass es allen gut geht. Als mein Lebensgefährte im Kampf gefallen war, haben meine Kinder und ich den Haushalt aufrechterhalten. Ohne Mann im Haus galt damals eine Familie als zerbrochen; aber ich ließ diese Sichtweise auf meine Kinder und mich nicht zu. Wieder einmal kam mein Herz nicht zur Ruhe. Jemand musste die Arbeiten und Verantwortlichkeiten meines ermordeten Ehemannes übernehmen.

1 Die bewaffneten Kräfte der PDK.

2 Militärputsch der NATO in der Türkei.

3 »Kolber« ist die Bezeichnung für Menschen, die für ihren Lebensunterhalt als Lastenträger:innen im Grenzgebiet zum Transport von Waren arbeiten.

Wenn die Freiheitsliebe in das Herz eines Menschen eindringt …

Ich ging zur Partei und sagte: Ich möchte mich an den Arbeiten beteiligen. Die Hevals[4] waren überrascht. In unserem Dorf machte zu dieser Zeit keine Frau organisatorische Arbeit für die Partei, denn es wurde gesagt, dies sei nicht üblich und deshalb nicht möglich. Auch waren meine Kinder alle noch klein. Aber ich bestand darauf. Ich sagte, dass das Versprechen meines Lebensgefährten Salih an die Partei auch meines ist und ich von nun an Salihs Parteiarbeit fortsetzen würde. Ein Jahr nach dem Tod meines Mannes trat mein Sohn Talip der Guerilla bei. Mein Sohn war stark und intelligent, deshalb hat er auch diesen Weg gewählt. Er sagte mir: Ich werde gehen. Daraufhin packte ich ihm seinen Rucksack und sagte ihm Lebewohl. Nachdem er gegangen war, kamen alle Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner zu mir. Es hieß, ich hätte ihn geschickt. Ich war unsicher und habe das nicht richtiggestellt. Wenn die Freiheitsliebe in das Herz eines Menschen eindringt, ist es nicht möglich, ihn einzusperren oder ihn zurückzuhalten. Er wird seinen eigenen Weg gehen. Mein Sohn gab sich selbst den Namen Xebat. Selbstverständlich wurde der Name Xebat zum Stolz unserer Familie.

Als Xebat 1993 fiel, brachte mein anderer Sohn es nicht übers Herz, mir von dessen Tod zu berichten. Er stand eines Morgens früh auf, wusch sich, zog sich frische Kleider an und rief nach mir. Er sagte: Mutter, ich werde mich den Hevals anschließen. Ich antwortete: Sohn, geh noch nicht, wenn dein Bruder eines Tages fällt, geh und übernimm seine Waffe. Er sagte zu mir: Was mein Bruder macht, ist mir egal, ich werde gehen. Die Waffe meines Mannes war noch im Haus. Mein Sohn verband die Munitionsweste und die Kalaschnikow mit seines Vaters Kampf gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Er fragte mich: Mutter darf ich Vaters Waffe nehmen oder nicht? Ich sagte ihm: Mein Junge, nimm die Waffe an dich, sie wird dir sehr dienlich sein, ich begrüße deine Entscheidung und deine Größe sehr. Er warf seinen Rucksack auf seinen Rücken, wickelte sich sein Tuch um den Kopf und ging. Ich saß vor der Tür, als er über die Schwelle unseres Hauses trat und sah ihm nach, bis ich ihn aus den Augen verlor. Ich schaute aufmerksam seiner Gestalt, seinem Charme und seiner bemerkenswerten Schönheit nach.

Auch in Zaxo hörte der Druck nicht auf

Einige Zeit danach sind wir ausgewandert: Der Druck und die Gewalt des türkischen Staates ließen uns nichts übrig als die Flucht. Weil meine Kinder in den Reihen der Guerilla waren und auch mein verstorbener Lebensgefährte als Guerilla gefallen war, war unsere Familie den Drohungen des türkischen Militärs besonders ausgeliefert, zusätzlich zu den Angriffen und Vertreibungen gegen alle Kurdinnen und Kurden in unserer Region. Eines Tages kamen türkische Soldaten in unser Dorf und plünderten und brandschatzten mein Haus. Ich hatte Tränen in den Augen und bevor sie gingen, sagten sie zu mir: Wenn du noch einmal der PKK hilfst, verbrennen wir dich ebenfalls. Ich habe meine Kinder und 30 Ziegen genommen und ging mit den anderen nach Zaxo. Aber dort hörten der Druck und der Zwang auch nicht auf. Zwölf Menschen wurden getötet und wir gingen weiter nach Bihêrê, wo wir nur eine sehr kurze Zeit blieben. Pausenlos flogen Kampfjets der türkischen Armee über unseren Köpfen. Um uns und unsere Kinder zu schützen, zogen wir weiter nach Bêşrîvê. Die örtliche irakische Verwaltung ließ uns nicht bleiben, aber die Camps Geliye Qiyametê und Etruş nahmen uns auf. Unsere 1995 geflohene Gruppe kam in Geliye Qiyametê an, wo ich ein Jahr blieb. Die Regierung verhängte drei Monate lang ein Embargo gegen uns. Von Geliye Qiyametê wurden wir nach Etruş gebracht. Dort blieben wir ebenfalls ein Jahr, bis wir auch von hier wieder weiterziehen mussten. Es kam aber auch unsere zweite Gruppe. Die Leute aus Hilalî und Mijinî ließen sich in Etruş nieder. Der Rest von uns blieb in Geliye Qiyametê.

Ich habe kein gutes Leben gehabt

1996 waren wir fest im Camp Etruş integriert. Nach all dem Leid und den Mühen kamen eines Tages einige Leute der Gemeindeleitung zu uns. Ich sagte zu ihnen: Ich bin ein Gast, habe viel Leid erfahren, in mir ist es schwarz, ich fühle mich ausgebrannt, keine Freude ist mir geblieben. Ich fragt euch geradeheraus: Ist mein Sohn ein Şehîd[5]? Dies bestätigten sie. Ich stieß laut das Tililî[6] aus, ging auf den Hauptplatz des Lagers und sprach vor 17.000 Menschen. Ich sprach von den gefallenen Şehîds und habe sieben Tage lang getrauert. Nach der Trauerzeit sagte ich: Alle sollen es hören und wissen! Es wird am Donnerstag die Hochzeit meines Sohnes geben, ihr seid alle eingeladen!

Heval Sinan von der Partei kam zu mir und sagte erbarmungsvoll: Yadê (Mutter), warum hast du die Hochzeit geplant? Es hieß doch, du willst diesen Sohn nicht verheiraten, damit er sich dem Freiheitskampf widmen kann. Ich sagte zu ihm: Ich habe mich für die Hochzeit entschieden. In diesem Moment war der Raum voller Männer. Ich blieb im Flur und sagte: Schon damals, als mein Cousin Elî seine Seele für unsere Heimat gegeben hat und sich dem Abgrund der Bitterkeit entgegenstellte, wurde er getötet. Auch er wollte ihre Kriegsma-

4 »Heval«: PKK-Begriff für Freund:in, Genoss:in.

5 Şehîd: kurdisches Wort für »im Kampf Gefallene:r«, »Märtyrer:in«.

6 Frauentrillern mit der Zunge.

schinen zerstören, doch nun kreisen sie über seinem Leichnam und denen meiner Söhne und meines Lebensgefährten. Nach diesen Worten fingen einige Männer an zu weinen, bis alle weinten. Wir haben daraufhin die Hochzeit stattfinden lassen. Wir blieben noch drei Monate und gingen dann weiter nach Nînova.

Ich habe kein gutes Leben gehabt. Manchmal habe ich mich danach gesehnt, mich für zwei Stunden schlafen zu legen, weil die Arbeit und die schweren häuslichen Pflichten auf meinen Schultern lasteten. Ich war immer mitten in Arbeit und Aktivität. Zum Beispiel habe ich ein Jahr lang im Naturschutz gearbeitet, und zuletzt in der Institution für die Familien der Gefallenen. Und wieder kam der Genozid über uns. Ohne Fahrzeuge und ohne Vorbereitung machten wir uns auf den Weg und zogen nach Nahdaran. Wir gingen in PDK-Gebiete und wurden von den Pêşmerga angegriffen; wir gingen in den Irak und wurden dort von Saddams Truppen angegriffen. Mitten im Winter waren wir ohne Zelte, ohne Nylonplanen, ohne irgendetwas. Zu Beginn der Flucht nach Nahdaran verlor eine Frau ihr Leben, ganze drei Tage lang lag ihr Leichnam am selben Ort, eine Beerdigung gab es für sie nicht.

Später einigten sich UN und irakische Zentralregierung und wir zogen nach Mexmûr. Wir waren erstaunt, als wir uns umsahen: Es gab wieder keine Zelte, keine Nylonplanen, keinen Regenschutz, keinen Bodenschutz, kein Essen, kein Trinken, kein Wasser, es gab einfach nichts als Wüste. Wir hatten gütige und gebende Hände, doch waren wir arm und konnten nicht anders. Wir haben uns nur angeschaut und uns gesagt, dass wir einen Weg finden müssen, hier zu überleben. Es gab hier nichts außer Skorpionen und Schlangen. So sah Saddams Traum aus. Zu dieser Anfangszeit in Mexmûr starben 16 Kinder an Skorpionstichen. Gelegentlich kam ein Tanklastwagen mit Wasser. So lebten wir ein Jahr im Camp.

Unsere Bevölkerung entschloss sich nach einer Weile, mit den Aufbauarbeiten im Camp zu beginnen. Es gab unter uns viele Unermüdliche, die zwar von der Welt vergessen wurden, aber aus dem Nichts eine Existenz geschaffen haben. Unsere Gedanken und Überzeugungen hielten uns auf Trab. Unsere Freiheitsverbundenheit hielt uns auf den Beinen. Es gab keine Unterkunft, aber Glauben gab es; es gab kein Wasser, doch es gab eine Seele.

Unser Volk war verbunden mit den Şehîds

Als Reber Apo *[Abdullah Öcalan]* verhaftet wurde, mussten wir uns langsam unseres Lebenswegs bewusst werden. Die Menschen waren miteinander verbunden, unser Volk war verbunden mit den Şehîds, verbunden mit ihrer Mühe und Arbeit. Als Rebertî[7] verhaftet wurde, nahmen einige Bewohner Mexmûrs ihre Töchter und Söhne an die Hand und brachten sie zur Organisation, damit sie sich der Partei anschlössen. 260 junge Menschen schlossen sich so der Guerilla an. Auch mein Sohn. Sehr viele waren noch sehr jung, weshalb die Partei sie abweisen wollte, doch die jungen Freiwilligen sagten: Wenn ihr uns nicht nehmt, verbrennen wir uns selbst. Die Hevals waren hilflos und nahmen die Kinder in der Partei auf. Es war mein dritter Sohn, der sich anschloss. Vom Dorfleben bis zum heutigen Tag habe ich alle möglichen Arbeiten durchgeführt. Von der Verteidigung bis zur Basisorganisierung, von der Gründung der Institution der Angehörigen der Gefallenen bis zur Diplomatie habe ich nicht einen Tag aufgehört und mir nicht einen Tag Auszeit gegönnt. Ich habe das gebraucht, jede Arbeit anzunehmen. Selbst als ich krank wurde, habe ich nicht einen Moment aufgehört zu arbeiten. Ich habe mich sowohl um meine Kinder gekümmert als auch Arbeiten für die Partei geleistet. Als die Frauen ihren Platz in den Parteiarbeiten einnahmen, waren die Männer sehr genervt. Sie sagten: Welche Arbeiten kann es in der Verteidigung für Frauen geben? Was verstehen die Frauen schon von der Verteidigung? Worüber können sie schon bei ihren selbständigen Treffen sprechen? Einige waren wütend, einige machten ihre Witze über uns. Aber wir sind keinen Schritt zurückgetreten und wir haben jede Arbeit mit großer Ernsthaftigkeit durchgeführt.

Eines Nachts klingelte mein Telefon. Es war eine unbekannte Nummer. Ich nahm den Hörer ab und fragte, wer ist da? Die Stimme meines Sohnes antwortete: Ich bin es, Xebat. Wir haben ein bisschen miteinander geredet. Dann sagte er: Mama, ich hatte einen Traum. Vor unserem Haus fand eine Hochzeit statt, Papa war auch da und dann bin ich aufgewacht. Ich habe aus meinem Traum ein Gedicht geschrieben und es dir geschickt. Ich wünschte, ich könnte meinen Kopf zufrieden auf deine Knie legen und dir von meiner Last erzählen. Das Telefongespräch wurde beendet. In diesem Moment wurde ein Angriff auf sie verübt. Ich rief: Xebat! Xebat! … In dieser Stunde fiel auch mein dritter Sohn. Ich bin gleichzeitig dankbar. Ich sagte mir immer, wenn meine Kinder sich in den Reihen der Guerilla nicht benehmen und etwas falsch machen, könnte ich nicht mit erhobenem Kopf in unserer Gemeinschaft weiterleben. Jetzt bin ich mit allem, was meine Kinder taten, glücklich und bin stolz auf sie. Alles war für die Freiheit. Wir haben uns gewehrt, weil wir uns nicht von unserer Herkunft und von unserer Kultur entfernt haben. Wir werden weiterhin Widerstand leisten. Das Niveau, das wir heute erreicht haben, basiert auch auf Abdullah Öcalan und unserer Partei. ♦

7 »Die/der vorangeht«. Gemeint ist Abdullah Öcalan.

Ziel ist es, einen politischen und administrativen Status für die Region Şengal zu erreichen

Şengal – das Leben selbst gestalten

Fariz Harbo, Mitglied des Volksrates von Şengal und Sprecher des Diplomatie-Komitees

Der Kurdistan Report sprach mit Faris Harbo über die aktuelle politische Situation und die Errungenschaften der Êzîd:innen in Şengal.

Wie ist die aktuelle Lage im Şengal angesichts der verschiedenen Interessen der Zentralregierung in Bagdad und der kurdischen Regionalregierung in Hewlêr (Erbil)?

Wenn wir uns die Lage in Şengal ansehen ist es wichtig, dass wir dies nicht losgelöst von der Situation im Irak tun. Denn der Irak hat sich zum Zentrum all der Probleme entwickelt, die heute den Mittleren Osten prägen. Alle Akteure versuchen hier ihre Projekte und Pläne umzusetzen, insbesondere die USA, der Iran und die Türkei. Sie tun dies aufgrund der geostrategischen Bedeutung des Irak, der natürlich zugleich mit den anderen Ländern des Mittleren Ostens aufs Engste verbunden ist. Die Region Şengal befindet sich im Westen des Irak, entlang eines Teils der irakisch-syrischen Grenze. Auch die türkische Grenze ist nicht sonderlich weit entfernt. Dementsprechend haben Entwicklungen in der Region, insbesondere in diesen drei Ländern, auch direkten Einfluss auf Şengal. Der Irak leidet heute unter schweren wirtschaftlichen Problemen. Es gibt große Probleme im Bereich der Stromversorgung. Auch politische Probleme und fehlende Sicherheit prägen das Land. Es gibt wirklich eine Großzahl von Problemen im Land. Doch in Şengal sind diese Probleme nicht so akut, wie in anderen Teilen des Landes. Auf Grundlage der eigenen Möglichkeiten ist es der Bevölkerung Şengals heute möglich, das eigene Leben zu gestalten und sich mit allem Lebensnotwendigen zu versorgen. Deshalb würde ich die derzeitige Situation in Şengal als gut bezeichnen. Die Region ist nicht so stark von Widersprüchen zerrüttet wie andere Teile des Landes. Auch ist Şengal geostrategisch sehr wichtig. Beide Regierungen, sowohl die irakische Zentralregierung als auch die südkurdischen Regionalregierung, versuchen daher, hier ihre Interessen durchzusetzen. Sie tun das, anstatt die Interessen und Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung zu berücksichtigen, z. B. Infrastruktur und Sicherheit. Zugleich haben Bagdad und Hewlêr selbst widersprüchliche Interessen in Şengal. Da beide Seiten versuchen, hier in der Region ihre jeweiligen Interessen durchzusetzen, leidet am Ende die Bevölkerung Şengals. Meines Erachtens nach ist die Politik der südkurdischen Regionalregierung und der irakischen Zentralregierung also nicht im Interesse der Bevölkerung Südkurdistans, des Iraks und Şengals.

Was fordert die êzîdische Gemeinschaft und êzîdische Selbstverwaltung für einen politischen Status in Şengal?

Nach dem Genozid vom 3. August 2014 wurde von der Bevölkerung Şengals ein System der Selbstverwaltung aufgebaut. Am 23. und 24. Juli diesen Jahres hat die Selbstverwaltung ihren 4. Kongress abgehalten. 250 Delegierte nahmen daran teil und wählten u. a. die 111 Mitglieder des Volksrates. Zugleich wurden die Koordination des Volksrates und die Koordination der Selbstverwaltung gewählt. Auch Vertreter:innen anderer Volks- und Glaubensgemeinschaften wurden auf dem Kongress als Mitglieder des Volksrates gewählt. Dazu gehören sunnitische und schiitische Araber:innen, Christ:innen und sunnitische und schiitische Kurd:innen. Das Ziel der Selbstverwaltung und des Volksrates ist es, einen politischen und administrativen Status für die Region Şengal und deren Bevölkerung zu erreichen. Zugleich sollen auch Stabilität im Bereich der Wirtschaft und Sicherheit gewährleistet werden. Es geht also um eine Autonomie für Şengal. Wir möchten dieses Ziel im Dialog mit der irakischen Zentralregierung erreichen, denn die irakische Verfassung bietet die Grundlage für die Umsetzung unserer Forderung. Unsere Forderungen entsprechen also der irakischen Verfassung. Sie stehen nicht im Widerspruch dazu. Doch der Irak selbst leidet sehr unter den politischen Konflikten und der Instabilität im Land. Deshalb ist der Einfluss der Zentralregierung begrenzt. Es ist daher unsere Ansicht, dass ein autonomer Status der verschiedenen Regionen im Irak inklusive lokaler Selbstverwaltung und Selbstverteidigung den Irak insgesamt stärken würde.



Nach den Angriffen der türkischen Armee gegen Şengal gehen die Menschen in Şehba auf die Straße und demonstrieren ihre Einheit und Entschlossenheit. Foto: anha

Seit dem IS-Genozid leben viele geflohene Êzîdinnen und Êzîden in Flüchtlingslagern. Wie ist die aktuelle humanitäre Situation in diesen Flüchtlingslagern und welche Perspektiven bestehen für eine Rückkehr dieser Menschen in ihre Heimatorte?

Nach dem IS-Angriff auf Şengal am 3. August 2014 und dem damit einhergehenden Genozid wurde unsere êzîdische Bevölkerung in alle Teile der Welt vertrieben. Sie flohen nach Rojava und Südkurdistan, aber auch in Regionen außerhalb Kurdistans. Nach der schrittweisen Befreiung der Stadt Şengal und der anderen Teile der Region in den Jahren 2015, 2016 und 2017 begann auch unsere Bevölkerung wieder nach Şengal zurückzukehren. Aus dem Geflüchtetencamp Newroz in Rojava bei der Stadt Dêrik sind z. B. alle êzîdischen Familien wieder nach Şengal zurückgekehrt. Auch die Êzîd:innen, die sich in Südkurdistan niederließen, kehren langsam nach Şengal zurück. Doch stellt es sich für sie als sehr schwierig dar, in ihre Heimat zurückzukehren. Der Großteil der in Südkurdistan lebenden Êzîd:innen möchte unbedingt nach Şengal zurückkehren, doch die PDK übt massiven Druck auf sie aus und erlaubt ihnen die Rückkehr nicht. Die PDK benutzt die êzîdischen Geflüchteten als politisches Druckmittel gegenüber dem Irak und bezieht zugleich große finanzielle und materielle Unterstützung von der UN und zahlreichen Staaten, die für die Versorgung der Geflüchteten gedacht ist. Die PDK hat die êzîdischen Geflüchteten also für sich zu einem politischen Faustpfand gemacht, weshalb sie nicht an eine Rückkehr der Geflüchteten nach Şengal interessiert ist. Die allgemeine Situation in Şengal ist heute gut und sicher. Fast 180.000 Menschen leben heute in der Region. Ohne die Hindernisse, die den êzîdischen Geflüchteten von Seiten der südkurdischen Bürokratie und Sicherheitskräfte in den Weg gelegt werden, würden noch deutlich mehr Menschen in den Şengal zurückkehren. Wir rufen daher alle verantwortlichen Institutionen, sowohl die irakischen Zentralregierung als auch die UN, dazu auf, Hilfe zur Verfügung zu stellen und Wege zu öffnen, damit die Geflüchteten nach Şengal zurückkehren können. Denn die Êzîd:innen, die heute noch in den Geflüchtetencamps in Südkurdistan leben, leiden unter psychologischen Problemen und werden stark unter Druck gesetzt.

Nach den Niederlanden hat auch das belgische Parlament das IS-Massaker an den Êzîdinnen und Êzîden in Şengal 2014 als Völkermord anerkannt und verurteilt. Wie bewerten Sie diese Entscheidung und was sind die Forderungen der êzîdischen Selbstverwaltung an die internationalen Institutionen, die Staatengemeinschaft und die Zivilgesellschaft?

Wir bewerten diese Entscheidungen als positiv. Auch die UN und das irakische Parlament hatten zuvor die Ereignisse vom 3. August 2014 als Genozid anerkannt. Doch reicht es unserer Ansicht nach nicht, wenn diese Entscheidungen nur ein protokollarischer Akt oder eine offizielle Erklärung bleiben. Es ist wichtig, dass daraus auch praktische Schritte in Şengal selbst folgen. So müssen die Personen, die für den Genozid verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden. Zentral ist zudem, dass neben der Anerkennung des Genozids auch die Selbstverwaltung Şengals offiziell anerkannt wird, also der politische, wirtschaftliche, kulturelle und sicherheitspolitische Status. Nur so wird sich verhindern lassen, dass in Zukunft ein weiterer Genozid bzw. weitere Massaker stattfinden. Wir können also sagen, dass die Entscheidung der Niederlande, Belgiens, der UN und des Irak positiv sind, jedoch in dieser Form nicht ausreichen. Es ist daher notwendig, dass auch der zweite Schritt, also die Anerkennung der Selbstverwaltung Şengals, gemacht wird. Wir rufen daher die internationale Gemeinschaft und die irakische Zentralregierung dazu auf, die Forderungen der Êzîd:innen, der Bevölkerung Şengals und der Selbstverwaltung Şengals zu unterstützen, damit sie ihre Existenz, Kultur, Werte und ihren Glauben bewahren und ihre Selbstverteidigung gewährleisten können. Ziel ist es natürlich, dies im Rahmen der irakischen Verfassung zu erreichen. Wir rufen alle dazu auf, uns bei der Umsetzung dieses Zieles zu unterstützen. ♦

Kriminalisierung kurdischer Aktivitäten und mediale Diffamierungen nehmen in Deutschland wieder zu

Zurück auf Anfang

Elmar Millich, Mitglied des Vorstandes von AZADÎ e.V.

Spätestens seit dem Betätigungsverbot der PKK in Deutschland von 1993 gehört Repression zum Alltag von hierzulande politisch aktiven Kurd:innen, ihren Vereinen und Einrichtungen. Unzählige Razzien, Angriffe auf kurdische Demonstrationen und Versammlungen sowie die Schließung kurdischer Medien prägen die letzten Jahrzehnte in der BRD, unabhängig von den jeweiligen Regierungskonstellationen.

Strafverfahren ausgeweitet

Im strafrechtlichen Bereich überblickt niemand mehr die in die Tausende gehenden Verfahren, vor allem wegen angeblichen Verstoßes gegen Paragraph 20 Vereinsgesetz, mithilfe dessen die öffentliche Verwendung von Symbolen der PKK oder sonstige Sympathiewerbungen unter Strafe gestellt werden. Dieser Sektor ist in den letzten fünf Jahren stark ausgeweitet worden, indem die Liste der angeblich von der PKK benutzten verbotenen Symbole ständig erweitert wurde und mittlerweile auf 32 Fahnen/Embleme angestiegen ist, die den Einsatzleiter:innen der Polizei bei Demonstrationen schriftlich an die Hand gegeben werden. Darunter befinden sich auch die Fahnen der syrisch-kurdischen Verteidigungseinheiten YPG und YPJ sowie Abbildungen des Repräsentanten des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan. Kontinuierlich gibt es auch Anklagen, Prozesse und Verurteilungen zu mehrjährigen Haftstrafen gegen in Deutschland arbeitende angebliche Funktionär:innen der PKK wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung nach §129a/b Strafgesetzbuch (StGB).

Repression als Einschüchterungsversuch

Die kontinuierliche Repression, der die kurdische Bewegung in Deutschland unterworfen ist, hat sicherlich ihre Spuren hinterlassen. Die ständige Androhung von strafrechtlicher Verfolgung und auch ausländerrechtlichen Konsequenzen – verweigerte Einbürgerungen, Entzug der Aufenthaltserlaubnis, Asylaberkennungen – mag dazu geführt haben, dass viele der etwa eine Million in Deutschland lebenden Menschen kurdischer Herkunft sich aktiver politischer Betätigung enthalten, auch wenn sie mit der kurdischen Befreiungsbewegung sympathisieren. Dies war erklärtes Ziel der Repressionsbehörden in den 1990er Jahren unter dem Eindruck, dass sich schnell Zehntausende von Kurd:innen in Deutschland mobilisieren ließen, um etwa gegen deutsche Waffenlieferungen an die Türkei zu protestieren. Parallel zu den Aktivitäten der Sicherheitsbehörden gab es zur damaligen Zeit regelmäßige Schmutzkampagnen der maßgeblichen Medien, welche die »Terrorkurden« ihres politischen Kerns berauben und die Befreiungsbewegung als Mafiastruktur darstellen sollten. Diese permanente Propaganda sorgte bei einem Großteil der deutschen Bevölkerung für Ablehnung der PKK, zum Teil auch bei deutschen Linken.

»Stimmungs«umschwung 2014/2015

Einen gewissen Wendepunkt brachte 2014 der Kampf um das vom sogenannten »Islamischen Staat« (IS) belagerte Kobanê, insbesondere die Rettung von Zehntausenden vom IS eingeschlossenen Êzîd:innen aus dem Şengal-Gebirge durch Einheiten der PKK und YPG/YPJ. Die beiden Themen beherrschten über Monate auch die deutschen Hauptnachrichten und führten zu einem Stimmungsumschwung in der Bevölkerung und in den Medien. »Die PKK gehört zu Deutschland« titelte die taz, und 2016 wurde erstmalig im Bundestag über eine mögliche Aufhebung des PKK-Verbots diskutiert. Die weiterhin stattfindende Repression der Sicherheitsbehörden in Deutschland gegen politische kurdische Aktivitäten verlor zunehmend an Legitimation und geriet unter Begründungsdruck. Auch verloren sie gegenüber den Leitmedien tendenziell ihre Informations- und Deutungshoheit über die PKK.

Dazu beigetragen hat sicher die Ausweitung der kurdischen Medienarbeit, wie etwa der Aufbau der deutschsprachigen Ausgabe des kurdischen Nachrichtenportals ANF. Aber auch wir als Rechtshilfefonds AZADÎ registrierten bei den Medien



Nachdem die Polizei die reguläre Durchführung des Kongresses des kurdischen Dachverbandes KCDK-E am 11.7.2021 in Bergisch-Gladbach verhindert hatte, wurde dieser am nächsten Tag unter freiem Himmel vor dem Bahnhof Köln-Mülheim abgehalten. Foto: anf

einen breiteren Informationsbedarf und wurden zunehmend zu sogenannten journalistischen Hintergrundgesprächen angefragt, etwa über laufende Strafprozesse oder Details zu Formen der Repression gegen kurdische Aktivist:innen.

Die »Blüten« des Geheimdienstes

Der gewandelten Einstellung der Bevölkerung gegenüber der kurdischen Befreiungsbewegung hatten auch Polizei, Justiz und Nachrichtendienste wenig entgegenzusetzen. Die letzten jährlichen Berichte des Bundesverfassungsschutzes über die PKK lasen sich wie Copy-and-Paste-Ausgaben des Jahres zuvor. Vorgehalten wurde der PKK letztlich hauptsächlich, dass sie aufgrund ihrer hohen Mobilisierungsfähigkeit zur Gewalt aufrufen »könnte«.

Besondere Blüten, wenn es um die Diffamierung der PKK geht, trieb der VS-Bericht von 2020. Während allgemein von der Politik gefordert wurde, auch migrantische Verbände in die Corona-Aufklärung der Bevölkerung mit einzubinden, wurde für die kurdischen Verbände ein Strick daraus: Die vorbildlichen Maßnahmen – etwa Informationsverbreitung bezüglich Corona über die eigenen Medien – deutete der VS als Versuch der PKK, ihren Alleinvertretungsanspruch zementieren zu wollen und die kurdische Bevölkerung auf Abstand zu deutschen staatlichen Stellen zu halten.

Auch die Anklageschriften in den §129b-Verfahren waren wenig spektakulär. Vorgeworfen wurden den Angeklagten lediglich allgemeine politische Aktivitäten wie die Organisation von Demonstrationen und Versammlungen oder gar Schlichtungstätigkeiten bei kurdischen Familienstreitigkeiten.

Veranstaltungsverbote und Ausreisebehinderungen

Die Entwicklungen der letzten Monate zeigen, dass sich die Sicherheitsbehörden dieses Mankos bewusst sind und in einer gezielten Kampagne mediale Hetze in polizeiliche/juristische Repression einbetten wollen. Zudem zeichnet sich ein Trend ab, parallel zur aktuellen türkischen Invasion in Südkurdistan Solidaritätsaktivitäten in Deutschland polizeilich zu untersagen oder zu behindern.

Jüngstes Beispiel für dieses Miteinander von rechtlich mehr als fragwürdigen Veranstaltungsverboten und eingebundener medialer Diffamierung bilden die Ereignisse um den ursprünglich für den 11. Juli geplanten 4. Kongress des kurdischen Europadachverbandes KCDK-E im nordrhein-westfälischen Bergisch Gladbach.

Obwohl die Veranstaltung schon seit Wochen vorbereitet und transparente Einladungen erfolgt waren, untersagte die Kölner Polizei den Kongress am Vorabend um 17.00 Uhr per

Telefonanruf bei den beiden Ko-Vorsitzenden des KCDK-E, um rechtliche Schritte gegen die Verfügung unmöglich zu machen. Eine schriftliche Begründung, auf die sich eine Klage gegen das Verbot hätte aufbauen lassen, lag dem KCDK-E auch Tage nach den Telefonaten nicht vor. Stattdessen drohte die Polizei, den Kongress auf jeden Fall mit massiven Polizeikräften verhindern zu wollen, die dann auch am Samstag in Bergisch Gladbach vor Ort waren.

Flankiert wurde diese rechtlich fragwürdige Verbotsaktion der Kölner Polizei durch eine offensive Medienarbeit. Noch bevor die Ko-vorsitzenden des KCDK-E informiert wurden, hatte sie den Medien das bevorstehende Verbot mitgeteilt. FOCUS online, Kölner Stadtanzeiger und dpa berichteten in reißerischen Artikeln, dass sich angeblich 200 hochrangige PKK-Funktionär:innen in Deutschland treffen wollten und die Polizei alarmiert sei. So wurde ein Delegiertentreffen einer in Europa legal arbeitenden Verbandsstruktur medial in ein konspiratives Treffen der PKK umgedeutet. Der FOCUS scheute sich auch nicht, den KCDK-E Ko-Vorsitzenden Yüksel Koç namentlich als »schillernde Figur der Extremistenszene« zu diffamieren. Zu seinen Ungunsten wurde ihm ausgelegt, dass der türkische Geheimdienst mutmaßlich nach seinem Leben trachtet. Auch der in jüngster Zeit von den Sicherheitskräften oft wiederholte Vorwurf, die PKK werbe in Deutschland junge Menschen für den Guerillakampf an, wurde in diesem Artikel mit sexistischer Untermalung erhoben.

Bereits im letzten Kurdistan Report wurde darüber berichtet, dass Beamt:innen der Bundespolizei – vermutlich in enger Absprache mit dem Geheimdienst der mit der Türkei kooperierenden südkurdischen PDK[1] – im Juni eine Friedensdelegation auf dem Weg nach Südkurdistan am Flughafen Düsseldorf unter rechtlich fragwürdigen Begründungen an der Ausreise hinderte. Auch gegen Rückreisende der Delegation kam es zu massiven Repressionen. Am 24. Juni wurden sechs Personen der Delegation nach Ankunft von der Bundespolizei in Gewahrsam genommen und verhört. Etwa eine Woche später ging die Polizei gegen Empfangskomitees bei der Rückreise einer weiteren Delegiertengruppe am Frankfurter Flughafen ohne jede erkennbare rechtliche Grundlage äußerst brutal vor. Da schon die Verhinderung der Ausreise, u. a. der Hamburger Linksfraktionskovorsitzenden Cansu Özdemir am 12. Juni, auf breite öffentliche Kritik gestoßen war, können die weiteren Repressionen nur als offene Provokation von Ministerialbürokratie und Sicherheitskräften gegen die Öffentlichkeit und den Parlamentarismus gedeutet werden.

1 PDK, Partiya Demokrata Kurdistanê, dt. Demokratische Partei Kurdistans, auch KDP abgekürzt

Mediale Diffamierung kurdischer Aktivitäten und Einrichtungen

Ein weiteres Beispiel für das Hand-in-Hand-Gehen von staatlicher Repression und Hetze bildeten polizeiliche Durchsuchungen und Verhaftungen gegen kurdische Personen im Raum Heilbronn. Ende Mai fanden dort Razzien gegen zwei kurdische Aktivisten statt. Bereits vorher hatte es in Heilbronn und Umgebung drei Verhaftungen unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung nach §129b StGB gegeben. Hierüber berichtete die Lokalzeitung »Heilbronner Stimme« unter dem Aufmacher »Terrorgruppe PKK auch in Heilbronn aktiv«. Darin wurde u. a. das Kurdische Gesellschaftszentrum in Heilbronn unter Bezugnahme auf den Verfassungsschutz in PKK-Nähe gerückt. Auch in diesem Artikel fehlte der Vorwurf des Verfassungsschutzes nicht, die PKK rekrutiere in Deutschland junge Menschen für den bewaffneten Kampf. Immerhin hat die »Heilbronner Stimme« dem Kurdischen Gesellschaftszentrum die Gelegenheit zu einer Stellungnahme gegeben. Zudem reagierte das Kurdische Gesellschaftszentrum mit einer zeitnahen eigenen Stellungnahme.

Wie bereits oben erwähnt, gibt es regelmäßig Verhaftungen, Prozesse und Verurteilungen von kurdischen Aktivist:innen unter Verwendung der §§129a/b StGB[2]. Da sich aber die Vorwürfe bislang auf rein politische Aktivitäten wie die Organisierung von Demonstrationen und das Sammeln von Spenden bezogen, gaben diese Verfahren nicht viel her. Dies glaubte die Bundesanwaltschaft 2018 durchbrechen zu können, indem sie fünf Personen im Süddeutschen Raum nicht nur wegen §129b StGB, sondern auch wegen versuchter räuberischer Erpressung, Freiheitsberaubung und gemeinschaftlicher Körperverletzung anklagte. Wie häufig in den 1990er Jahren, stützten sich die Vorwürfe der Bundesanwaltschaft fast ausnahmslos auf die Angaben eines dubiosen Kronzeugen. Nach einem tatsächlich stattgefundenen Treffen zwischen dem Kronzeugen und den Angeklagten, welches hauptsächlich das Stalking des Kronzeugen gegen die einzige mitangeklagte Frau beenden sollte, gab dieser bei der Polizei an, von den Angeklagten geschlagen, gewaltsam entführt, in einen Keller gesperrt und von maskierten und bewaffneten Männern bedroht und dort wieder geschlagen worden zu sein und all dies nur, weil er nicht mehr für die PKK aktiv sein wolle. Obwohl das Gericht letztlich nicht umhinkam, die Einlassungen des Kronzeugen zum großen Teil als Lügenmärchen zu bewerten, wurden die Angeklagten letztendlich zu teils hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Vor allem

2 Gab es in den 80er Jahren bis Mitte der 90er Strafverfahren wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft/Betätigung in einer terroristischen Vereinigung nach §129a StGB, wurde der Vorwurf in Verfahren dann »herabgestuft« auf Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung nach §129 StGB. Seit einem Urteil des BGH im Oktober 2010 wird nach den Paragraphen 129a und 129b (Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung) angeklagt.



Im Juli 2021 folgten in vielen Ländern der Welt zahlreiche Menschen dem Aufruf von »Defend Kurdistan« zur Verteidigung der Revolution in den kurdischen Gebieten und darüber hinaus. Hier in Hamburg. Foto: anf

aber konnte in der Öffentlichkeit wieder an das alte Bild von der gewaltbereiten PKK angeknüpft werden. Angestoßen von den Sicherheitsbehörden berichteten die Medien ausführlich über die angebliche Crime-Story, und auch im Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg und des Bundesamtes für 2018 nahm der Prozess breiten Raum ein.[3]

Um das Bild der PKK als auch in Deutschland agierende gewalttätige Organisation zu forcieren, scheinen sich die Staatsanwaltschaften zunehmend auf angebliche an Zwangsrekrutierung heranreichende Anwerbeversuche junger Menschen für die Guerilla zu konzentrieren. Unter diesem Vorwurf durchsuchte die Polizei im Raum Hannover Anfang Juli fünf Wohnungen kurdischer Aktivist:innen und richtete dort teilweise Verwüstungen an. Vorgeworfen wird ihnen formal ein Verstoß gegen das Vereinsgesetz.

Im medialen Bereich ist auffallend, dass es bezüglich der Berichterstattung über die PKK in den letzten Monaten ein Rollback gibt, das an die Stereotypen der 1990er Jahre erinnert. So bemühte etwa der langjährige Türkeikorrespondent der taz, Jürgen Gottschlich, in einem Kommentar in der Ausgabe vom 26. Juni wieder alte Klischees über die PKK. Anlass bot ihm die Verurteilung einer kurdisch-deutschen Sozialarbeiterin in der Türkei zu zehn Jahren Haft wegen einer Kundgebung in Deutschland für die Freilassung Öcalans. Die PKK beschreibt er als »eine harte stalinistische Kaderorganisation, die von der Führungsclique abweichende Meinungen als Verrat bestraft und auch in ihren gewaltsamen Aktionen wenige Skrupel kennt.« Zudem behauptet er ohne Angaben von Quellen, die Demokratische Partei der Völker (HDP) habe in den letzten Jahren immer wieder unter der PKK gelitten, auch wenn sich niemand aus der Partei traue, dies laut zu sagen. Zur augenblicklichen Militärinvasion im Nordirak übernimmt er die Version der vom Barzanî-Clan geführten südkurdischen PDK, nicht die türkische Militärinvasion sei das Problem, sondern allein die Existenz der PKK in der Region. Dass die Türkei auch ohne Kurd:innen und PKK mittlerweile äußerst aggressiv von Libyen bis Aserbaidschan militärisch agiert, scheint dem Autor entgangen zu sein bzw. hat er dies bewusst ignoriert.

Als Fazit im Umgang des deutschen Staates mit der kurdischen Befreiungsbewegung im laufenden Jahr lassen sich zwei Tendenzen erkennen: Zum einen scheinen sich die deutschen Behörden nicht mehr allein auf die Strafverfolgung im Nachhinein zu beschränken, sondern versuchen, bereits im Vorfeld politische Aktivitäten zu kriminalisieren oder zu unterbinden.

Zum anderen soll mittels gezielter Kriminalisierung und eingebetteter Medienarbeit das Bild der PKK als gestaltender politischer Kraft im Mittleren Osten demontiert und durch alte Stereotypen einer stalinistischen Organisation ersetzt werden, die auch in Deutschland mit kriminellen Methoden ihren Machtanspruch manifestieren wolle. Dem kann am besten entgegengewirkt werden, indem die PKK in der Öffentlichkeit offensiv als das beschrieben wird, was sie ist: Eine hauptsächlich ideologische Kraft, die in Rojava den Aufbau einer Perspektive für den gesamten Mittleren Osten inspiriert und sowohl militärisch als auch politisch im Verbund mit der HDP dem aktuellen türkischen Faschismus den härtesten Widerstand entgegenbringt. ♦

3 nähere Infos zum Prozess: https://www.nadir.org/nadir/initiativ/azadi/AZADI-infodienst/info212.pdf – S. 3

Permanente Solidarität gegen deutsch-türkische Interessenspolitik

25 Jahre Rechtshilfefonds AZADÎ

Monika Morres, AZADÎ e.V., 12. August 2021

KDP-Verbot

Am 17. August 1956 wurde in der BRD ein Verbot wieder aufgenommen, das von der Nazi-Herrschaft gegen eine Partei verfügt worden war und sich gegen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) richtete. Der Staat zielte auf die Zerschlagung der gesamten Struktur der Partei ab, in deren Folge es zu einer flächendeckenden Repression gegen Zehntausende von Aktiven kam. Dazu gehörten zahllose Gerichtsverfahren, Durchsuchungen, Verbote politischer Betätigung und auch – wir kennen es aus der Türkei – der Entzug politischer Mandate. Die Herrschenden glaubten, mit dieser diktatorischen Maßnahme die Ideen des Kommunismus marginalisieren zu können. Diesem Ziel diente später auch der sog. Radikalenerlass von 1972, mit dem verhindert werden sollte, dass sogenannte Feinde der Verfassung im öffentlichen Dienst beschäftigt werden.

40 Jahre später: AZADÎ gegen Verbotspolitik gegründet

1996, Jahrzehnte nach dem KPD-Verbot, stand bei der Motivation zur Gründung des Rechtshilfefonds AZADÎ e.V. wieder ein Verbot im Mittelpunkt, das die CDU-/CSU-/FDP-Regierung unter Kanzler Helmut Kohl drei Jahre zuvor verfügt hatte: das PKK-Betätigungsverbot. Politisch aktive Kurd*innen wurden generell unter Terrorismusverdacht gestellt, massenhaft Strafverfahren eingeleitet, Razzien in Vereinen und Privatwohnungen durchgeführt, asylrechtliche Restriktionen verfügt, wurde das politische, soziale und kulturelle Leben von Kurd*innen angegriffen und versucht, die Gesellschaft auf einen antikurdischen Kurs einzuschwören. Diesem diskriminierenden Handeln des Staates sollte unsere Solidarität mit den Kurd*innen und der Unterstützung ihrer legitimen Rechte entgegengesetzt werden.

Düsseldorfer Prozess bereitet PKK-Verbot vor

Begonnen hatte die Kriminalisierungsgeschichte allerdings bereits 1984 mit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes der kurdischen Befreiungsbewegung gegen jahrzehntelange Unterdrückung, Verfolgung und Vernichtung durch den türkischen Staat. Die Geheimdienste der Türkei und der europäischen Staaten – allen voran der BRD – reagierten umgehend und setzten ihre bekannt schmutzigen Methoden ein, um die revolutionäre Befreiungsbewegung und ihre Anhänger*innen zu bekämpfen.

So wurden Anfang 1988 im Zuge bundesweiter Razzien 20 Exilpolitiker*innen verhaftet; ein Jahr später standen 17 Genoss*innen wegen des Vorwurfs der »Mitgliedschaft in einer ›terroristischen‹ Vereinigung« (§129a StGB) vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf. Das Verfahren ging als großer »Düsseldorfer Prozess« in die Geschichte der deutschen Strafjustiz ein und hat sich tief in das Gedächtnis aller Kurd*innen eingebrannt.

Dieses Repressionsungeheuer war aber auch der Beginn einer außerordentlich starken Mobilisierung von in der BRD lebenden Kurd*innen und vielen nichtkurdischen Menschen, die ihnen solidarisch zur Seite standen. Schon zu Prozessbeginn hatten sich bundesweit – insbesondere in NRW − die ersten »Solidaritätskomitees Kurdistan« gegründet. Es folgten Großdemonstrationen mit Tausenden Teilnehmenden, die den kurdischen Widerstand unterstützten, die Kriminalisierung durch Politik, Polizei und Justiz angriffen und die deutschen Waffenlieferungen an den NATO-Partner Türkei anprangerten.

Der Prozess war die Vorbereitung zu einer umfassenden politisch-strafrechtlichen Verfolgung kurdischer Aktivist*innen.

Um nämlich eine rechtliche Grundlage zu schaffen, den Düsseldorfer Prozess zu Ende bringen zu können (die Anklagepunkte hatten nicht mehr hergegeben), hat die damalige Bundesregierung in Absprache mit den Strafverfolgungsbehörden

das Betätigungsverbot der PKK nach dem Vereinsgesetz erlassen. Die türkische Regierung unter der Ministerpräsidentin Tansu Çiller, mit der Bundeskanzler Kohl beste Beziehungen pflegte, reagierte hierauf mit Wohlwollen und Lobeshymnen.

So endete der Düsseldorfer Prozess im März 1994 mit der Verurteilung von zwei Aktivisten zu lebenslänglicher Haft und von zwei Angeklagten zu Zeitstrafen.

Spur der Verwüstung

Dem Erlass des damaligen Bundesinnenministers Manfred Kanther (CDU) vom November 1993 folgte eine Spur der Verwüstung: Verbote kurdischer Vereine, Medien- und Kultureinrichtungen, Veranstaltungen bis hin zu Hochzeiten, Demonstrationen, Protesten. Der Alltag der politisch engagierten Kurd*innen war fortan geprägt von Razzien, Abschiebungen, Verhaftungen, alles begleitet von medialer Hetze und Propaganda.

Nach dem Verbot des Kurdistan-Informations-Büros (KIB) in Köln im Jahre 1995 als die seinerzeit wichtigste Möglichkeit, sich in deutscher Sprache über die Situation in allen Siedlungsgebieten der Kurd*innen (Türkei, Syrien, Irak, Iran) zu informieren, wurde mit Sitz in Bonn die »Informationsstelle Kurdistan« (ISKU) gegründet, in Anlehnung an ähnliche Gruppen, die u. a. zu Lateinamerika arbeiteten. Die ISKU leistete hauptsächlich Aufklärungsarbeit über die politisch-historischen Hintergründe des Kurdistan-Konflikts und des bewaffneten wie politischen Befreiungskampfs. Sie befasste sich weniger mit der Repression in Deutschland.

Lösung durch konkrete Antirepressionsarbeit

Angesichts der massenhaften Strafverfahren bundesweit, der Verhaftungen, Prozesse und anderer Repressionen, sahen sich die einzelnen Solidaritätsgruppen zu Kurdistan mit einer intensiven Antirepressionsarbeit überfordert. Hierdurch entstand der Gedanke, eine Organisation ins Leben zu rufen, deren Schwerpunkt dieser Komplex sein sollte.

So fand 1994 – wegen möglicher Repressionen ohne kurdische Beteiligung – in der »Feuerwache« in Köln ein bundesweites Treffen statt. An den Diskussionen, wie die kurdische Bewegung nach den Verboten unterstützt werden kann, beteiligten sich u. a. Kurdistansolidaritätsgruppen, Aktive der Antifa, die Gruppe Libertad!, antiimperialistische Gruppen und die Rote Hilfe. Als Beobachter*innen anwesend waren auch Vertreter*innen von medico international und Anwält*innen. Vorbild sollte die Organisation der Roten Hilfe (RH) sein, die sich personell und im Hinblick auf fehlende Sprachkenntnisse in Türkisch oder Kurdisch nicht in der Lage sah, diese Arbeit für kriminalisierte Kurd*innen zusätzlich zu übernehmen.

Als linke deutsche Aktivisten und Aktivistinnen sollte Verantwortung übernommen werden für das, was die Bundesregierung(en) in Handlangermanier für den NATO-Partner Türkei der kurdischen Bevölkerung in der BRD zufügte. Ergebnis der Diskussionen war, dass die Probleme letzten Endes nur durch eine konkrete Antirepressionsarbeit lösbar sein können. Im Zentrum der Arbeit sollten Initiativen für eine Rücknahme des PKK-Verbots stehen, die materielle und ideelle Unterstützung von Menschen, die von Strafverfolgung betroffen sind, Prozessbeobachtungen, Besuche von Gefangenen, Öffentlichkeitsarbeit und der Versuch, über den »linken Tellerrand« zu schauen und andere gesellschaftliche Spektren für die Thematik zu interessieren und einzubinden. Der zu gründende Verein sollte eine eigene, von der kurdischen Bewegung unabhängige Struktur haben.

Wegen einer ganzen Reihe vornehmlich bürokratischer Hürden und Erschwernisse konnte der Rechtshilfefonds AZADÎ e.V. dann im April 1996 gegründet werden, anfangs mit Sitz in Bonn. Der erste Vorstand bestand aus einer Vertreterin der Infostelle Kurdistan, einem RH-Vorstandsmitglied, einem ehemaligen Mitarbeiter einer Bundestagsabgeordneten sowie einem Aktivisten der Aktion 3. Welt Saar. Die Vereinsgründung unterstützt haben verschiedene Menschenrechts- und Anwält*innenvereinigungen sowie Privatpersonen. Um gegen eine mögliche Kriminalisierung abgesichert zu sein, wurde die Schaffung eines Beirats beschlossen, dem seinerzeit u. a. der Völkerrechtler Norman Paech und Rechtsanwalt Rolf Gössner angehörten. Im Laufe der 25 Jahre hatte der Verein seinen Sitz in Köln, einige Jahre in Düsseldorf und seit 2012 wieder in der Domstadt.

Die Liste der Ereignisse, Erlebnisse und Erfahrungen in diesem zurückliegenden Vierteljahrhundert ist lang und kann in diesem Beitrag nur ganz grob angerissen werden.

Dutzende des »Terrorismus« beschuldigte kurdische Aktivist*innen wurden von AZADÎ unterstützt, Hunderten Kurd*innen materiell durch die Übernahme von Anwält*innen- und Verfahrenskosten geholfen, die Öffentlichkeit durch Pressemitteilungen, Broschüren zu Jahrestagen des Verbots sowie durch den regelmäßig erscheinenden AZADÎ-Infodienst über die Situation der Kurdinnen und Kurden in Deutschland informiert. In zahlreichen Veranstaltungen haben wir Vorträge gehalten oder auf Demos geredet, gemeinsam mit anderen internationale juristische Fachtagungen organisiert, Regionalkonferenzen durchgeführt, erfahrene Verteidiger*innen vermittelt und versucht, uns mit anderen

Menschen-, Bürger*innenrechts- und Antirepressionsorganisationen zu vernetzen.



Tagung zur Kriminalisierung von Kurd:innen und dem Abbau demokratischer Grundrechte am Beispiel von Bayern. Foto: anf

Krisenhafte Zeiten überstanden

Es gab schwierige, konfliktbeladene Zeiten für die kurdische Bewegung, in denen ihr eisiger Wind entgegengeschlagen ist. Dazu gehört zweifellos der Versuch des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, nach seiner Ausreise aus Syrien im Jahre 1998, in Europa eine Aufenthaltsmöglichkeit zu bekommen, um in einen Dialog mit politisch Verantwortlichen zur Lösung der Kurdistan-Frage zu treten. Doch war aus politischen Gründen kein EU-Land bereit, sich auf einen Konflikt mit der Türkei einzulassen und Herrn Öcalan aufzunehmen. Das bittere Ende seiner Odyssee war die international koordinierte geheimdienstliche Verschleppung aus Kenia in die Türkei im Februar 1999 sowie seine Verurteilung zum Tode, die in eine lebenslängliche Haft umgewandelt wurde. Seitdem befindet sich der kurdische Repräsentant auf der Gefangeneninsel Imralı in Isolationshaft.

Viele, die sich damals mit der kurdischen Befreiungsbewegung solidarisiert hatten, entzogen ihr nun die Unterstützung, wandten sich den PKK-Abtrünnigen zu, die glaubten, Öcalans Abwesenheit für ihre eigenen (Macht-)Interessen nutzen zu können. Diese auf Spaltung und Zerstörung abzielenden Machenschaften bestimmter Kreise, die auch in Deutschland äußerst aktiv waren, wirkten sich auch auf die Arbeit und die Existenz von AZADÎ aus. Durch Beharrlichkeit, Überzeugungskraft und Kontinuität des politischen Engagements konnte diese schwierige Zeit aber gemeinsam überstanden werden. Die PKK konnte diese Krise überwinden und sich konsolidieren. Sie hat ihre Kraft nicht nur wiedergefunden, sondern sie in der Folgezeit ausbauen können. Sie ist nicht nur für Kurd*innen zu einem wichtigen politischen Akteur im Mittleren Osten geworden.

Nach Ruhe wieder Sturm

In den 2000er-Jahren gab es eine kurze Phase der Beruhigung. Recep T. Erdoğan hatte sich um eine Annäherung an die EU bemüht, diese wiederum sah in ihm den gemäßigten Islam-Vertreter und stellte der Türkei einen EU-Beitritt in Aussicht. Bilaterale Verhandlungen wurden aufgenommen und die Hoffnungen auf Lösungsperspektiven im türkisch-kurdischen Konflikt schienen berechtigt. Diese Entspannung wirkte sich auch auf die Situation in der BRD aus. Es gab deutlich weniger Repression und Festnahmen und zeigte, wie eng die Zusammenhänge zwischen den politischen Entwicklungen in/mit der Türkei und den Rückwirkungen auf die Verhältnisse in Deutschland waren und bis heute sein können.

Kampfansage des Bundesgerichtshofs

Doch agieren die Strafverfolgungsbehörden auch unabhängig hiervon. Denn im Oktober 2010 traf der Bundesgerichtshof (BGH) im Zuge des Revisionsverfahrens gegen einen Aktivisten eine Entscheidung, die alle Hoffnungen auf ein Ende der Kriminalisierung zunichte machte. Die Befreiungsbewegung PKK wurde – nach den tamilischen LTTE und der linken türkischen DHKP-C – als eine »terroristische Vereinigung im Ausland« nach dem im Jahre 2002 eingeführten §129b StGB eingestuft. Hintergrund waren die Anschläge vom 11. September 2001, in deren Folge der Bundestag in Windeseile zahlreiche Gesetzesverschärfungen im sog. Kampf gegen den internationalen Terrorismus verabschiedet hatte. Mit dieser Kategorisierung wurde die Strafverfolgung nach §129a/b nicht nur auf die Funktionärsebene angewandt, sondern konnte auf »einfache« Aktive ausgeweitet werden. Es war eine Kampfansage. Schon 2011 gab es die ersten Festnahmen und Anklagen nach dem neuen Gesinnungsparagrafen.

2013/14 dann hat der BGH erneut in Revisionsverfahren die Urteile von Oberlandesgerichten bestätigt. Sie wurden rechtskräftig und mit ihnen auch sämtliche Vorwürfe, auf denen die Anklagen nach §129a/b basierten.

Prozesse »gut geöltes Räderwerk«

Seitdem verzichtet die Bundesanwaltschaft (BAW) darauf, jedes §129a/b-Verfahren zu führen, und gibt einen großen Teil an die Generalstaatsanwaltschaften der Länder ab. Und vor den Staatsschutzsenaten der Oberlandesgerichte laufen die Prozesse gegen Aktivist*innen jeden Alters wie ein gut geöltes Räderwerk.

Die Verteidiger*innen beleuchten in ihren Anträgen die politisch-historischen Hintergründe, die zur Aufnahme des bewaffneten Widerstands der Kurd*innen geführt haben, und belegen – teils durch Aussagen von Augenzeug*innen – die Fortführung des Krieges der türkischen Armee gegen die kurdische Bevölkerung und Guerilla. Sie zeigen auf, dass das Militär völkerrechtswidrig in andere Länder eindringt wie in den Nordirak oder den Nordosten Syriens. Sie stellen die Rechtmäßigkeit der durch das Bundesjustizministerium erteilten Verfolgungsermächtigungen zur Strafverfolgung gem. §129a/b StGB in Frage, die weder begründet werden müssen noch juristisch angegriffen werden können.

Auch die Angeklagten selbst gehen in ihren Prozesserklärungen ausführlich auf ihren Lebensweg ein, erläutern ihre Beweggründe, warum sie sich der kurdischen Befreiungsbewegung angeschlossen haben und verdeutlichen, dass sie auch im Exil ihre Verantwortung sehen, sich für die Menschen in Kurdistan einzusetzen, für ihre Befreiung, für eine demokratische Entwicklung, für Frauenrechte und gleichberechtigte Partizipation.

Zwar zeig(t)en sich manche Richter*innen durchaus beeindruckt hiervon. Doch weil alle Prozesse dieser Art politisch motiviert und die Senate nicht frei in ihren Entscheidungen sind, müssen die Angeklagten für ihr Engagement teils lange Zeitstrafen und unzumutbare Sonderhaftbedingungen ertragen.

Deutsch-türkische Interessenspolitik will keine Lösung

Solange die politisch Verantwortlichen nicht bereit sind, ihre Position zur Türkei einerseits und ihr Verhältnis zur kurdischen Freiheitsbewegung andererseits zu überdenken, wird sich an dieser Situation nichts ändern.

Gleichgültig, ob die Arbeiterpartei Kurdistans im Laufe der Jahre mehrfache Waffenstillstände erklärt, sich strukturell und politisch neu ausgerichtet, Perspektiven einer Demokratisierung der Türkei oder Modelle für eine basisdemokratische Selbstverwaltung entwickelt oder einen aufopfernden Kampf gegen den Terror des sog. Islamischen Staates geführt hat, die deutsche Politik zeigt(e) den Kurd*innen die kalte Schulter.

Und gleichgültig, ob das türkische Regime unter Erdoğan kurdische Politiker*innen, Bürgermeister*innen, Menschenrechtler*innen, Gewerkschafter*innen, Medienschaffende oder Intellektuelle zu Tausenden verhaften lässt, kurdische Städte und Dörfer in Schutt und Asche legen und Menschen in Kellern verbrennen lässt, zeigt(e) sich die deutsche Politik höchstens »besorgt«. Auch dass Erdoğan durch das von ihm 2017 installierte »Präsidialsystem« ein diktatorisches Regime geschaffen hat, in dem er per Dekret seine Alleinherrschaft ausüben kann, hat zwar ein kurzes Kopfschütteln verursacht, aber Konsequenzen sind nicht gezogen worden. Oder aber diese, um das Regime zu unterstützen: Ausgerechnet 2017, am 4. März, verfügte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) mit einem Rundschreiben an alle Landesregierungen und Strafverfolgungsbehörden das Verbot aller Symbole kurdischer Organisationen und versuchte es sogar mit jenen der nordsyrisch-kurdischen Partei der Demokratischen Einheit PYD sowie der Verteidigungseinheiten von YPG/YPJ.

Das machte wieder einmal offenbar, dass bei Politiker*innen aller bisherigen Koalitionen letztlich – trotz zeitweiser Irritationen − die gemeinsamen politischen, geostrategischen und ökonomischen Interessen überwiegen, die sie mit dem NATO-Partner Türkei verbinden.

Wir müssen stärker werden

Leider fehlt heutzutage eine gesellschaftlich relevante Kraft, die es vermag, politischen Druck auf die Verantwortlichen auszuüben. Zwar finden sich im Bundestag durchaus Abgeordnete, die sich ernsthaft um eine Aufhebung des Betätigungsverbots bemühen, die versuchen, Debatten hierüber zu initiieren oder durch permanente Anfragen an die Bundesregierung über Ereignisse in der Türkei oder über die Repression von Kurd*innen in Deutschland die Öffentlichkeit aufzuklären und zu sensibilisieren. Doch Anträge zur Aufhebung des PKK-Betätigungsverbots verschwanden nach von Unkenntnis und Unverschämtheiten geprägten Plenardebatten in der Nacht im Orkus der zuständigen Bundestagsausschüsse.

Keineswegs unerwähnt bleiben darf aber, dass – aufgrund der revolutionären Selbstverwaltung in Rojava und der außerordentlich wichtigen feministischen Projekte und Arbeiten − ein zunehmendes Interesse und Engagement von insbesondere Jugendlichen an der kurdischen Bewegung, ihrer praktischen und theoretischen Herangehensweise an politische Themen und ihre Lösung verzeichnet werden kann. Protest und Widerstand gegen die Kriminalisierung und Diffamierung von



Seit Inkrafttreten des Verbots 1993 tragen immer wieder Menschen die Forderung nach dessen Aufhebung auf die Straße. Hier in Kiel im Februar 2015. Foto: anf

Kurdinnen und Kurden in Deutschland sind hierbei natürlich mit eingeschlossen.

Ein bisschen Eigenlob zum Schluss

Auch wenn wir als AZADÎ einige der Ziele, die vor 25 Jahren formuliert wurden, nicht erreicht haben (wie die Aufhebung der Verbote), so haben wir nichts unversucht gelassen, an diesem Thema kontinuierlich und intensiv zu arbeiten. Wichtig war uns stets, die politischen Gefangenen nicht zu vergessen und sie mit den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu unterstützen. Gleiches gilt für die zahlreichen Kurd*innen, deren Leben wir durch materielle Hilfestellung zumindest etwas erleichtern konnten. Öffentlichkeit herzustellen über Gerichtsverfahren, Repressionen und juristische Hintergründe sowie rechtliche Beratung gehören bis heute zu unseren vornehmlichen Vereinsarbeiten. Als Erfolg verbuchen können wir die Durchführung der internationalen juristischen Tagungen und Veranstaltungen, mit denen Anwält*innen aus vielen Ländern zusammengebracht werden konnten, denen die Verteidigung von Kurdinnen und Kurden sowie der kurdischen Bewegung ein dringendes Anliegen war und ist. Das weitreichende und wichtige Urteil des belgischen Kassationshofes vom Januar 2020 war gewiss ein positives Beispiel kollegialer internationaler Zusammenarbeit.

Gemeinsam weitermachen

Feiert jemand seinen/ihren Geburtstag, werden ihm oder ihr gewöhnlich viele weitere Lebensjahre gewünscht. Das wünschen wir uns nicht, denn eigentlich möchten wir AZADÎ überflüssig machen.

Weil es bis dahin wohl noch eine Wegstrecke sein wird, möchten wir zusammen mit vielen anderen Genoss*innen, Freund*innen und Sympathisant*innen am gemeinsamen Ziel arbeiten.

Das KPD-Verbot von 1956 besteht bis heute, das PKK-Verbot seit 28 Jahren. Beide Verbote müssen fallen.

Wir möchten an dieser Stelle allen Menschen danken, die in unterschiedlicher Form unsere Arbeit und damit die Kurdinnen und Kurden in Deutschland unterstützen.

Wenn Corona es zulässt, planen wir für Anfang Dezember einen kleinen Empfang zum 25-jährigen AZADÎ-Bestehen. Alles Nähere dazu beizeiten. ♦

Am 10. Juli verstarb die 96-jährige Zeitzeugin, linke Aktivistin und Musikerin

Die Rache der Esther Bejarano

Anja Flach, Autorin und Ethnologin

Die Shoah-Überlebende Esther Bejarano, geb. Loewy, lebte seit den 1960er Jahren in Hamburg. Hier ist die 96-jährige Zeitzeugin, linke Aktivistin und Musikerin am 10. Juli 2021 gestorben. Unermüdlich setzte sie sich für die Unterdrückten und Benachteiligen ein. Ihre Stimme wurde gehört und sie wird fehlen!

»In Auschwitz, in Ravensbrück und auf dem Todesmarsch habe ich immer daran gedacht, mich eines Tages an diesen schrecklichen Nazis zu rächen: Ich muss überleben, und dann räche ich mich für das Leid, das mir, meiner Familie und all den anderen angetan wurde. [..] Vielleicht ist meine Rache, dass ich in Schulen gehe, meine Geschichte erzähle und Musik gegen Krieg und für Frieden mache.«[1]

Esther, die im Saarland 1924 geborene und aufgewachsene deutsche Jüdin, wurde als Neunzehnjährige 1942 nach Auschwitz verschleppt, ein Konzentrationslager (KZ), das weltweit bis heute als Synonym für unvorstellbare Grausamkeit und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gilt. Ihre Eltern waren bereits November 1941 in den Wäldern von Kowno/Litauen von den Nazis erschossen worden. Ihre Schwester Ruth wurde 1942 in Auschwitz ermordet. Esther Loewy überlebte, weil sie als Akkordeonspielerin im »Mädchenorchester« von Auschwitz mit anderen gefangenen Musikerinnen u. a. für ankommende Transporte von Jüd:innen, die in die Gaskammern geführt wurden, pervers muntere Marschmusik spielen musste. Die Eingelieferten hätten dann gedacht, dass der Ort ja nicht so schlimm sein könne, wenn sie so nett mit Musik empfangen wurden, erzählte Esther später. Im November 1943 wurde Esther ins KZ Ravensbrück verlegt, wo sie Zwangsarbeit für Siemens leisten musste. Während der Evakuierung des Lagers und dem nachfolgenden Todesmarsch konnte sie mit Freundinnen fliehen. In der mecklenburgischen Stadt Lübz wurden sie von russischen und US-amerikanischen Truppen befreit. »Russische und amerikanische Soldaten feierten gemeinsam und verbrannten ein großes Bild von Hitler; ich spielte dazu Akkordeon. Es war fantastisch«, berichtete Esther später.[2] Das Akkordeon hatten die Soldaten ihr geschenkt, nachdem sie ihre Geschichte gehört hatten. Es blieb ihr Traum, dass beide Länder sich auch weiterhin gemeinsam für Frieden und Freiheit einsetzen würden.

Esther ging im September 1945 nach Palästina. 1948 wurde der Staat Israel gegründet. Sie machte eine Ausbildung als Koloratursopranistin und schloss sich einem Arbeiter:innenchor an. Sie lernte ihren späteren Mann Nissim Bejarano kennen. 1951 bekamen sie ihre Tochter Edna und 1952 ihren Sohn Joram. 1960 verließen sie zusammen Israel. Nissim wollte keinen Militärdienst mehr leisten. Ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gab es nicht und Esther konnte z. B. nicht Mitglied des Künstlerverbandes werden, weil ihr Chor Arbeiter:innenlieder sang. Und sie lehnten beide die brutale Politik gegenüber Palästinenser:innen ab.

»Mein Ehemann und ich konnten die israelische Politik nicht ertragen. Es war eine Katastrophe. [...] Das Leben war schwierig, weil wir mit den schrecklichen Dingen, die den Palästinensern angetan wurden, nicht einverstanden waren.«[3]

Weil sie die deutsche Staatsbürgerschaft hatte und deutsch sprach, zog sie mit ihrer Familie zurück in das Land der Täter:innen. Sie gingen nach Hamburg, weil sie u. a. gehört hatten, hier gebe es keine Nazis.

Viele Jahre konnte Esther nicht über die Erlebnisse in Auschwitz reden, auch nicht mit Nissim und den Kindern. Dies ändert sich schlagartig, als NPDler 1979 einen Stand vor der Boutique, die Esther in Eimsbüttel eröffnet hatte, aufbauen. Als Demonstrant:innen dagegen mit Rufen wie »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!« protestieren, bedrohte die Polizei diese mit Schlagstöcken. Esther packte einen der Polizisten wütend am Kragen: »Was machen sie hier? Sie schützen

1 http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Rassismus/bejerano.html

2 https://www.tagesschau.de/inland/esther-bejarano-101.html

3 https://electronicintifada.net/content/why-auschwitz-survivor-esther-bejarano-supports-bds/26191



Microphone Mafia auf dem Zîlan-Frauenfestival 2011, in der Mitte Esther Bejerano Foto: A. Bender

die Nazis und verprügeln die Demonstranten? Das ist doch eine Katastrophe!« Der Polizist drohte, er werde sie festnehmen, darauf Esther: »Mich verhaften? Ich habe Schlimmeres erlebt. Ich war in Auschwitz.« Darauf ein NPD-Mann: »Die Frau da, die müssen sie verhaften! Sie ist eine Verbrecherin. Alle, die in Auschwitz waren, waren Verbrecher.«[4]

Esther Bejarano trat nach diesem Erlebnis in die VVN BdA[5] ein und gründete 1986 mit anderen Shoah-Überlebenden das Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik. »Sagen, was ist« betrachtet sie fortan als ihre Aufgabe und »Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht!«

Und sie hielt in der Folgezeit bei unzähligen Aktionen und Interventionen Wort. So z. B. zum zweiten Bettlermarsch in Hamburg am 8. November 2003:

»Diese Menschen sind obdachlos geworden, weil sie im Kapitalismus dem Konkurrenzkampf nicht standhalten konnten, weil sie arbeitslos wurden und dann mangels Geld ihre Wohnung gekündigt bekamen und so immer tiefer in den Abgrund gesunken sind. Es ist das System, das unmenschlich, ja menschenverachtend ist. Der Trend geht nach rechts. Wenn dieser Rechtsruck nicht verhindert wird, kann wieder Faschismus mit all seinen schrecklichen Folgen entstehen.«[6]

Oder gegen die unmenschlichen Abschiebungen von Roma nach Serbien und ins Kosovo: »Sie sind wie wir in Auschwitz und anderen Lagern als ›unwertes Leben‹ vernichtet worden. Und heute abschieben?« und sie kritisiert den Hamburger Senat z. B., als er die Aufnahme der Lampedusa-Flüchtlingsgruppe verweigert.[7]

Aber Esther nutzte auch Musik und Stimme für ihre unermüdliche Aufklärungsarbeit. U. a. in der Gruppe Coincidence mit Edna und Joram zusammen und in über 900 Konzerten gemeinsam mit der Rap-Band Microphone Mafia. Über Vorträge an Schulen versuchte sie, kontinuierlich junge Menschen zu erreichen, kämpfte zeitlebens gegen alte und neue Nazis.

4 https://www.dalberg-gymnasium.de/artikel/28010

5 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschisten

6 Zitiert nach Rolf Becker: https://www.auschwitz-komitee.de/5937/rolf-becker-zum-abschied-von-esther/

7 Ebd.



Esther Bejarano ist am 18. Juli auf dem jüdischen Friedhof in Hamburg beigesetzt worden. Hunderte Menschen nahmen an der Beerdigung teil. Foto: anf

Nazis in Verfassungsschutz und Justiz

»Nazismus und Rassismus … konnte sich auch weiterhin in staatlichen Strukturen festhalten, vor allem im Verfassungsschutz und der Justiz, und ja, sogar noch mehr, er konnte sich wieder ausbreiten. Um es klar auszusprechen, ohne das Wegschauen und das Decken nach 1945 hätte es das Oktoberfestattentat, Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Solingen und Mölln und den NSU so nicht geben können. Es hätten aus den Erfahrungen und Ereignissen des Nationalsozialismus die richtigen Konsequenzen gegen den Hass gezogen werden müssen. Es gab jedoch eine Toleranz gegen Täterinnen und Täter, und Nazis wurden und werden in diesem Land direkt und indirekt, durch politische Kampagnen und das Schweigen und Wegschauen ermutigt, weiter Hass und Leid zu verbreiten. Das ist der rote Faden von damals zu heute,“[8] schrieb Esther an die Überlebenden der Nazianschläge von Solingen und Mölln.

Esther nahm auch kein Blatt vor den Mund, wenn es um die Politik Israels gegen die Palästinenser:innen ging. Deutsche dürften nicht darüber entscheiden, wozu Jüd:innen sich äußern dürfen. Sie machte gemeinsame Veranstaltungen mit Moshe Zuckermann, Sohn von Ausschwitz-Überlebenden, der immer wieder angegriffen wurde, wenn er Israel kritisierte und sich für konföderative Strukturen einsetzte. Sie kritisierte die Haltung der »Antideutschen«, die »Israel, Judentum und Zionismus, mithin Antisemitismus, Antizionismus und Israel-Kritik wahllos in einen deutschen Eintopf werfen, um es, je nach Lage, opportunistisch zu verkochen und demagogisch einzusetzen.«[9]

Und Esther Bejarano stand auch an der Seite der Kurd:innen, sang z. B. auf dem internationalen Zîlan-Frauenfest der kurdischen Bewegung in Dortmund. Der KCDK-E (Kongress der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa) schrieb in seinem Nachruf für Esther:

»Sie unterstützte … viele Initiativen kurdischer Vereine … war Teil vom ›Bündnis für Demokratie und Frieden in Afrin‹, das die demokratische Selbstverwaltung in Nordsyrien unterstützte und sich gegen die türkischen Angriffe auf die Seite der Revolution stellte. Sie unterstütze auch die Forderung der kurdischen Gesellschaft nach der Freiheit des auf Imralı inhaftierten kurdischen Vordenkers Abdullah Öcalan. So war

8 Ebd.

9 Ebd.

sie eine von 21 bekannten Persönlichkeiten, die in einem gemeinsamen offenen Brief die Bundesregierung dazu aufgefordert haben, ihren politischen Einfluss auf die Türkei auszuüben und sich für das Ende der Isolation Abdullah Öcalans einzusetzen«.[10]

Der Krieg ist nach wie vor das Geschäftsmodell von Rheinmetall

2019 schickte Esther, 94-jährig, eine Audiobotschaft an das antimilitaristische Camp von »Rheinmetall entwaffnen«:

Ich kann mir nichts Schlimmeres vorstellen, als dass die Erfahrung meiner Generation in Vergessenheit gerät. Dann wären alle Opfer des Faschismus und des Krieges, alles, was wir erlitten haben, umsonst gewesen. Aber ihr seid da. Wir bauen auf euch. Ich vertraue euch, liebe Freundinnen und Freunde. Eine bessere Welt ist möglich.«

»Idyllisch klangen [...] die Namen der Orte der Vernichtung …Die todbringenden Waffen mussten Zwangsarbeiter produzieren, Kriegsgefangene und KZ- Häftlinge aus Auschwitz. Rheinmetall hat mehr als 5000 KZ-Insassen als Zwangsarbeiter:innen beschäftigt, Juden wie Nichtjuden.

Neben dem KZ-Außenlager Tannenberg gab es noch 20 weitere Zwangsarbeiter:innenlager in Unterlüß. 4200 Zwangsarbeiter:innen … standen 2500 Einwohner:innen gegenüber. In Unterlüß gibt es bisher … keinen Ort der Erinnerung und Mahnung. Das wollt ihr ändern … Ihr habt nach den Spuren der Frauen und Männer gesucht, die hier Zwangsarbeit leisten mussten. Ihr habt nach den Wegen gesucht, über die sie täglich getrieben wurden, nur Holzpantoffeln an den Füßen, in grausamer Kälte, hungrig, hungrige Mütter, denen die Babys entrissen wurden … Ihr habt diese Gräber besucht und der Ermordeten gedacht.

Und dann am 13. April 1945, als die SS-Bewacher die Flucht ergriffen hatten, und 500 gefangene Frauen das Lager am frühen Morgen verlassen wollten. Wer hat die Ärmsten dann in das KZ Bergen-Belsen gebracht? Etwa 300 dieser Frauen starben dort noch in den letzten Kriegstagen. Und die Verdrängung der Schuld und der Aufarbeitung der NS-Zeit hat hier auch wieder funktioniert …

Krieg ist nach wie vor das Geschäftsmodell von Rheinmetall … Der Rüstungskonzern, der so viel todbringende Erfahrung hatte, wurde … wieder gebraucht … Ein Milliardengeschäft mit Waffen, mit Panzern, mit Munition, todbringend weltweit, in Syrien, im Jemen, Kurdistan, geliefert für die Arabischen Emirate … Allein seit 2015 sind durch Waffenlieferungen in Krisengebieten wie Jemen 18.000 getötete Zivilpersonen, 85.000 verhungerte tote Kinder zu beklagen. Nun sagt die neue zuständige Ministerin, der Verteidigungshaushalt muss weiter ansteigen … So löst man Rüstungswettläufe aus … Deutschland befeuert diese Kriege dadurch, dass die Waffenproduktion von Rheinmetall gestärkt und solche Konzerne mit Ausfuhrlizenzen praktisch subventioniert werden … der Rüstungskonzern, der ab 1986 mit Steuergeldern des Landes Niedersachsen zusätzlich das Landestechnologiezentrum Nord (TNZ) für militärische Forschung errichtet hat, (die auch zivil nutzbar sein sollte), stellt sich dar als Technologiekonzern für Mobilität und Sicherheit. Kein Wort zu der Waffenproduktion.

Ihr sagt, Krieg macht Flucht. Und ihr fordert, Schluss mit der Kriegspolitik und der Rüstungsproduktion. Ihr habt die Waffenproduktion blockiert und ihr demonstriert für eine friedliche und gerechte Welt …

Ich kann mir nichts Schlimmeres vorstellen, als dass die Erfahrung meiner Generation in Vergessenheit gerät. Dann wären alle Opfer des Faschismus und des Krieges, alles, was wir erlitten haben, umsonst gewesen. Aber ihr seid da. Wir bauen auf euch. Ich vertraue euch, liebe Freundinnen und Freunde. Eine bessere Welt ist möglich.«

»Sie war Kommunistin, wie ihr Mann Nissim«, sagte ihr Freund, Rolf Becker, bei der Beerdigung. Das ist der Teil von Esther, der in sämtlichen Nachrufen der Mainstream-Medien unterschlagen wurde und wird. Der Rabbiner, Shlomo Bistritzky, sagte, dass es ohne Erinnerung keine Zukunft gebe. »Esther Bejarano wurde zum Symbol, zur Lehrerin für uns alle, entschlossen für das Leben zu kämpfen.« Ihre Rache an den Nazis war gewesen, hier in Hamburg zu leben und auf diesem jüdischen Friedhof begraben zu werden.

Unsere Zukunft bedeutet, in den großen Fußstapfen dieser nur 1,50 Meter kleinen Frau voranzuschreiten. Esther lebt weiter! ♦

10 https://anfdeutsch.com/aktuelles/trauer-nach-dem-tod-von-esther-bejarano-27224

Einer der ältesten Konflikte in Westeuropa

Baskenland und die Freiheit

Nerea Goikoetxea

Das Baskenland (baskisch: Euskal Herria, benannt nach dem Volk der Basken) liegt beiderseits der Pyrenäen am Atlantik (auf dem Territorium der Staaten Spanien und Frankreich).

Politisch besteht das Baskenland aus drei verschiedenen Gebieten: der spanischen Autonomen Gemeinschaft Baskenland (baskisch: Euskadi), der spanischen autonomen Region Navarra (baskisch: Nafarroa) und dem französischen Teil des Baskenlandes (baskisch: Iparralde). Ein altes Bestreben des baskischen Nationalismus ist jedoch die territoriale Einheit aller drei Gebiete.

Von den 2,9 Mio. Einwohnern des Baskenlandes sprechen nur 700.000 bis 800.000 die baskische Sprache. Baskisch ist Europas älteste lebende Sprache und ist noch nicht als gleichberechtigte Amtssprache in allen drei Gebieten anerkannt. Das ist eine der drei Hauptforderungen der Basken an Madrid und Paris. Die zweite wäre die o. g. territoriale Einheit und als Letztes wollen die Basken über die politische Zukunft ihres Gemeinwesens selbst bestimmen können. Die drei Forderungen kollidieren mit dem in Spanien und Frankreich vorherrschenden Zentralstaatsverständnis.

Die Zeiten, in denen das alte Königreich Navarra über Selbstbestimmung verfügen konnte (824–1620 n. u. Z.), sind leider längst vorbei, das Streben nach voller Souveränität ist aber jahrzehntelang bis heute in der baskischen Gesellschaft stark verankert, trotz der repressiven und kolonialistischen Bemühungen des spanischen und des französischen Staates. Der südliche Teil des Königreichs Navarra wurde 1512 von Kastilien erobert, der nördliche später 1620 unter französische Kontrolle gebracht.

Der Bürgerkrieg Spaniens (1936−1939) spielte eine große Rolle in der Geschichte der Basken: Durch die sogenannte zweite Republik Spaniens erhielten sie von der Zentralregierung wieder Kompetenzen, um sich selbst zu regieren. Diese Autonomie endete 1937, als die faschistischen Putschisten unter General Francisco Franco an die Macht kamen und das Baskenland eroberten. Der Diktator verwaltete das spanische Baskenland wieder zentral, verbot die baskische Sprache, ließ Gegner verfolgen und exekutieren. In diesem Kontext entstand 1958 die Untergrundorganisation Euskadi ta Askatasuna (ETA, Baskenland und Freiheit). Ab 1968 kämpfte sie gewaltsam gegen die Franco-Diktatur.

ETA

Was 1958 als eine zivile Untergrundorganisation begann (Aufhängen von verbotenen baskischen Flaggen und Verbrennen von spanischen, heimliches Unterrichten der baskischen Sprache waren u. a. die ersten Aktionen), entwickelte sich langsam in eine sich selbst als marxistisch-leninistisch bezeichnende und bewaffnete Widerstandsorganisation gegen die Franco-Diktatur. Das Ziel war die sozialistische baskische Republik.

1973 verübte ETA ein Bombenattentat auf den spanischen Ministerpräsidenten und designierten Franco-Nachfolger Luis Carrero Blanco und dessen Eskorte. Dies forcierte den Fall des Franco-Regimes, und 1975 erfolgte der sogenannte »Übergang« zur Demokratie. Dieser »Übergang« war jedoch rein kosmetischer Natur, weil hinter der hoch gelobten neuen Demokratie die alten Mächte de facto weiter bestehen blieben: die katholische Kirche, das Militär und dieselbe Oligarchie, die jahrzehntelang das Regime unterstützt hatte. Und der neue Status hatte selbstverständlich keinen Platz für eine demokratische Selbstbestimmung der politischen Zukunft der Basken. Mit der Verabschiedung der Verfassung Spaniens 1978 und des Autonomiestatuts für das Baskenland und Navarra wurden den baskischen Provinzen Autonomierechte zugesprochen; dies bildete aber keine echte Grundlage, auf der das Baskenland seine Zukunft frei entscheiden konnte. Die Verfassung verbot dies sogar explizit. ETA setzte den Kampf fort für eine sozialistische baskische Republik.

Schmutziger Krieg

Ab 1983 traten mit Unterstützung der regierenden Sozialdemokraten (PSOE) erstmals Todesschwadronen auf, deren Angriffe gegen ETA-Mitglieder, Sympathisanten, baskische Marxisten und Aktivisten für die Unabhängigkeit gerichtet waren.

Rund 500 Todesopfer hat die baskische Seite durch Paramilitärs und die spanische Polizei und Guardia Civil verzeichnen müssen und Folter war bei der Verhaftung baskischer Militanter systematisch. Es sind bisher ca. 9.000 Folterfälle dokumentiert worden. Von Todesopfern und Gefolterten hat der spanischer Staat bis dato circa ein Prozent offiziell anerkannt.



Bilbao: Euskal Herria hat gegen die türkische Invasion zur Teilnahme an den internationalen Aktionstage der Kampagne zur Verteidigung Kurdistans aufgerufen. Foto: anf

Ziele für ETA waren während des Franco-Regimes größtenteils Militärangehörige; später, nach dem Eintritt in die »Demokratie« wurden auch Polizisten, Politiker, Unternehmer, Drogendealer und Kollaborateure angegriffen. Die Organisation macht sich für insgesamt 829 Todesopfer durch ihre Aktionen verantwortlich.

Verhandlungen

Seit den 1970er Jahren gab es immer wieder Gespräche zwischen spanischen Regierungsmitgliedern und ETA, die mehrfach zu zeitweiligen Waffenruhen führten, keine davon war aber aus verschiedensten Gründen erfolgreich: Häufig wurde von Spanien die Waffenruhe als Gelegenheit für einen Zeitgewinn für eine militärische Niederlage von ETA ausgenutzt, nicht selten hatte aber auch die Organisation die eigenen Kräfte überbewertet.

Im März 2006 kündigte ETA eine dauerhafte Waffenruhe an. Die Organisation äußerte zudem die Erwartung, einen demokratischen Prozess im Baskenland in Gang setzen zu können, um den Konflikt zu beenden. Trotzdem scheiterten wieder die Verhandlungen zwischen der Regierung, der baskischen Linkspartei Batasuna und ETA. Es sah so aus, als würde wieder der bewaffnete Kampf folgen. Doch 2010 entschieden sich weite Teile der linken Unabhängigkeitsbewegung, künftig nur noch mit politischen Mitteln zu kämpfen. ETA akzeptierte diesen Paradigmenwechsel. Auf internationaler Ebene unterstützten Experten für Konfliktlösung die Entwicklung: ETA wurde aufgerufen, den bewaffneten Kampf einzustellen, die Regierungen in Madrid und Paris sollten ihrerseits darauf mit konstruktiven Gesten reagieren. 2011 verkündete ETA das Ende aller bewaffneten Aktivitäten. Im April 2017 erfolgte über Vermittler und mithilfe gesellschaftlicher Gruppen die Übergabe ihres Waffenarsenals an die Behörden. ETA löste sich am 3. Mai 2018 selbst auf.

Bisher bestreitet der spanische Staat (und auch der französische), dass die Nichtanerkennung des Baskenlandes als eigenständiges politisches Subjekt, die staatliche Gewalt und die Franco-Diktatur zentrale Konfliktursachen gewesen seien, und lehnt den Dialog noch grundsätzlich ab. Zugleich bleiben die gesetzwidrigen Sondermaßnahmen der spanischen Justiz gegen Häftlinge mit ETA-Hintergrund bestehen. Eine Amnestie für die ca. 200 Gefangenen ist unwahrscheinlich. Selbst die gesetzeskonforme Verlegung von baskischen Häftlingen in Gefängnisse, die im Baskenland oder in dessen Nähe liegen, wird nicht durchgeführt.

Paris betrachtet den Konflikt weiterhin als ein innerspanisches Problem. Die französische Polizei und Justiz setzen die Verfolgung von (ehemaligen) ETA-Mitgliedern fort. Die französische Regierung ist nicht bereit, der baskischen Minderheit sprachliche und kulturelle Rechte zu gewähren, weshalb auch die EU-Charta der Minderheitensprachen nicht ratifiziert wurde.

Ob die historischen Bestrebungen der Basken ab jetzt Erfolg haben werden, hängt aktuell rein von der Mobilisierungs- und Organisierungskapazität der Zivilgesellschaft ab. ♦

Die zapatistische Weltreise der Hoffnung – Teil II

»Die Invasion hat begonnen«

Paulo Pawel

Seit dem ersten Teil dieses Berichts, der nun schon bald ein halbes Jahr zurückliegt (Kurdistan Report Ausgabe 214, März/ April 2021), ist viel passiert. Damals wurde viel über die Hintergründe der zapatistischen »Reise für das Leben« geschrieben, mit der die Zapatistas alle Kontinente der Welt besuchen und die Widerständigen und Kämpfenden überall persönlich treffen wollen, um über eine weltweite Organisierung jenseits des Kapitalismus zu sprechen. Es wurde viel über die Geschichte und Gegenwart der zapatistischen Bewegung erzählt.

Nun ist vieles konkret geworden, und aus Worten wurden Taten. Die Zapatistas tun was sie sagen. Es hat sich etwas bewegt. Denn die Invasion hat schon begonnen, wir sind längst mittendrin.

Am 11. Juni diesen Jahres ist die erste Vorhut (»Geschwader 421«), bestehend aus sieben Zapatist:innen, mit dem Schiff nach sechswöchiger Atlantiküberfahrt erst auf den Azoren und kurz darauf in der galizischen Küstenstadt Vigo an Land gegangen. Dort wurden sie von mehreren hundert, teilweise aus ganz Europa angereisten Freund:innen herzlich in Empfang genommen. Die erste Person der Delegation, die einen Fuß auf europäischen Boden setzte, war eine indigene Transfrau. Insgesamt werden rund Dreiviertel der Gesamtdelegation Frauen und Nicht-Binäre sein. Nach kurzem Aufenthalt in Vigo, Begrüßung, Besprechung mit den europäischen Compañer@s und einer kleinen Verschnaufpause ging es für die Vorhut weiter nach Paris, wo die zapatistische Delegation für die Zeit ihres Aufenthalts in Europa ihr Operationszentrum einrichten wird. Dort werden nun auch die geplanten 177 weiteren Mitglieder der Delegation erwartet, die mit dem Flugzeug kommen wollen. »Ein 177 Zapatistas starkes Luftfahrtunternehmen ist bereit. Die Gruppe besteht gänzlich aus Originarios mit Maya-Wurzeln der Sprachen Cho´ol, Tzotzil, Tzeltal, Tojolabal und Spanisch«, heißt es in einem jüngst veröffentlichten Communiqué der EZLN (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung). »La Extemporánea – die Unangemessenen« nennen sie die Hauptgruppe, die in den nächsten Tagen in Paris ankommen soll.

Damit spielen sie auf ein Schreiben des mexikanischen Außenministeriums an, das jüngst veröffentlicht wurde und in dem sie so klassifiziert wurden. Der mexikanische Staat versucht, die zapatistische Reise zu sabotieren, indem er die Ausstellung von Pässen für 62 der 177 Ausreisenden verweigert. Die absolut meisten Mitglieder der Delegation sind nämlich indigene Bäuer:innen aus den selbstverwalteten Urwaldgebieten im Süden Mexikos und haben in ihrem Leben die zapatistischen Gemeinden noch nie verlassen, sind somit weder in einem staatlichen Geburtenregister eingetragen, noch im Besitz eines Reisepasses. Der rassistische mexikanische Zentralstaat begnügt sich nicht damit, die indigene Bevölkerung, insbesondere die antikolonial-revolutionäre zapatistische Bewegung, im eigenen Staatsgebiet zu bekämpfen; er will sie so nun auch an einer Ausreise aus seinen Grenzen hindern. »Das Außenministerium hält sich an der »Unangemessenheit« auf, die wir darstellen. Obwohl wir Identitäts- und Herkunftsnachweise erbracht haben, verlangen sie immer mehr zusätzliche Papiere. Es fehlt nur noch, dass sie die Regierungen der zentralamerikanischen Staaten bitten zu bestätigen, dass wir nicht ihre Staatsbürger:innen sind«, schreibt die EZLN dazu.[1] Die Ausgabe der Pässe steht zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Textes noch aus.

Auch die Reaktion Frankreichs, das ebenfalls eine sehr unrühmliche kolonialistische Vergangenheit und Gegenwart hat, auf die Landung der »Unangemessenen« in Paris ist noch unklar. Der schlimmste Fall, dass den Genoss:innen aus Mexiko unter vorgeschobenen Gründen (z. B. Corona) die Einreise verwehrt wird, ist nicht ausgeschlossen. Die reibungslose Einreise durchzusetzen ist auch unsere Aufgabe hier in Europa! Aus diesem Grund fanden und finden immer noch zahlreiche Kundgebungen vor französischen Konsulaten statt, um Druck zu machen, es wurden Unterschriften von bekannteren Organisationen und Einzelpersonen, Gewerkschaften, Schriftsteller:innen, Künstler:innen, Politiker:innen etc. gesammelt und den Konsulaten übergeben, um deutlich zu machen, dass wir hinter den Zapatistas stehen, dass wir ganz

1 Alle Communiqués nachzulesen auf https://enlacezapatista.ezln.org.mx/



Escuadron 421 (Geschwader 421), die »Vorhut« der zapatistischen Reisegruppe, bestehend aus sieben Personen: vier Frauen, zwei Männer, eine Andere.

genau darauf gucken, was die Staaten machen und dass wir die Einreise auf jeden Fall durchsetzen werden!

Doch was wird dann sein? Was ist, wenn sie am Ende wirklich alle hier sind?

Dann wird das umgesetzt, was nun schon seit einem Dreiviertel Jahr von Hunderten, ja vielleicht Tausenden Genoss:innen in ganz Europa geplant und vorbereitet wird.

Es wurden europaweite, sowie landesweite und regionale Vernetzungen für die Vorbereitung der Reise, die mehr sein soll als eine bloße Aneinanderreihung von Events, aufgebaut. Die Zapatistas sagen ausdrücklich, dass sie zu uns kommen, weil sie mit uns reden wollen, uns kennenlernen, unsere Kämpfe kennenlernen, sich begegnen und ausloten, wie wir uns gemeinsam gegen dieses System der Ausbeutung und Unterdrückung organisieren können. Dafür werden zur Stunde überall Programme ausgearbeitet und auf lokaler, landes- und europaweiter Ebene koordiniert sowie natürlich mit der zapatistischen Delegation selbst abgesprochen, um zu klären, wann die Zapatistas wo wie sein werden. Zu uns nach Deutschland werden sie voraussichtlich in der zweiten Augusthälfte kommen (Stand jetzt). Es wird Feste, Demonstrationen, Workshops, Camps, Karawanen, Veranstaltungen, Fußballspiele, Konzerte, Besuche und natürlich jede Menge Möglichkeiten für Gespräche und Diskussionen geben. So werden zum Beispiel die zapatistischen Frauen am diesjährigen Jineolojî-Camp teilnehmen, zusammen mit der kurdischen Frauenbewegung und Internationalistinnen aus ganz Europa. Die Zapatistas werden alle besuchen, die sie einladen, vom Baskenland bis nach Sibirien zu den Seldschuken.[2]

Am 13. August wollen sie in Madrid sein. An diesem Tag genau 500 Jahre zuvor, im Jahre 1521, hatte der spanische Conquistador Cortés in Lateinamerika erklärt, die Indigenen seien besiegt. Und deshalb werden die indigenen Revolutionär:innen aus Mexiko an diesem Tag 500 Jahre später in die Hauptstadt des spanischen Kolonialreiches einlaufen, um dort zu verkünden: »Wir wurden nie besiegt!« Dazu wird es an dem Tag eine große Demonstration in Madrid geben.

»Die Invasion hat begonnen«, schreibt die EZLN in Anspielung auf die damalige Besetzung Lateinamerikas durch den europäischen Kolonialismus. Diesmal wird der Spieß umgedreht. Nur kommen die Zapatistas nicht, um uns zu unterwerfen – wie es damals die spanischen Conquistadoren mit den Indigenen taten – , sondern um gemeinsam mit uns an unserer Befreiung zu arbeiten … ♦

2 Informationen über Geplantes und aktuelle Entwicklungen in Deutschland auf https://www.ya-basta-netz.org/

Briefwechsel zwischen Christa Eckes und Hüseyin Çelebi

Die Geschichtsschreibung nicht den Herrschenden überlassen

Interview mit Gisela Dutzi

Im August ist der Briefwechsel zwischen Christa Eckes und Hüseyin Çelebi als Buch erschienen. Der Briefkontakt zwischen den beiden damaligen Gefangenen hat von April 1988 bis Dezember 1989 stattgefunden und spiegelt wichtige Ereignisse der Zeit wider. »Das Ende der 1980er Jahre war weltweit von ökonomischen und politischen Umbrüchen gekennzeichnet, die die Bedingungen revolutionärer Politik von Grund auf veränderten. Vor diesem Hintergrund wurde dutzenden kurdischen Aktivisten und Aktivistinnen der Prozess gemacht. Hüseyin Çelebi war einer von ihnen. Nach zwei Jahren im Gefängnis wurde er 1990 entlassen und ging dann nach Kurdistan zur Guerilla. Christa Eckes war damals schon länger im Knast. Sie hatte sich 1973 der RAF *[Rote Armee Fraktion]* angeschlossen und war 1984 zum zweiten Mal verhaftet worden«, heißt es in der Vorstellung des Buches, das in der edition cimarron erschienen ist. Der Briefwechsel zwischen Christa und Hüseyin umspannt die Zeit des 10. und letzten Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand 1989 mit der Forderung ihrer Zusammenlegung und des in die Geschichte eingegangen »Düsseldorfer-Prozesses«, der im Oktober 1989 begann und die Angeklagten als »Terroristen« nach dem §129a aburteilen sollte.

Das Buch wird eingeleitet mit einem Vorwort vom PKK-Mitbegründer und ehemaligen Angeklagten im Düsseldorfer 129a-Verfahren Duran Kalkan und von Gisela Dutzi, Sieglinde Hofmann und Brigitte Mohnhaupt, die Christa Eckes zu unterschiedlichen Zeiten im Knast und in der Illegalität kennengelernt und intensive Jahre mit ihr zusammen erlebt haben.

Als Christa Eckes im Mai 2012 verstarb, hat sie ihre Korrespondenz mit Hüseyin Çelebi ihren Genossinnen hinterlassen. »Wir wussten aus Gesprächen, dass sie ihr immer wichtig war und dass sie auch vorhatte, alles zu sortieren und Hüseyins Vater Kopien zu bringen. Erst später begannen wir uns über das Paket der Briefe einen Überblick zu verschaffen – was gehört zusammen, was sind die inhaltlichen Bereiche. Vieles war nur noch schwer lesbar, 30 Jahre alte Durchschläge, fehlende Ecken, schlechte Kopien usw. – also musste zuerst alles abgetippt werden«, erklären sie in der Einleitung.

Die Briefe seien nicht nur ein Dokument, »das einen bestimmten historischen Zeitpunkt festhält, oder ein Austausch an Information und Diskussion«, betonen Gisela, Sieglinde und Brigitte. »Sie sind auch ein berührendes Zeugnis, wie zwei, die sich nicht kennen, trotz aller Hindernisse eine Nähe zueinander entwickeln – ein bestimmter Draht entsteht, wie sie einander immer besser ticken. Auch in ihrem oft gleichen ironischen Ton und leisen Humor.«

Das 200 Seiten starke Buch enthält zudem viele Fotos und eine ausführliche Chronologie. Die Herausgeberin Gisela Dutzi beantwortete dem Kurdistan Report einige Fragen zu dem Buchprojekt.

Wie kam dieses Buch zustande? Kannst du etwas zu dem Buchprojekt sagen? Wer hat daran mitgearbeitet?

Wir waren alle in der RAF, so haben wir uns kennen gelernt. Im Knast haben wir die Hungerstreiks zusammen gemacht und standen uns auch in den Jahren danach immer nahe.

Nach Christas Tod haben wir die Briefe gefunden, sie hatte uns von dem Briefwechsel mit Hüseyin öfter erzählt. Irgendwann haben wir uns dann ans Lesen und Durcharbeiten gemacht, und diesen Prozess beschreiben wir in unserer Einleitung zum Buch.

Was ich noch dazu sagen möchte: bei der Arbeit an den Briefen war es ein schönes Gefühl, Christa wieder nahe zu kommen. Man kann beim Lesen spüren, wie sie tatsächlich war, handfest, mit klarem Blick, unermüdlich, herzlich. So wird es sicher vielen gehen, die sie gekannt und geschätzt haben.

Und wir haben das Buchprojekt von Anfang an in Abstimmung und Zusammenarbeit mit der kurdischen Bewegung



KR

gemacht. Es sollte keine isolierte Geschichte werden, so entspricht es ja auch Hüseyin und Christa.

Welche Zeit umfasst der Schriftverkehr zwischen Hüseyin und Christa, in welchem historischen Kontext verlief die Diskussion?

Von April 1988 bis Dezember 1989 haben sie sich geschrieben. Danach wurde Hüseyin entlassen. Christa war noch bis 1992 im Knast.

Also Ende der 1980er Jahre fand der Briefwechsel statt. Das heißt in der Zeit der weltweiten ökonomischen und politischen Umbrüche, die die Bedingungen revolutionärer Politik von Grund auf veränderten. Im Buch haben wir versucht, durch eine Chronologie zu den 1980er Jahren einzufangen, was in dieser Zeit weltweit los war.

Das Kräfteverhältnis war angespannt, war am Kippen. Der repressive Ausdruck davon hier in der BRD war, dass die Bundesanwaltschaft auf dem Sprung war, eine Art Weltpolizistenrolle für sich zu etablieren. Sie hat Anklagen gegen internationale Bewegungen erhoben, die in der BRD politisch aktiv waren, wie gegen die IRA, die palästinensische, tamilische und eben gegen die kurdische Bewegung. Das waren konstruierte Anklagen, bei denen die juristischen Grundlagen noch gar nicht vorhanden waren. Erst 1993, also fünf Jahre nach den Verhaftungen, wurde das PKK-Verbot erlassen.

Warum fandet ihr es wichtig, die Diskussionen zwischen den beiden der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?

Was mir dabei wichtig ist: Der Briefwechsel ist ein zeitgeschichtliches Dokument. Es gibt immer noch sehr wenig Authentisches aus dieser Zeit, den 1980er Jahren, gemessen an dem, was an Bewegung damals stattfand. In dem Sinne ist das Buch ein kleiner Baustein in dem Bestreben, die Geschichtsschreibung nicht den Herrschenden zu überlassen.

Es gibt im Unterschied zur kurdischen Bewegung in der deutschen Linken wenig Überlieferungskultur. Das war schon mal anders in der Aufbruchzeit Ende der 1960er Jahre. Damals wurde jede Menge publiziert, es gab ein riesiges Bedürfnis an

internationaler Diskussion und politischer Theorie. Heute gibt es in vielen Städten nicht mal mehr einen linken Buchladen. Tradierungen fehlen und so kann sich wenig dialektisches Bewusstsein entwickeln: Wo kommen wir her, wie laufen Prozesse ab, was können wir aus der Vergangenheit für heute ziehen?

Wir haben während der Arbeit zum Buch auch zu hören bekommen: Wen interessiert das denn heute noch, wer soll das lesen?

Diese ahistorische Haltung schwächt die Bewegungen heute, schneidet sie von ihren Wurzeln ab. Was heute ist, hat sich aus den vergangenen Kämpfen entwickelt – aus sämtlichen Erfahrungen, mit allen Niederlagen und Fehlern. Na und?

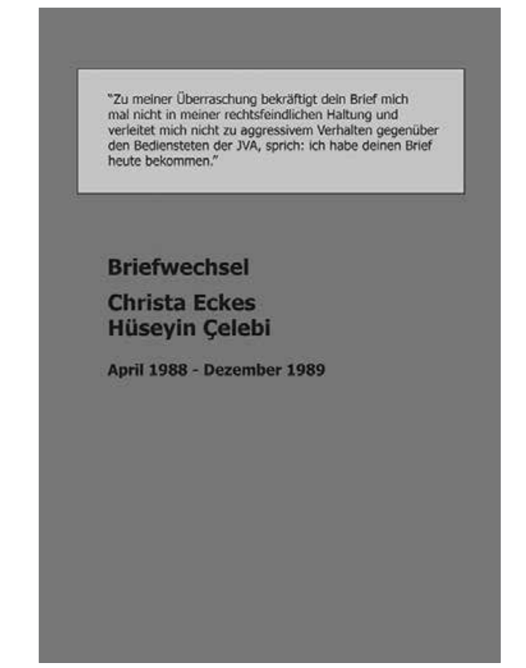
Sich dessen bewusst zu sein ist notwendig, weil es der Boden ist, auf dem wir stehen. Es stärkt uns heute.

Wie kam es zu dem Briefaustausch zwischen den beiden?

Einige von uns haben Gefangenen aus anderen Organisationen und Ländern geschrieben, in Irland, USA, Spanien, Italien, Frankreich – was in den früheren Jahren im Knast noch nicht möglich war. Für uns ist der Internationalismus die Grundlage unseres Politikverständnisses, es war klar, dass wir die Gefangenen kennenlernen wollten, wissen wollten, was haben sie für Bedingungen, wie können wir uns gegenseitig helfen.

So war es auch für Christa. Sie hatte sich mit dem kurdischen Befreiungskampf auseinandergesetzt. Ich erinnere mich gut an einen Text von Öcalan im Kurdistan Report, von dem sie auch schreibt, in dem er von der »Universalität« des kurdischen Befreiungskampfes spricht. Das war ein neuer Gedanke. Wir haben das so interpretiert, dass über die Grenzen eines nationalen Befreiungskampfes hinaus gedacht wurde, inhaltlich, nicht unbedingt geographisch.

Christa hatte von den Festnahmen der kurdischen Aktivist:innen erfahren und daraufhin Hüseyin angeschrieben, weil sie gehört hatte, dass er deutsch kann.



Worum ging es in ihrer Auseinandersetzung? Kannst du einige Beispiele nennen?

Es geht erst mal viel um die Haftbedingungen, um Gerichtsbeschlüsse zur Isolation, die sterile Bürokratensprache der Gerichte, aus der immer knallharte reale Bedingungen folgen. Das ist der Einstieg im Briefwechsel, eine ganze Weile tauschen sich die beiden darüber aus, weil das alles für die kurdischen Gefangenen ja eine völlig fremde Situation war. Duran Kalkan schildert das auch in seiner Erinnerung an Hüseyin im Buch.

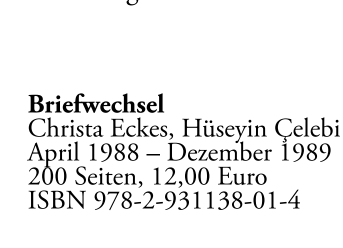
Das ist erst mal eine ziemliche Durststrecke beim Lesen. Im Grunde gehen die Leser:innen da ein Stück weit durch diese Knastrealität mit hindurch. Die aber auch immer wieder gebrochen wird durch Absurditäten, die es im Knast auch gibt und die sich heute eher verrückt und lustig anhören.

Beispiel: Christa schreibt an Hüseyin, dass in einem Prozess in Stammheim zwei Besucher, die während der Gerichtsverhandlung eingeschlafen waren, wegen »provokativen Einschlafens« zu Ordnungsstrafen verurteilt worden sind. Nach Tumulten im Saal als Reaktion auf diese Sache gab es dann noch für vier andere Ordnungshaft.

Später werden die Briefe immer lebendiger, das Lesen wird leichter. Es sind Stücke politischer Diskussionen drin, es geht um die weltpolitische Lage, viel um Kurdistan, die Kämpfe in den türkischen Knästen.

Und auch um den Mord an Olof Palme in Schweden, der der PKK in die Schuhe geschoben werden sollte, die Zeitungen waren damals voll davon.

Natürlich ist das alles unter den Bedingungen der Zensur und Kontrolle geschrieben, das heißt vieles bleibt unausgesprochen, weil es sonst nicht durch die Zensur kommt. Vieles ist nur angedeutet, allgemein gehalten, weil es den Staatsschutz, der mit liest, nichts angeht. ♦


Briefwechsel
Christa Eckes, Hüseyin Çelebi
April 1988 – Dezember 1989
200 Seiten, 12,00 Euro
ISBN 978-2-931138-01-4

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

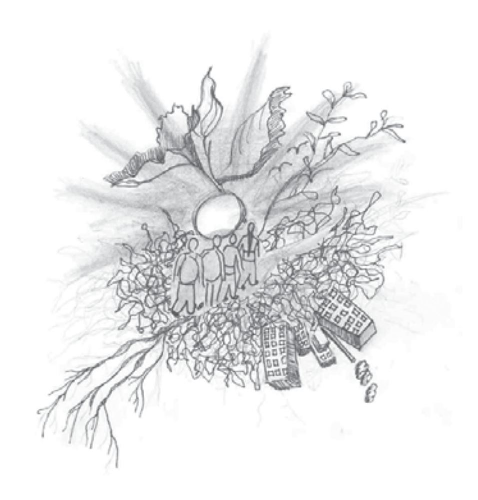
Titelbild:
»Defend Kurdistan« – Demonstration in Berlin zur Verteidigung der Revolution in Kurdistan.
Foto: anf

Rückseite:
»Freiheit für Abdullah Öcalan« – Plakataktion auf der Internationalen-Kurdistan-Konferenz in Köln.
Foto: A. Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Broschüre: »Den dominanten Mann töten und verändern«

Die Jineolojî-Akademie des Andrea Wolf Instituts von Rojava präsentiert die Broschüre »Den dominanten Mann töten und verändern«:



Was ist ein Mann? Warum den Mann töten? Wie kann der Mann transformiert werden? Wie baut man freie Beziehungen auf? Was ist ein freies Leben? Wo aber müssen wir anfangen?

Dieses Broschüre zeigt einen Weg, wie man eine Antwort auf diese Fragen finden kann, indem man tief in die Theorie und Praxis des »Den dominanten Mann töten und verändern« eintaucht: die Notwendigkeit, das Patriarchat, das tief im Inneren sitzt, auszulöschen, damit Freiheit und Liebe frei fließen können. Diese Arbeit verbindet die Ideologie der kurdischen Freiheitsbewegung mit anderen Arbeiten über kritische Männlichkeit. Es ist eine Einladung an alle, den Kampf voranzutreiben. Außerdem ist es eine Anleitung für Männer, damit sie beginnen, sich selbst zu befreien und Teil des Befreiungskampfes anderer zu werden. Es ist die Arbeit für alle, die für eine freie Gesellschaft kämpfen. Dies ist der Weg zur Befreiung.

Die Broschüre gibt auch Beispiele für antipatriarchale Bildung in der kurdischen Freiheitsbewegung, die zeigen, dass Männer durch Selbstreflexion ihre patriarchale Denkweise, Herangehensweise und Verhaltensweise überwinden können und (wieder) Freiheit erlangen können. Durch die Fragen, die wir Männern gestellt haben und durch unsere Diskussionen, sind bereits neue Überlegungen und Veränderungen entstanden.

Als Jineolojî-Komitee-Deutschland freuen wir uns, diese Broschüre nun auch auf deutsch mit euch zu teilen und diesen Weg des »Tötens und Veränderns des Mannes« mit euch gemeinsam zu gehen. Bitte tut euch zusammen, bildet Lesekreise und denkt darüber nach, wie ihr die Theorie in der Praxis umsetzt. Wir als Jineolojî-Komitee freuen uns sehr, weiter mit euch in Kontakt zu treten und Rückmeldungen von eurer Arbeit mit der Broschüre zu bekommen. Darum bitte wir euch, uns die Antworten zu den folgenden Fragen zu schicken:

1) Welche Fragen habt ihr diskutiert?

2) Was habt ihr für Antworten gefunden?

3) Zu was für Erfahrungen hat das Lesen geführt?

4) Welche Vorschläge für die Jineolojî habt ihr?

Wir freuen uns auch, vorbeizukommen und mit euch gemeinsam die Broschüre zu vertiefen und das Konzept des »Tötens und Veränderns des Mannes« mit euch zu erarbeiten.

Wir lassen 5000 Broschüren drucken: Gegen jedes Jahr Patriarchat eine Broschüre! Meldet euch also vorzugsweise bei euren lokalen Komitees von »Women Defend Rojava«, da diese die gedruckten Broschüren verteilen. Ist kein Komitee in eurer Nähe, könnt ihr die Broschüren auch bei: https://black-mosquito.org bestellen.

Ihr könnt die Broschüre auch auf der Seite: https://jineoloji.org herunterladen.

Kontakt: jineolojide@riseup.net



ISSN 0935–5375